

Stadtparlament Winterthur

Protokoll der **18./19. Parlamentssitzung**
des Stadtparlaments im Amtsjahr 2024/2025
vom 24. Februar 2025

von 16.15 – 18.25 Uhr und 20.00 – 21.50 Uhr

Parlamentssaal des Rathauses, Marktgasse 20

Vorsitz: F. Helg (FDP)

Protokoll: A. Furrer

Entschuldigt: 18. Sitzung: G. Porlezza (FDP)
18./19. Sitzung: B. Oeschger (GLP), J. Praetorius (Grüne), C. Mancuso (FDP)

Traktanden

Trakt. Nr.	Gesch. Nr.	Geschäftstitel	Referent/in
1*		Protokoll der 16./17. Sitzung	
2*	24.107 DTB	Verpflichtungskredit in der Höhe von Fr. 5'280'000 für den Bau der Wärmeversorgungsinfrastruktur im Wärmeversorgungsgebiet Seen, für Anpassungen der Wärmeversorgungsinfrastruktur im Quartierwärmeverbund Waser und in der Holzheizzentrale Waser sowie für den Anschluss des Schulhauses Steinacker einschliesslich privater Liegenschaften	N. Ernst
3*	24.109 (DSU)	Genehmigung Mietvertrag über 210 Parkfelder zwischen der AXA Versicherungen AG und der Stadt Winterthur per 1. Januar 2026	K. Vogel
4*	25.15 (DFI)	Begründung der Motion F. Künzler (SP), M. Zundel (Grüne/AL), D. Roth-Nater (EVP), I. Kuster (Die Mitte), M. Wäckerlin (SVP), R. Tobler (FDP) und J. Guddal (GLP) betr. Open-Source für die Stadt Winterthur analog Art. 9 EMBAG	
5*	25.14 (DFI)	Begründung des Postulats R. Heuberger, (FDP), I. Kuster (Die Mitte), Ph. Angele (SVP) und N. Holderegger (GLP) betr. Priorisierung der Investitionskredite zu Gunsten der Schulhäuser	

6*	25.13 (DFI)	Begründung des Postulats A. Zuraikat (Die Mitte), G. Porlezza (FDP), Ph. Angele (SVP) und M. Wäckerlin (SVP) betr. Stärkung der Steuerkraft
7*	25.19	Fragestunde (Beginn 20.00 Uhr)
8*	23.51 (DSO)	Antrag und Bericht zum Postulat M. Steiner (SP), A. Würzer (EVP), S. Casutt (AL), N. Ernst (GLP) und N. Wenger (Grüne) betr. kinderfreundliche Stadt Winterthur
9*	23.87 (DTB)	Antrag und Bericht zum Postulat Ph. Weber (SP) und A. Büeler (Grüne) betr. Anerkennung der Stadt Winterthur als Blue Community
10*	24.28 (DPR)	Beantwortung der Interpellation A. Zuraikat (Die Mitte) betr. mehr Integration durch Vereine
11	24.44 (DSS)	Beantwortung der Interpellation K. Vogel (Die Mitte), N. Holderegger (GLP), D. Roth-Nater (EVP) und P. A. Werner (SVP) betr. Nutzung der Handys und elektronischen Geräte an den Schulen Winterthurs
12	24.19 (DBM)	Beantwortung der Interpellation A. Geering (Die Mitte/EDU), P. Angele (SVP), R. Heuberger (FDP) und L. Studer (GLP) betr. Erfordernis Erstellung von Mockups und Aufgaben der Fachgruppe Stadtgestaltung / AfS
13	24.20 (DBM)	Beantwortung der Interpellation A. Geering (Die Mitte/EDU) und R. Heuberger (FDP) betr. Bauausschuss oder Baukommission – Teilrevision der Zuständigkeitsordnung für das Bauwesen
14	24.43 (DBM)	Beantwortung der Interpellation P. A. Werner (SVP) betr. Verkehrssituation an der Stadthausstrasse
15	24.45 (DBM)	Beantwortung der Interpellation A. Steiner (GLP), D. Romay (FDP), A. Büeler (Grüne/AL), A. Geering (Die Mitte/EDU), Ph. Angele (SVP) und B. Zäch (SP) betr. zirkuläres Bauen beim Unterhalt von städtischer Infrastruktur
16	24.53 (DBM)	Beantwortung der Interpellation A. Geering (Die Mitte/EDU), A. Würzer (EVP), Ph. Angele (SVP), M. Nater (GLP) und R. Perroulaz (FDP) betr. Bewilligungsprozedere öffentliche Bauten

**an dieser Sitzung behandelte Geschäfte*

Parlamentspräsident F. Helg: Ich begrüsse alle zur heutigen Doppelsitzung, bei der wir uns schwergewichtig den parlamentarischen Vorstössen und der Fragestunde in der Abendsitzung widmen.

Mitteilungen

Parlamentspräsident F. Helg: Abgemeldet für beide Sitzungen sind Benedikt Oeschger, Julius Praetorius und Cristina Mancuso. Marc Wäckerlin trifft verspätet und Gioia Porlezza erst auf die Abendsitzung ein.

Ich darf heute drei neue Parlamentsmitglieder begrüssen: Lukas Rupper (seit 1. Februar im Amt, GLP, als Nachfolger für Lisa Studer), Corinne Hertli (seit 15. Februar im Amt, Grüne, als Nachfolgerin für Christian Griesser) und Benjamin Kellerhals (seit 16. Februar im Amt, Grüne,

als Nachfolger von Renate Dürr). Ich wünsche allen drei einen guten Einstand und viel Erfolg und Freude unter uns im Stadtparlament.

Film- und Fotoaufnahmen sind gestützt auf verschiedene Anfragen generell erlaubt.

Erklärungen

Parlamentspräsident F. Helg: Angemeldet ist eine Fraktionserklärung von Iris Kuster für Die Mitte/EDU. Ich bitte Dich, Iris, diese zu begründen.

I. Kuster (Mitte/EDU): Viele im Saal erinnern sich sicher noch gut an die letzte Landesausstellung im Jahr 2001. Die Geburt der Expo war lang und harzig – alles auch unter Beteiligung des Bundes. Für die nächste Landesausstellung braucht es auch wieder Geduld und Ausdauer. Und leider braucht der Bund auch dieses Mal wiederum sehr lange, um zu entscheiden.

Wieso aber Winterthur jetzt aus dem Verein Nexpo als Aktivmitglied aussteigt, können wir von der Mitte/EDU-Fraktion nicht nachvollziehen.

Nexpo ist als Projekt der 10 grössten Schweizer Städte lanciert worden. Anscheinend zählt sich Winterthur mit dem Ausstieg nicht mehr zu den relevanten Städten der Schweiz.

Als Begründung für den Ausstieg aus dem Projekt Nexpo werden v.a. finanzielle Überlegungen als Grund aufgeführt. Also wenn man die Kosten von rund 3,07 Millionen (gemäss Medienmitteilung der Stadt vom 6. Februar) dafür anschaut, müssen wir schon sagen, es gäbe einige Bereiche, wo der aktuelle Mitgliederbetrag und auch die allfälligen Kosten für die Durchführung der Nexpo eingespart bzw. kompensiert werden könnten. Ich denke da an günstigere Schulhausbauten, ein preiswerteres Stadttheater (die gesamten Renovationskosten haben sich ja gegenüber den Versprechungen im 2015 verdoppelt und dank der Bleifassade wird der Boden weiterhin verunreinigt). Oder wir denken an die vielen teuren Strassenprojekte, von denen weder die Fussgänger noch die Velofahrenden und schon gar nicht der MIV einen Nutzen haben. Auf die vielen unnötigen Rechtsverfahren und Beratungskosten, die nur die Steuerzahlenden belasten, möchte ich da gar nicht weiter eingehen. Wenn wir alle diese Beispiele anschauen, verstehen wir umso weniger, wieso wir durch den Austritt Nexpo freiwillig quasi in die dritte Liga absteigen.

Mit dem Ausstieg zum jetzigen Zeitpunkt begibt sich Winterthur klar in die Provinzialität, weit weg vom urbanen Denken und Handeln. Zürich wird uns allen die Schau stehlen, falls sich der Bund für die Nexpo entscheidet. Und Winterthur wird das Anhängsel sein und bleiben. Vielleicht haben wir dann noch ein paar Besucher, die hier eine günstigere Übernachtungsmöglichkeit suchen und finden.

Lieber Stadtrat, wohin geht Deine Reise? Was ist Dir ein positives Image wert und was ein Anlass, mit welchem sich Winterthur schweizweit insgesamt zu überschaubaren Kosten positiv in Szene setzen könnte? Danke.

Stadtpäsident M. Künzle: Wir haben es uns nicht einfach gemacht, das mit der Nexpo. Wir hatten sehr viele Diskussionen. Finanzen waren nur ein Teil davon; wir hätten jährlich in den nächsten 2-3 Jahren ca. 60'000 Franken ausgegeben. Was ein grosser Betrag ist von 3 Millionen und mehr, das ist der Betrag, den wir letztendlich – wenn wir gesagt hätten, wir wären eine dieser Städte, die Austragungsort sind – auch wieder in die Hand hätten nehmen müssen.

Die Rolle des Bundes ist eine etwas schwierige. Man konnte mit einem parlamentarischen Vorstoss auf 2026 vorverschieben. Wenn wir aber hören, wie es tönt auf nationaler Ebene bezüglich Sparpaketen oder Entlastungspaketen, dann sind wir nicht mehr ganz sicher, ob dann innerhalb dieser Zeit wirklich ein Entscheid des Bundes kommt, wie viel Geld er an diese Nexpo zahlt. Persönlich gehe ich eher davon aus, dass er wieder verschoben wird.

Du hast es gesagt: Keine Nexpo ging reibungslos über die Bühne. Jede Nexpo hat eine Geschichte und jede Nexpo hatte Verzögerungen drin, hatte schwierige Momente.

Wir sagten immer, wir stehen hinter der Idee der Nexpo. Wir wollen, dass das Projekt weitergeht; und deshalb blieben wir auch Mitglied der Nexpo. Und das ist für uns auch ein wichtiger Aspekt: Dass wir nichts gegen die Idee haben, wir unterstützen diese. Aber wir haben ein bisschen Probleme mit der Finanzierung, wenn es darum geht, in den nächsten Jahren einen Beitrag zu sprechen – geschweige denn am Schluss einen Standortbeitrag für ein Projekt, das wir dann hier umsetzen.

Was wir alles für dieses Geld hätten machen können, das müssten wir dann noch klären, wo das Theater eine Verdoppelung erhalten hat. Jawohl, das mit der Bleifassade, da sagten wir, dass wir Erdreich ausheben müssen. Das waren aber 160'000 Franken auf die 40 Millionen. Da müsste ich dann noch nachfragen, was genau gemeint ist mit einer Verdoppelung. Und selbstverständlich, es geht immer darum, wie man die Mittel verteilt. Und das ist auch nicht immer eine einfache Aufgabe, auch für die Exekutive nicht. Und deshalb haben wir den Dialog untereinander und deshalb diskutieren wir.

Wir stehen nach wie vor hinter der Nexpo, aber wir haben einige Fragezeichen, was die Finanzierung der Nexpo betrifft. Danke vielmals.

Parlamentspräsident F. Helg: Es sind keine weiteren Erklärungen angemeldet worden.

Traktandenliste

Parlamentspräsident F. Helg: Wir kommen zur Bereinigung der Traktandenliste.

Wie üblich wird das Traktandum 7, die Fragestunde, an der Abendsitzung behandelt, ab 20 Uhr. Unabhängig davon, wie wir jetzt vorwärts kommen mit den anderen Traktanden.

Behandlung ohne Diskussion ist vorgesehen für Traktandum 2, Verpflichtungskredit für die Wärmeversorgungsinfrastruktur, und Traktandum 3, Genehmigung des Mietvertrags für die Parkfelder zwischen AXA-Versicherung und Stadt Winterthur.

Gibt es zur Traktandenliste Einwände oder weitere Anträge? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Traktandenliste so genehmigt.

1. Traktandum

Protokoll der 16./17. Sitzung

Parlamentspräsident F. Helg: Protokollabnahme der 16./17. Sitzung vom 20. Januar. Gibt es Anmerkungen oder Einwände zum Protokoll? – Das ist nicht der Fall.

Damit ist das Protokoll genehmigt und ich danke unserer Protokollführerin Andrea Furrer ein weiteres Mal für die sehr schnelle und einwandfreie Erstellung des Protokolls. Ich kann da nochmals anfügen (vielleicht nützt es je länger desto mehr), dass Andrea Furrer sehr froh ist, wenn man ihr schriftlich vorbereitete Voten einreicht, was das Verfassen des Protokolls erleichtert.

2. Traktandum

Parl.-Nr. 2024.107: Verpflichtungskredit in der Höhe von Fr. 5'280'000 für den Bau der Wärmeversorgungsinfrastruktur im Wärmeversorgungsgebiet Seen, für Anpassungen der Wärmeversorgungsinfrastruktur im Quartierwärmeverbund Wasser und in der Holzheizzentrale Wasser sowie für den Anschluss des Schulhauses Steinacker einschliesslich privater Liegenschaften

Parlamentspräsident F. Helg: Verpflichtungskredit in der Höhe von Fr. 5'280'000 für den Bau der Wärmeversorgungsinfrastruktur im Wärmeversorgungsgebiet Seen, für Anpassungen der Wärmeversorgungsinfrastruktur im Quartierwärmeverbund Waser und in der Holzheizzentrale Waser sowie für den Anschluss des Schulhauses Steinacker einschliesslich privater Liegenschaften. Es ist ein Geschäft, das ohne Beratung abgehandelt wird. Das Wort hat die Referentin der Kommission Umwelt und Betriebe, Nora Ernst (GLP).

N. Ernst (UBK): Ich stelle Euch heute das Geschäft 2024.107 mit einem sehr langen Titel vor: «Verpflichtungskredit in der Höhe von 5.28 Millionen Franken für den Bau der Wärmeversorgungsinfrastruktur im Wärmeversorgungsgebiet Seen, für Anpassungen der Wärmeversorgungsinfrastruktur im Quartierwärmeverbund Waser und in der Holzheizzentrale Waser sowie für den Anschluss des Schulhauses Steinacker einschliesslich privater Liegenschaften».

Ihr habt es gehört: Es geht um Wärmeversorgung, um Wärmeversorgungsgebiete in Winterthur. Auf der Karte seht Ihr das Wärmeversorgungsgebiet unserer Stadt. Heute schauen wir uns den Teil rechts unten in Seen an, genauer gesagt das Quartierwärmenetz Waser (P13) und die vorgesehene Erweiterung V11.

Was wird im Projekt mit dem langen Titel eigentlich alles angegangen? In der Kurzfassung sind das drei Dinge. Zum einen soll der Quartierwärmeverbund Waser (heute autonom holzschnitzel-geheizt) neu mit dem Fernwärmenetz verbunden, d.h. angeschlossen werden. Das bringt den positiven Effekt mit sich, dass man die Holzschnitzelheizanlage im Gebiet Waser nur noch im Winter befeuern muss, d.h. nur noch im Winter brauchen muss. Im Sommer und in den Übergangszeiten, wenn man genügend Energie von der KVA bzw. der Energieverbrauch geringer ist als im Winter, wird man auf die KVA und Fernwärme umstellen und die Holzschnitzelanlage abstellen können. Das ist der erste Teil des Projekts, das wir heute besprechen.

Zweitens soll eine neue Hauptverbindungsleitung in das Gebiet V11 gebaut werden, das eines der Gebiete ist, das neu erschlossen werden soll.

Und drittens soll das Schulhaus Steinacker, das dort unten links im Gebiet V11 liegt, an den Quartierwärmeverbund angeschlossen werden. Das Schulhaus Steinacker wird heute mit Gas betrieben und könnte neu von der Fernwärme bzw. Holzschnitzelwärme profitieren. Wir sehen auf der Folie den Kostenschlüssel. Total handelt es sich bei diesem Kredit um einen Kredit von 5.28 Millionen Franken. Dieses Projekt hat positive Auswirkungen auf die Umwelt. Im betroffenen Gebiet schätzt man den Wärmebedarf heute auf 3'200 kW. Dieser Wärmebedarf wird heute zu den grössten Teilen durch fossile Energien gedeckt. Man schätzt, dass durch das vorliegende Projekt, das wir heute besprechen, wir mit jährlichen Einsparungen von 1'300 Tonnen CO₂ rechnen können.

Wieso schauen wir dieses Projekt bzw. die verschiedenen Teilprojekte nicht innerhalb des Rahmenkredits von Stadtwerk an? Wieso besprechen wir das heute Abend eigentlich? Es ist so, dass normalerweise Projekte von dieser Grössenordnung absolut Teil sind dieses Rahmenkredits, den Stadtwerk beantragt hat. Dieser Rahmenkredit umfasst total 70 Millionen Franken. Bis dato heute sind im Rahmen dieses Rahmenkredits rund 70 Projekte im Total von 52 Millionen Franken umgesetzt worden. Jetzt ist es so, dass man langsam aber sicher an die Ausschöpfung der 70 Millionen des Rahmenkredits kommt und Stadtwerk dabei ist, einen neuen Rahmenkredit zu beantragen. In der Zwischenzeit sollen wichtige Projekte, wie das im Quartierwärmegebiet Waser, nicht pausiert werden. Deshalb stimmen wir heute im Sinne einer Ausnahme über diesen Verpflichtungskredit einzeln ab.

Für den weiteren geplanten Ausbau (das ist vielleicht mehr ein Blick in die Zukunft) der Fernwärme in Winterthur wird ein weiterer Rahmenkredit von 100 Millionen Franken nötig werden; über diesen beschliessen wir dann aber zu gegebener Zeit.

Das Projekt und das Geschäft, das wir heute anschauen, haben wir in der UBK, der Kommission für Umwelt und Betriebe, in einer Lesung am 13. Januar behandelt und die UBK hat dem Antrag einstimmig mit 8:0 Stimmen zugestimmt.

Danke vielmals.

Parlamentspräsident F. Helg: Gibt es allenfalls einen Änderungsantrag zum Antrag des Stadtrats, der zwei Absätze umfasst in der Weisung? – Das ist nicht der Fall. Dann gibt es hier wie gesagt keine Diskussion. Ich möchte aber das Wort, wenn es gewünscht wird, dem zuständigen Departementschef, Stadtrat Stefan Fritschi, geben.

Stadtrat St. Fritschi: Ich muss nicht mehr lange werden, denn es wurde sehr gut vorgestellt. Ich war auch sehr überrascht, wie schnell wir in der Kommission damit durchgekommen sind. Aber das zeigt, dass das Parlament den Sinn und Zweck dieser Wärmeverbünde sieht und auch deutlich sieht, dass wir diesen Teil brauchen, um das Ziel zu erreichen, dass wir am Schluss 45% unserer Stadt mit Wärme aus erneuerbarer Energie, von zentraler Wärme, speisen können über Stadtwerk. Das ist ein wichtiger Teil, den wir heute beschliessen, und es vervollständigt einen Teil dieses Puzzles. Ich danke vielmals für die breite Zustimmung.

Parlamentspräsident F. Helg: Damit sind wir bereits abstimmungsreif. Marc Bernhard hat es über den Beamer projiziert. Man sieht (vielleicht auch für die Gäste): Oben links ist das Traktandum, oben rechts der Abstimmungspunkt «Antrag gemäss Weisung». Der Weisungsantrag hat zwei Absätze, wir können da gemeinsam über den ganzen Antrag abstimmen. Ich denke, wir sind bereit, und bitte darum, die Abstimmung zu starten. Abstimmungsergebnis: 54 Ja zu 0 Nein bei 0 Enthaltung. Die Vorlage ist einstimmig angenommen und das Geschäft ist dementsprechend erledigt.

3. Traktandum

Parl.-Nr. 2024.109: Genehmigung Mietvertrag über 210 Parkfelder zwischen der AXA Versicherungen AG und der Stadt Winterthur per 1. Januar 2026

Parlamentspräsident F. Helg: Genehmigung Mietvertrag über 210 Parkfelder zwischen der AXA Versicherungen AG und der Stadt Winterthur per 1. Januar 2026.

Michi Gross (SVP) hat vor der Sitzung erklärt, dass er in diesem Geschäft in den Ausstand treten wird, aufgrund seiner beruflichen Tätigkeit beim Vertragspartner AXA Versicherungen. Der Referent von der Kommission Sicherheit und Soziales ist Kaspar Vogel.

K. Vogel (SSK): Ich freue mich, Euch dieses Geschäft vorstellen zu dürfen.

Im Antrag geht es darum, dass der unbefristete Mietvertrag zwischen der AXA und der Stadt Winterthur für das Parkhaus AXA-Winterthur mit 210 Parkfeldern zu einer jährlichen Miete von rund 400'000 Franken genehmigt wird.

Die Abteilung Parkieren von der Stadtpolizei ist in der Produktgruppe Parkieren Winterthur als Eigenwirtschaftsbetrieb geführt. Sie bewirtschaftet rund um die Altstadt 7 Parkhäuser. 4 davon gehören der Stadt selbst bzw. sind, wie eben das AXA-Parkhaus, durch die Stadt gemietet.

Das Parkhaus AXA-Winterthur wird bereits seit 1979 durch die Stadtpolizei betrieben. 1973 hat das Stimmvolk entschieden, dass die Innenstadt verkehrsfrei werden soll. Der Stadtrat hat damals den Auftrag bekommen, für die wegfallenden Parkplätze einen Ersatz zu beschaffen. 1979 hat der Grosse Gemeinderat den Mietvertrag mit der damaligen Winterthur-Versicherungen genehmigt. 1986 hat der Grosse Gemeinderat weitere 60 Parkplätze genehmigt, weil noch weitere Parkplätze in der Altstadt wegfielen; z.B. in der Steinberggasse und im Neumarkt. Einige von Euch erinnern sich vielleicht noch an die Bilder, die wir früher einmal hatten.

Der im Moment gültige Mietvertrag stammt aus dem Jahr 2014. Der Vertrag ist nach einer Vertragslaufzeit von 5 Jahren automatisch um weitere 5 Jahre verlängert worden und läuft demnach Ende 2025 aus. Der Mietvertrag muss also erneuert werden. Die bisherigen Kosten

bleiben nahezu unverändert. Die AXA will aber alle ihre Verträge harmonisieren. Aus diesem Grund endet der neue Mietvertrag dieses Parkhauses bereits nach 3 Jahren (2028) und wird dann aber um 5 Jahre verlängert werden.

Das Parkhaus verfügt über 45 Parkplätze im 1. UG, die zur Dauermiete vermietet werden, und über 165 Parkplätze im 2. UG. Total stehen also 210 Parkplätze zur Verfügung. Das 3. UG darf für Veranstaltungen temporär genutzt werden und an den Wochenenden ist das 3. UG in der Regel ebenfalls geöffnet, weil es von der AXA dann nicht selbst gebraucht wird. In den letzten Jahren sind die Gewinne aus dem Betrieb des Parkhauses AXA Winterthur zurückgegangen. Vor Corona betrug der Gewinn rund 120'000 Franken pro Jahr. Danach ist er, wie wir in der Weisung lesen, auf 35'000 Franken eingebrochen. 2023 waren es sogar nur noch 6'000 Franken. Einerseits arbeiten heute mehr Leute im Home-Office und andererseits ist die Stadtpolizei, welche für ihre Mitarbeitenden Parkplätze gemietet hatte, vom Obertor ins POM gezogen.

Für die Ertragsoptimierung sind deshalb Massnahmen vorgesehen:

Zum einen ist eine neue Signalisation für das Parkhaus geplant. Im Moment ist von der General-Guisan-Strasse aus und von der Römerstrasse aus gar nichts signalisiert. Durch eine bessere Beschriftung kann das Parkhaus besser gefunden werden. Es ist nämlich zurzeit gar nicht so einfach, den Eingang zu finden, wenn man ihn nicht kennt.

Eine zweite Optimierungsmassnahme ist die Umnutzung der Fläche. Im 2. UG soll es zu einer Kombifläche von Poolmietenden und Kurzzeitparkierende werden. Das heisst, dass ich als Poolmieter keinen eigenen Parkplatz habe, sondern in einem bestimmten Bereich parkieren darf. Diesen muss ich aber mit Kurzzeitparkierenden teilen. Insgesamt steht so mehr Nutzungsfläche zur Verfügung. Mit dieser Massnahme werden mit Mehreinnahmen von ca. 50'000 Franken gerechnet.

In der Weisung zum Antrag führt der Stadtrat auf, dass das Parkhaus einen Beitrag zur Umsetzung der Stadtklima-Initiativen leisten könne. Einerseits könnten oberirdische Parkfelder in das unterirdische Parkhaus verlagert werden (z.B. beim Umbau der Technikumstrasse) und andererseits sei zu prüfen, ob weisse, monetär bewirtschaftete Parkfelder im Umfeld des Parkhauses aufgehoben werden können. Diese zweite Massnahme werde zu einem späteren Zeitpunkt separat beim Stadtrat beantragt werden. Es ist in der SSK zum Ausdruck gekommen, dass man sehr gerne in diesen Prozess, wo nun Parkplätze konkret abgebaut würden, miteinbezogen werden möchte und nicht nur vor gemachte Tatsachen gestellt werden möchte.

Aufgrund der Höhe der jährlichen Mietkosten ist der Mietvertrag durch das Parlament zu genehmigen.

Der Stadtrat schreibt in der Weisungsbegründung, dass künftige Mietzinsänderungen aufgrund von der Änderung vom Referenzzinssatz, vom Teuerungsausgleich oder der allgemeinen Kostensteigerung mit der Genehmigung abgedeckt sind. Auch eine allfällige Reduktion der Parkplätze könne der Stadtrat selbst vernehmen.

Besonders heftig wird von einem Teil der SSK-Mitglieder kritisiert, dass der Stadtrat in der Weisung unter eben diesem Punkt 4, zu den Vertragsänderungen, ausführt, dass auch eine allfällige Reduktion der Parkplätze keine vorgängige Genehmigung durch das Parlament benötige. Es sind Befürchtungen aufgekommen, dass der Stadtrat plane, Parkflächen ohne Rücksprache mit dem Parlament abbauen zu wollen. Dies ist von Stadträtin Katrin Cometta klar dementiert worden. Es gehe einzig darum, dass, falls die AXA beispielsweise Eigenbedarf anmelde, z.B. im Umfang von 10 Parkplätzen, dass man dann nicht für diese Vertragsänderung vor das Parlament kommen müsse.

Für einen Teil der Kommissionsmitglieder ist es wichtig, dass klar erwähnt wird, dass der letzte Satz der Weisungsbegründung unzulässig sei. Eine allfällige Kompetenzdelegation an den Stadtrat müsste ausdrücklich beschlossen werden, das könne nicht einfach in der Weisungsbegründung versteckt werden. Der Stadtrat bekomme damit nicht die Kompetenz, den Vertrag eigenmächtig anzupassen.

Abgestimmt wird jetzt aber nur über den Antrag des Stadtrates und den Mietvertrag. Dieser ist aus Sicht von allen Kommissionsmitgliedern unbestritten, deshalb wird der Antrag auch einstimmig unterstützt. Danke vielmals.

Parlamentspräsident F. Helg: Besten Dank, auch für die klärenden Einführungsworte des Kommissionsreferenten zu dieser Vorlage.

Der Antrag umfasst eine Ziffer, er ist auch eingeblendet. Gibt es dazu einen Änderungsantrag zu dieser Ziffer? – Das ist nicht der Fall.

Das ist auch wieder ein Geschäft, zu dem wir keine weitere Beratung führen möchten. Aber das Wort geht jetzt noch, wenn es gewünscht wird, an die zuständige Departementschefin, Stadträtin Katrin Cometta.

Stadträtin K. Cometta: Ich möchte nicht lange werden, aber ich möchte ganz kurz danken. Ich danke Dir, Kaspar Vogel, für die transparente Vorstellung dieses Geschäfts. Ich möchte auch der SSK danken für die wirklich wertvollen Diskussionen, es war sehr spannend und konstruktiv. Und nicht zuletzt danke ich noch Euch, liebe Parlamentsmitglieder, dass Ihr dem Antrag des Stadtrats folgt und diese Ausgabe beschliesst. Danke.

Parlamentspräsident F. Helg: Damit sind wir auch hier schon relativ zügig bei der Abstimmung angelangt. Es ist wieder auf der Leinwand projiziert. Oben rechts der Antrag «Mietvertrag inkl. Bruttomiete», die gut 400'000 Franken pro Jahr. Die Abstimmung ist eröffnet.

Abstimmungsergebnis: 53 Ja zu 0 Nein bei 1 Enthaltung.

Die Vorlage ist angenommen und somit ist auch dieses Geschäft erledigt.

4. Traktandum

Parl.-Nr. 2025.15: Begründung der Motion F. Künzler (SP), M. Zundel (Grüne/AL), D. Roth-Nater (EVP), I. Kuster (Die Mitte), M. Wäckerlin (SVP), R. Tobler (FDP) und J. Guddal (GLP) betr. Open-Source für die Stadt Winterthur analog Art. 9 EMBAG

Parlamentspräsident F. Helg: Wir kommen bereits zu den parlamentarischen Vorstössen. Am Anfang haben wir drei Vorstösse, bei denen wir über die Überweisung befinden müssen. Zuerst die Begründung der Motion betreffend Open-Source für die Stadt Winterthur analog Art. 9 EMBAG. Das Wort hat der Erstmotionär Fredy Künzler.

F. Künzler (SP): Ich bin ja durchaus schon länger Mitglied dieses Parlaments, ich kann mich aber nicht erinnern, dass wir jemals zuvor eine Motion zur Überweisung vorliegen haben, die von allen Fraktionen jemand miteinreicht und sämtliche anwesenden Mitglieder unterschrieben haben – nämlich 55 von 60. Das ist denkwürdig.

Wir reden über Open-Source-Software. In den letzten Jahren ist nämlich über alle Parteigrenzen hinweg der Konsens gereift, dass Open-Source für Staat, Wirtschaft und Menschen eine gute Sache ist. Der Staat, also die Schweiz, hat sie in ein Gesetz mit dem etwas sperrigen Namen EMBAG, eine Abkürzung von «Einsatz elektronischer Mittel zur Erfüllung von Behördenaufgaben» gegossen. Die Wirtschaft profitiert von Open-Source, indem diese Betriebsmittel kostengünstig und in grosser Auswahl verfügbar sind.

Erlauben Sie mir, dazu eine persönliche Erfahrung zu teilen: Init7 könnte keine 60 Arbeitsplätze in der Stadt ohne Open-Source anbieten – der Erfolg der Firma ist massgeblich und nachhaltig quelloffener Software geschuldet.

Aber auch die Menschen profitieren: Dank Open-Source ist der Schutz unserer digitalen Privatsphäre erst möglich. Man könnte also meinen: Friede, Freude, Eierkuchen!

Doch im letzten Moment glaubt der Stadtrat, noch in die Parade fahren zu müssen und will, dass wir aus der gut austarierten und mehrheitsfähigen Motion noch ein unverbindliches Postulätchen machen sollen. Nur weil ein paar subalterne Mitarbeitende bei der IDW (also den Informatikdiensten) meinen, man solle ihnen lieber nicht zu sehr auf die Finger schauen. Der Stadtrat glaubt, die Leute bei IDW hätten Wichtigeres zu tun, als ihre eigenentwickelte Software (es ist ungefähr ein gutes Dutzend von Programmen, wie ich gehört habe) auf Github zu stellen. Github, das muss man wissen, ist eine riesige Open-Source-Bibliothek. Da werden die Software-Projekte verwaltet und dokumentiert, und sie sind einsehbar von Kolleginnen und Kollegen aus der Open-Source-Community aus der ganzen Welt. Also das ist sozusagen das Biotop, wo alles stattfindet. Der Stadtrat findet, er möchte nicht dazu gehören und er möchte lieber im eigenen Software-Sumpf suhlen. „Kä Luscht“, um ein nicht sehr rühmliches Bonmot eines Alt-Bundesrats zu bemühen.

Das eidgenössische Parlament ist mit dem EMBAG (also dem Gesetz zum Einsatz elektronischer Mittel zur Erfüllung von Behördenaufgaben) vorausgegangen, d.h. National- und Ständerat haben das beschlossen. Allerdings gilt das EMBAG nur für die Bundesverwaltung, nicht aber für Kantone und Kommunen. Deshalb wollen wir mit dieser Motion sozusagen den «autonomen Nachvollzug» (ich weiss, Ihr von der SVP reagiert jetzt gerade ein bisschen, das ist so ein Wort, autonomer Nachvollzug) für die Stadtverwaltung Winterthur. Wir sind damit in bester Gesellschaft mit dem Kanton Zürich und der Stadt Zürich, wo gleichlautende Motionen hängig sind. Es kann nicht sein, dass sich wegen der Unlust einiger subalternen Informatiker der Verwaltung die Stadt Winterthur nicht modern aufstellt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lasst Euch nicht von der Unlust des Stadtrats verunsichern und stimmt bitte für die Überweisung. Besten Dank.

Parlamentspräsident F. Helg: Gibt es aus dem Plenum des Parlaments einen Ablehnungsantrag? Möchte der Finanzvorsteher, Stadtrat Kaspar Bopp, dazu das Wort?

Stadtrat K. Bopp: Ich glaube, ich muss da kurz etwas dazu sagen. Bevor wir uns geäussert haben, wurde unsere Äusserung bereits kommentiert.

Es ist in der Tat so, dass ich mit Fredy und der Fraktion darüber gesprochen habe, ob man das in ein Postulat umwandeln könnte. Selbstverständlich nicht einfach so, sondern in einem Gespräch mit Inhalten. Das werden wir nicht machen, by the way, sonst hätte ich das beim Präsidenten angekündigt.

In der Sache spricht aus unserer Sicht überhaupt nichts gegen die Veröffentlichung von Quellcodes, natürlich dort, wie es in der Motion auch richtig steht, wo es rechtlich zulässig ist und keine Sicherheitsargumente dagegensprechen. Das steht in der Motion so und das sieht auch der Stadtrat so. Entsprechend sind wir nicht überrascht, dass diese Motion hohe Zustimmung erhält.

Für uns wichtig ist am Schluss, dass wir anschauen können, wie hoch der Nutzen für die Stadt und die Bevölkerung ist und wie hoch die wiederkehrenden Kosten und wiederkehrenden Aufwände sind. Ich denke, das müssen wir jetzt klären und das ist am Schluss dann auch entscheidend dafür, wie gross die Unterstützung dann ist für die Umsetzung oder für die Art und Weise, wie wir das umsetzen. So gesehen sind wir der Meinung, man hätte da in einer ersten Linie auch zuerst einmal ein Postulat und genau diese Auslegeordnung machen können.

Ich gehe jetzt aber davon aus, dass diese Motion so überwiesen werden wird. In der Sache ist das sicher auch eine gute Überlegung. Und wir werden uns entsprechend an die Arbeit machen und die Fragen, die ich gesagt habe, klären.

Und ja, so böse, wie Fredy uns jetzt da darstellt, scheinen wir nicht zu sein. Vielleicht wartet Ihr nächstes Mal ab, was wir dazu sagen, bevor er in die Tasten greift und sein Votum nachher abliest. Besten Dank.

Parlamentspräsident F. Helg: Ich stelle fest, dass seitens des Stadtrats ebenfalls kein Ablehnungsantrag gestellt wird. Somit gilt die Motion als überwiesen (Art. 79 Abs. 5 Geschäftsordnung), es braucht keine Abstimmung dazu.

5. Traktandum

Parl.-Nr. 2025.14: Begründung des Postulats R. Heuberger, (FDP), I. Kuster (Die Mitte), Ph. Angele (SVP) und N. Holderegger (GLP) betr. Priorisierung der Investitionskredite zu Gunsten der Schulhäuser

Parlamentspräsident F. Helg: Begründung des Postulats betreffend Priorisierung der Investitionskredite zu Gunsten der Schulhäuser. Das Wort hat die Erstpostulantin Romana Heuberger (FDP).

R. Heuberger (FDP): Winterthur steht vor einem riesigen Investitionsberg. Und ich meine damit nicht etwa den Uetliberg oder den Säntis, nein, wir gehen mit riesigen Schritten auf den Mount Everest los. Was ist das Problem dabei? Uns fehlt der personelle und der finanzielle Schnauf, um auf diesen extrem hohen Berg überhaupt hinaufzukommen.

Ich verzichte jetzt ganz bewusst auf eine Zahlenschlacht. Nur eine Information ist wichtig: In den Prognosen vom Stadtrat für 2025 bis 2028 steigen die Investitionen von 249 auf 350 Millionen Franken pro Jahr, also um rund 100 Millionen Franken jährlich. Allen, die das Budget der Stadt Winterthur und die Rechnung schon mal genauer angeschaut haben, muss klar sein: Das können wir uns aufgrund der aktuellen Finanzlage und der bereits sehr hohen Verschuldung dieser Stadt gar nicht leisten. Der Stadtrat wird also Prioritäten setzen müssen. Für die FDP und die miteinreichenden Parteien hat der Schulhausbau in diesem Prozess sehr hohe Priorität.

Beim Schulhausbau haben wir neben der guten Qualität der Gebäude und einer attraktiven Lernumgebung vor allem zwei Themen: Das erste ist die Zeit und das zweite sind die Kosten. Und ich wage es, es so zu sagen: Beides hat die Stadt nicht wirklich im Griff.

Deshalb bitten wir den Stadtrat in einem Bericht aufzuzeigen, wie die Schulbauten in den Investitionsrechnung 2026-2030 sowie betreffend Ressourcen für die Planung priorisiert werden können. Uns geht es mit diesem Postulat darum, dass die Schulpflege und der Stadtrat gemeinsam sich Gedanken darüber machen, wie eine solche Priorisierung umgesetzt werden kann.

Klar ist auch, dass wir die Ausgaben für die Schulhausbauten in den Griff bekommen müssen. Für die beiden aktuell zur Diskussion stehenden Schulhäuser Steinegg und Langwiesen kommen die Vorlagen nicht nur um mindestens zwei Jahre zu spät, sondern weisen auch Mehrkosten von plus 30% gegenüber dem ursprünglichen Planungskredit bzw. der Investitionsrechnung aus. So kann es nicht weitergehen. Sonst werden aus den prognostizierten rund 700 Millionen Franken, die wir in den nächsten 10 Jahren gemäss Jürg Altwegg für den Schulhausbau ausgeben müssen, rasch eine Milliarde Franken oder deutlich mehr.

Und damit kommen wir zum zweiten Faktor: Die Zeit.

Wir wollen auch nicht, dass die Vorlagen an das Parlament entweder so knapp kommen, dass wir als Parlament gar nicht mehr «Nein» sagen können, ohne zu riskieren, dass die Schülerinnen und Schüler am Schulanfang auf der Strasse stehen; z.B. beim Erweiterungsbau für das Schulhauses Wyden war das ein durchaus realistisches Szenario.

Und wir wollen nicht, dass die Schülerinnen und Schüler in der halben Stadt verteilt werden müssen, weil – wie im Schuljahr 2024/2025 - Schulraum am richtigen Ort fehlt und insgesamt zu wenig Schulraum vorhanden ist. Wir wollen auch nicht, dass kurzfristig Räume von Dritten zugemietet werden müssen, wo die Stadt dann deswegen langfristige Verträge abschliessen muss und damit gebunden ist.

Was brauchen wir? Wir brauchen genügend attraktiven Schulraum, zur richtigen Zeit, am richtigen Ort. Um dies zu erreichen, braucht es zwei Ansätze:

Erstens: Wir brauchen die bessere Nutzung der bereits bestehenden Schulräume und neue, innovative Ideen für den Unterricht. Das hat die FDP bereits in einem anderen Vorstoss gefordert.

Und es braucht eben das Zweite, das, was wir jetzt fordern: Prioritätensetzung bei der Schulraumplanung – personell und finanziell.

Es ist uns wirklich wichtig, dass sich der Stadtrat zusammen mit der Schulpflege (und das möchte ich wirklich betonen, dass sie das zusammen machen) Gedanken macht, wie man diese Priorisierung vornehmen kann. Je früher, desto besser.

Wir bitten Euch deshalb, dieses Postulat zu unterstützen. Vielen Dank.

Parlamentspräsident F. Helg: Für einen Ablehnungsantrag hat jetzt das Wort: Selim Gfeller (SP).

S. Gfeller (SP): Ich kann es vorwegnehmen: Wir lehnen das ab. Und ich frage mich schon, was so ein Bericht leisten kann, denn die Planung für die erste Phase dieser Periode wird bereits abgeschlossen sein, wenn dieser Bericht vorliegt. Bis dahin ist es somit schon fast zu spät. Der Stadtrat wird bis zu diesem Zeitpunkt den Investitionsbedarf und die Planung für die Schulbauten bereits festgelegt haben. Mit viel Zahlenakrobatik wird hergeleitet, warum man sich nur Investitionen von 250 Millionen Franken pro Jahr leisten könne. Die im Motionstext genannten Zahlen sind inkonsistent und vermischen Finanz- und Investitionsvermögen, was zu einer verzerrten Darstellung führt. Die selbsterfundene Investitionsgrenze von 250 Millionen Franken ist willkürlich. Wenn man den Text durchliest, wird schnell klar, um was es geht. Es geht nicht darum, dass man ein Interesse daran hat, den Erneuerungsbedarf der Schulhäuser anzugehen, sondern dass man weniger bauen will, weil man es nicht für nötig hält. Der Erneuerungsdruck und der Wachstumsdruck wird gekonnt kleingeredet.

Die Kosten für Schulraum werden in jedem Fall anfallen, das wurde auch schon erwähnt – entweder durch den Bau neuer Schulhäuser oder durch das Mieten von externem Schulraum. Denn wir kommen nicht darum herum, die wachsenden Schülerzahlen und veränderten pädagogischen Anforderungen bei der Gestaltung der Schulräume zu berücksichtigen. Der Bau eigener, gut geplanter und moderner Infrastruktur ist langfristig die wirtschaftlichere Lösung, weil sie effizienter zu bewirtschaften ist, Synergien schafft und sparsamer ist.

Hohe Baukosten sind ein direktes Ergebnis demokratischer Entscheide, die wir getroffen haben, z.B. der Netto-Null-CO₂-Zielsetzung und den hohen Gebäudestandards. Die Bevölkerung und das Parlament haben sich wiederholt für die qualitativ gute und nachhaltige Bauweise ausgesprochen. Nicht für Luxus, aber für Qualität. Jetzt wird der Bau von Schulhäusern gegen den Rest der Investitionen ausgespielt. Wer es günstiger will, soll den Gebäudestandard senken oder die Bestellungen reduzieren. Das sind die wahren Hebel, die wir haben. Es ist mutlose Politik, die ambitionierten Projekte zu Beginn der Legislatur zu unterstützen und später dann die finanziellen Konsequenzen nicht tragen zu wollen. Wir stehen zu unseren Beschlüssen und tragen die Verantwortung für guten, zukunftsfähigen Schulraum, der den Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler ebenso gerecht wird wie den Anforderungen an Nachhaltigkeit und Effizienz. Wir finden es nicht richtig, dass man den Schulraum gegen andere wichtige Investitionen in dieser Stadt ausspielt. Danke.

Ph. Angele (SVP): Wir haben es gehört von Romana: Das Fass ist voll. Wir haben die Gefahr einer finanziellen Verzettlung und deshalb teilen wir natürlich die Auffassung von Selim nicht ganz – oder von der SP-Fraktion.

Es ist einiges da: Die Stadtfinanzen brauchen effektiv eine klare Priorisierung der Akzente beim Engagement der Schulhäuser, vom Bauen. Vieles ist auch nicht unbedingt (wie Selim vorhin gesagt hat), demokratisch entschieden, sondern es sind Verwaltungsaufgaben.

Deshalb sehen wir es wirklich als wichtigen Akzent, dass man diese Priorisierung klar macht.

Ich möchte nochmals betonen: Das Postulat ist nicht unbedingt ein Sparaufruf, sondern es ist auch ein Aufruf zu verantwortungsvollen Investitionen im richtigen Moment. Wir müssen sicherstellen, dass dort investiert wird, wo der grösste gesellschaftliche Nutzen liegt. Und da sind wir bei den Schulen und bei der Bildung. Danke.

I. Kuster (Die Mitte/EDU): Damit die Verschuldung der Stadt nicht noch grösser wird, ist es wichtig, die Investitionen besser zu planen und klar Prioritäten zu setzen. Es geht nicht um das Ausspielen der einen gegen die anderen, sondern es ist wichtig, dass man sich Gedanken macht, was wir uns leisten können. Es ist kein Wunschkabinett.

Deshalb gilt es zu beachten, dass wir nicht zu viel in Beton investieren, sondern wir wollen auch noch Geld haben, um in die Schulqualität zu investieren. Deshalb braucht es v.a. bei den Schulhäusern eine gute und kreative Planung und dieser kommt ganz grosse Bedeutung zu. Wer sorgfältig und genau plant, hat während der Umsetzung weniger Überraschungen. Denn alle Sonderwünsche, die nach der Planung erfolgen, führen zur starken Verteuerung des Baus. Das gilt bei privaten Bauvorhaben, aber noch umso mehr bei öffentlichen Bauten. Es gibt aber noch eine Prioritätensetzung: Und zwar Schulraumbedarf versus Denkmalschutz. Lieber Stadtrat, da müsst Ihr mehr Kampfgeist zeigen und nach besseren Lösungen suchen. Wieso das öffentliche Interesse, nämlich genügend Schulraum zu haben, nicht stärker gewichtet und die Schutzwürdigkeit auch mal aufgegeben? Ist denn z.B. der Innenhof beim Schulhaus Steinacker wirklich so einzigartig? Unsere drei Kinder haben alle dieses Schulhaus besucht und ich sehe noch heute die Schutzwürdigkeit nicht ein. Und ohne diese hätte es sicher eine bessere und günstigere Lösung für alle gegeben.

Also die Planung und Abklärung mit der Denkmalpflege sind wichtige Eckpfeiler. Weil jeder verbaute Quadratmeter kostet und wenn ich weniger Flächenbedarf habe, wird der Bau entsprechend günstiger. Also damit die Investitionen gut geplant werden können, braucht es möglichst gute Grundlagen – auch bezüglich des Bevölkerungswachstums. Denn im Moment sprechen alle von Geburtenrückgang – und das müssen wir aufmerksam verfolgen.

Das alles gehört für uns von der Mitte/EDU-Fraktion zu einer notwendigen Priorisierung der Bauten dazu. Denn wir können es uns, so wie es aktuell läuft, nicht leisten, alle Bauten und Vorhaben gleichzeitig zu realisieren.

Ich danke allen, die das Postulat unterstützen.

N. Holderegger (GLP): Es wurde schon sehr viel gesagt. Was mich bedenklich stimmt, ist, wenn man etwas nicht sagt: Nämlich dass die Stadt Winterthur vom Herbst 2024 bis 2039 mit steigenden Schüler/-innenzahlen von ungefähr 9% rechnen muss. Was auch nicht gesagt wurde: Das Recht auf Bildung ist ein verfassungsmässiges Recht. Und wir sind da verpflichtet, auch in der Stadt Winterthur, diesem verfassungsmässigen Auftrag Folge zu leisten.

Es geht da nicht darum, Leistungen gegeneinander auszuspielen; sondern es geht schlichtwegs darum, den Schülerinnen und Schülern die Bildung zu ermöglichen, in gehaltvollem Schulraum, verbunden mit ebensolchen Lehrpersonen. Denn Schulraum wirkt sich auch auf die Attraktivität von Winterthur als Arbeitgeberin auf einem umstrittenen Lehrpersonenmarkt aus. Es geht darum, dass man dem Rechnung trägt.

Im Postulat selbst wurde nicht erwähnt, dass das eine gegen das andere ausgespielt wird. Das ist eine Interpretation. Und ich glaube, da bewegen wir uns auf gefährlichem Terrain, das wir nicht einfach so unterstützen dürfen. Es geht auch in den nächsten Jahren immer wieder darum, der finanziellen Leistungsfähigkeit der Stadt Winterthur Sorge zu tragen und auch der Zukunftsfähigkeit für die Stadt Winterthur und auch für die jüngeren Generationen, die nachrutschen.

Für mich ist das heute Abend keine polemische Diskussion, es darf auch keine sein. Ob jetzt die 250 Millionen gerechtfertigt sind, ob man die nachvollziehen kann oder nicht, das müssen wir im Einzelnen hier nicht aufschlüsseln. Es geht einfach darum: Wir sind nicht auf Rosen gebettet – und dem müssen wir Rechnung tragen.

Und aus all diesen Gründen halten wir von der GLP-Fraktion das für vernünftig, was ein privater Bauherr auch machen würde: Er würde sorgsam planen, er würde abwägen und dann

eine Kosten/Nutzen-Analyse machen, nochmals schauen, was es neu braucht (aufgrund einer aktuellen Beurteilung), was braucht es nicht mehr – und dann entscheiden.

Aus all diesen Gründen, meine Damen und Herren, liebe Gäste, stellen wir von der GLP-Fraktion den Antrag Überweisung.

Besten Dank, ich habe geschlossen.

A. Büeler (Grüne/AL): Wir von der Fraktion Grüne/AL unterstützen den Ablehnungsantrag der SP, und zwar aus folgenden zwei Gründen:

1. Das Postulat bringt keinen Mehrwert und bindet nur unnötig Ressourcen.

2. Die Stadt hat auch andere Aufgaben mit hoher Priorität.

Zum ersten Punkt: Klar hat auch für uns genügend Schulraum eine hohe Priorität. Der Stadtrat setzt sich aber bereits intensiv mit dem Thema auseinander. Laut Landbote-Artikel vom 8. Oktober 2024 werden diesen Frühling Ergebnisse der Immobilienstrategie öffentlich. Uns erschliesst sich deshalb der Nutzen respektive der Mehrwert dieses Postulats nicht. Wir möchten lieber, dass der Stadtrat an den laufenden Projekten arbeitet, statt an diesem Postulat.

Zum zweiten Punkt: Nebst den Schulhäusern gibt es auch andere Prioritäten. Einrichtungen für Soziales, Gesundheit, Alter und Pflege, Kultur, Sicherheit etc. Und Stefan Fritschi möchte auch noch ein paar Batzen für ARA-Ausbau und den ÖV. Würden wir all diese Projekte auf die lange Bank schieben, hätten wir zwar kurzfristig in den Büchern bessere Zahlen. Die fehlenden Investitionen würden dann einfach in der Realität sichtbar und das wird dann für die nächste Generation noch viel kostspieliger.

Eine Priorisierung von Investitionen ist für uns selbstverständlich. Der Stadtrat ist für eine umfassendere Priorisierung verantwortlich, welche die gesamten städtischen Infrastrukturprojekte berücksichtigt. Um eine nachhaltige und zukunftsfähige Stadtentwicklung sicherzustellen, braucht es dieses Postulat mit seinem engen Fokus nicht. Merci.

A. Würzer (EVP): Wie in der Begründung des Postulats ausgeführt, ist ein sehr grosser Anteil des künftigen städtischen Investitionsbedarfs auf Schulbauten zurückzuführen. Wir haben darauf verzichtet, miteinzureichen, weil wir die zu erwartende, teilweise bereits gehörte Kritik an den Stadtrat nicht mittragen möchten. Wir sind der Überzeugung, dass der Stadtrat sich im Rahmen seiner personellen und finanziellen Ressourcen bemüht und auch im Rahmen der von der Bevölkerung beschlossenen Rahmenbedingungen darum bemüht, das Beste aus der Situation zu machen.

Wir von der EVP-Fraktion teilen aber auch das Anliegen der einreichenden Parteien, dass wir bezahlbare und qualitätsvolle Schulhäuser möchten und diese für uns hohe Priorität haben und haben müssen. Und wir erkennen im geforderten Bericht durchaus auch Potenzial für eine hilfreiche Grundlage, um

1. einen Überblick über die geplanten Investitionsprojekte zu erhalten, im Bereich der Schulbauten, bestenfalls auch basierend auf einer bereits seit längerer Zeit angekündigten Immobilienstrategie, die ja bald kommen wird.

2. im Rahmen künftiger Budgetprozesse überhaupt dazu in der Lage zu sein, sofern notwendig, fundierte Priorisierungen und Interessenabwägungen zwischen sämtlichen geplanten Investitionsprojekten der Stadt tätigen zu können.

3. möchte ich mich da auch Nicole Holderegger von der GLP anschliessen, dass wir da keinesfalls Investitionen gegeneinander ausspielen möchten am heutigen Abend.

Wir bitten Euch deshalb, dieses Postulat nicht zu unterstützen. Besten Dank.

R. Heuberger (FDP): Nur kurz: Mir ging es jetzt ein bisschen gleich wie Kaspar Bopp vorhin: Es wurde kommentiert, was wir so gar nicht gesagt haben. Und deshalb, Selim: Es würde vielleicht schon helfen, wenn man den Voten zuhören würde und nicht einfach von Annahmen ausgeht, die gar nicht gegeben sind.

Ich glaube, wir haben tatsächlich sehr klar gesagt, dass Schulhausbau für uns hohe Priorität hat, auch in einer guten Qualität. Und man kann schon sagen, ganz viele andere Sachen haben auch Priorität in dieser Stadt. Fakt ist einfach, dass wir mit dem Schulhausbau immer zu

spät sind oder dermassen knapp, dass wir gar keine Handlungsoptionen mehr haben. Und das ist sicher nicht im Sinne der Bevölkerung und nicht im Sinne der Stadt – und wir müssen da zusätzlichen Effort hineingeben, damit wir den Schulraum wieder zur richtigen Zeit am richtigen Ort haben. Das ist das eine.

Das andere ist, dass es uns v.a. auch darum geht, dass die Schulpflege wirklich gut in diese Diskussion miteinbezogen wird. Denn es sind 7 Stadträte, eine davon vertritt die Schule. Und dann gibt es aber noch eine Schulbehörde, die wirklich wichtige Interessen hat und wirklich wichtige Argumente. Und uns geht es mit diesem Vorstoss vor allem auch darum, dass das ein gemeinsamer Weg ist.

Und, Andreas, wenn Du sagst, sie machen diese Arbeit ja sowieso: Umso schöner, dann haben wir den Bericht schneller als erwartet. Vielen Dank.

R. Diener (Grüne/AL): Ich möchte doch nochmals darauf hinweisen, liebe Romana, liebe Nicole: Ihr habt ein Postulat geschrieben mit einem sehr klaren und sehr deutlichen Titel. «Priorisierung der Investitionskredite zu Gunsten der Schulhäuser». Wer uns unterstellt – und das macht Ihr beide –, wir würden irgendetwas in dieses Postulat interpretieren, der liegt falsch und lügt und erzählt uns ein Märchen. Es ist eine klare Ansage, die mit diesem Postulat umgesetzt werden soll: Nämlich eine Priorisierung zu Gunsten der Schulhäuser. Wir finden selbstverständlich, das haben wir schon betont, dass das wichtig ist. Aber eben, es gibt auch noch andere Dinge, die wichtig sind. Und es ist die Sache und liegt in der Hand des Stadtrats, diese Abwägungen vorzunehmen – und nicht von uns im Parlament. Das ist tatsächlich genau so vorgesehen. Das ist Mikromanagement, das Ihr hier wieder betreibt. Danke für die Aufmerksamkeit.

Stadtrat K. Bopp: Die Investitionsplanung ist bei mir und deshalb ist auch dieses Postulat jetzt bei mir angesiedelt.

Ich möchte mit einem Dank anfangen, einem Dank dafür, dass auch das Parlament anerkennt, wie wahnsinnig wichtig der Schulraum ist. Und ich kann garantieren, versprechen und versichern, dass der Stadtrat das genau gleich sieht: Schulraum ist unglaublich wichtig. Und ich möchte, gerade weil das so oft erwähnt wurde, als Einstieg die Zusammenarbeit mit der Schulpflege loben und mich auch bedanken bei der Winterthurer Schulpflege für die wirklich ausgezeichnete Zusammenarbeit, gerade im Bereich der Schulraumplanung und bei der Optimierung der Schulraumnutzung. Genau bei diesen Themen sind wir im Austausch. Wir sind bereits jetzt schon im guten Austausch mit ihnen und arbeiten gut zusammen und möchten diese Zusammenarbeit noch verstärken, wir möchten noch enger rücken. Wir haben ein Koordinationsgremium geschaffen, wo wir genau solche Themen eng miteinander besprechen möchten: Schulpflege und Stadtrat. Wir arbeiten sehr gut und sehr nahe zusammen in dieser Sache – und das ist wahnsinnig wichtig. Das teilen wir.

Es wurden aber einige Dinge gesagt, die ich nicht ganz so teile. Z.B. Nicole: Priorisieren heisst natürlich, etwas gegenüber etwas anderem vorzuziehen, und das führt am Schluss dazu, dass man natürlich das eine gegen das andere ausspielt, sonst ist es nicht Priorisieren. Auch Alex hat das erwähnt.

Dann sind einige Zahlen herumgereicht worden, v.a. auch von Dir, Romana. Zahlen, die insofern Makulatur sind, als dass sie ganz klassisch Äpfel mit Birnen zu einem ausgewogenen, aber wenig aussagekräftigen Apfelmixtur vermischen. Oder konkret: Steuerhaushalt und Betrieb folgen einer ganz anderen Finanzierungslogik, insbesondere führen tiefere Investitionen in den Betrieben nicht dazu, dass wir mehr Spielraum haben beim Steuerhaushalt. Das sind also Zahlen, die vermischt sind, die so an sich nicht aussagekräftig sind.

Aber jetzt zum eigentlichen Inhalt: In einer Stadt, die gleichzeitig wächst und einen hohen Erneuerungsbedarf aufweist und die sich weiterentwickeln muss, ist eine funktionierende Priorisierung der Bedürfnisse absolut entscheidend. Der Stadtrat hat das deshalb in der Finanzstrategie schon vor einer Weile adressiert und u.a. die Überarbeitung des Investitionsplanungsprozesses in Auftrag gegeben. Und daran sind wir am Arbeiten; da hat es bereits Beschlüsse gegeben und Verbesserungen, die wir angebracht haben.

Was man wissen muss: Grosse Investitionsprojekte haben einen Vorlauf von 8-10 Jahren. Das ist einfach eine Realität, die wir sehen. Was also in den Jahren 2026-2030, wie das in diesem Postulat genannt wird, realisiert werden soll, muss sich bereits heute in einem fortgeschrittenen Planungsstadium befinden. Eine umfassende Repriorisierung mit dem Ziel, dass neue Projekte in diesem Zeitraum realisiert werden, ist also kaum möglich. Aber auch nicht nötig. Wenn man nämlich den FAP 2026-28 anschaut, dann sieht man, dass Schulbauten dort bereits 40% aller Investitionen im Steuerhaushalt ausmachen, Tendenz steigend. Die geforderte Schwerpunktsetzung ist also in der heutigen Planung schon so berücksichtigt. Aus Sicht des Stadtrats ist deshalb das Postulat abzulehnen. Die geforderte Priorisierung hat bereits stattgefunden und hat aufgrund des fortgeschrittenen Planungsstands im angedachten Sinn auch gar nicht mehr stark Wirkung. Und der dritte Punkt: Die geforderte gute Zusammenarbeit mit der WSP findet auch bereits statt. Ich danke für das Ablehnen dieses Postulats.

Parlamentspräsident F. Helg: Damit sind wir bereits wieder bei der Abstimmung. Wir sehen es auf der Leinwand. Es geht (oben rechts) um die Überweisung an den Stadtrat.

A = Zustimmung Überweisung, B= Ablehnung Überweisung.

Abstimmungsergebnis: 31 Ja, 24 Nein bei 0 -Enthaltung.

Das Postulat geht an den Stadtrat zur Beantwortung.

6. Traktandum

Parl.-Nr. 2025.13: Begründung des Postulats A. Zuraikat (Die Mitte), G. Porlezza (FDP), Ph. Angele (SVP) und M. Wäckerlin (SVP) betr. Stärkung der Steuerkraft

Parlamentspräsident F. Helg: Begründung des Postulats betreffend Stärkung der Steuerkraft. Der Erstpostulant ist André Zuraikat; ich bitte Dich, das Postulat zu begründen.

A. Zuraikat (Die Mitte/EDU): Die Antwort des Stadtrats auf die schriftliche Anfrage «Prosperierendes Winterthur» hat uns als Fraktion und die miteinreichenden Fraktionen dazu motiviert, ein Postulat zu erstellen und zu überweisen mit der Absicht, den Stadtrat in seinen Vorhaben, unter anderem in der Überprüfung der Wirtschaftsstrategie, zu bestärken.

Damit wir eine hohe Lebensqualität, exzellente Bildungseinrichtungen und eine innovative Wirtschaft aufrechterhalten können, braucht es eine Strategie, damit auch auf der Einnahmenseite der Steuerrechnung – und zwar ohne Steuern- und Gebührenerhöhung - wir eine positive Entwicklung beobachten können. Wie in der Begründung des Postulats dargelegt, sieht die finanzielle Situation unserer Stadt besorgniserregend aus.

In der Antwort zur schriftlichen Anfrage «Prosperierendes Winterthur» haben uns sehr über die Erläuterungen des Stadtrats erfreut, dass er anerkannt hat, wie alt die aktuelle Wirtschaftspolitik ist. Sie stammt nämlich aus dem Jahr 2008. Dabei hat der Stadtrat gemäss seinen Ausführungen in der Antwort eine Überprüfung in Auftrag gegeben.

Wir sind allerdings der Meinung, dass dies nicht genügt. Wir möchten mit diesem Postulat den Stadtrat ermutigen, Massnahmen zu definieren, mehr Einnahmen für unsere Stadt zu generieren. Wie im Antrag definiert, sollen diese Massnahmen mit Terminen definiert werden, damit der zeitliche Aspekt auch nicht ausser Acht gelassen wird. Der tiefrote FAP (den Kaspar auch schon erwähnt hat, nicht tiefrot, aber einfach FAP) zeigt uns immer wieder, dass schneller Handlungsbedarf besteht. Wir erwarten vom Stadtrat ausserdem, nicht einfach auf grössere Zahlungen seitens des Kantons zu hoffen. Dies ist keine nachhaltige Finanzpolitik. Vielmehr ermutigen wir den Stadtrat, Verantwortung zu übernehmen, so dass wir selbst unseren Beitrag für eine hohe Lebensqualität und ein prosperierendes Winterthur leisten können. Dies schulden wir uns und auch unseren nachfolgenden Generationen.

Vielen Dank für die Unterstützung der Überweisung.

Parlamentspräsident F. Helg: Im Vorfeld wurde ein Ablehnungsantrag der Fraktion Grüne/AL angemeldet. Das Wort geht an Michael Zundel.

M. Zundel (Grüne/AL): Ich möchte da grundsätzlich vielen Punkten von André widersprechen. Wenn man die Bildungsinstitutionen der Stadt als Aushängeschild aufhängt, dann sollte man von Bund und Kanton nicht Gelder sparen. Und gerade auf diesen beiden Ebenen sind die Hebel eigentlich gross, um die Zentrumslasten von Winterthur zu entlasten. Und das sind eigentlich die einzigen realistischen Wege, wie man die Einnahmenseite von Winterthur verbessern kann.

Wir von der Fraktion Grüne/AL lehnen dieses Postulat grundsätzlich ab. Wir erachten es als überflüssig, da der Grossteil der Fragen, welche thematisiert werden, bereits in der schriftlichen Anfrage 2024.35 von André und Gioia beantwortet wurden. In dieser Antwort steht auch, wie Du, André, bereits gesagt hast, dass der Stadtrat uns noch in diesem Jahr 2025 eine neue Wirtschaftsstrategie präsentieren wird, was ja genau die Forderung dieses Postulats ist.

Trotz alledem habe ich ein paar Vorschläge, wie die Bürgerlichen tatsächlich die Einnahmenseite der Stadt Winterthur aufbessern können. Getreu nach dem Motto: «Frage nicht, was die Stadt für dich machen kann, sondern frage dich, was du für die Stadt machen kannst.»

In der Begründung des Postulats wird der Steuerertrag von juristischen Personen thematisiert und darauf aufmerksam gemacht, dass dieser vom Jahr 2022 auf das Jahr 2023 von 82 Millionen auf 56 Millionen gesunken ist. In der Antwort auf die schriftliche Anfrage 2024.68 von Katja Hager ist zu entnehmen dass bei einer Umsetzung der Gewinnsteuersenkung im Kanton Zürich von 7% auf neu 6% der Stadt Winterthur weitere 9.1 Millionen Franken verloren gehen. Somit zu meinem ersten Vorschlag (eigentlich an die Bürgerlichen): Stimmt im Mai «Nein» zur Gewinnsteuersenkung im Kanton Zürich.

Als nächstes weist das Postulat darauf hin, dass unter anderem die Ausgaben im Bereich Bildung die städtischen Finanzen vor grosse Herausforderungen stellen. Das Problem dabei ist, dass praktisch alle Ausgaben in diesem Bereich gebunden sind, weil die Rahmenbedingungen vom Kanton gemacht werden. Gleichzeitig muss die Stadt zum grossen Teil die Kosten davon selbst tragen. Der Verteilschlüssel im Bereich Bildung belastet Zentrumsstädte wie Winterthur besonders stark. Dieser Schlüssel muss dringendst angepasst werden. Damit zu meinem zweiten Vorschlag: Setzt Euch bei Euren Kolleginnen und Kollegen im Kantonsrat dafür ein, dass der Kanton mehr Ausgaben im Bereich Bildung an die Stadt rückvergütet. Wie soll man in einem so reichen Land wie der Schweiz mehr Einnahmen generieren? Unsere Kolleginnen und Kollegen in Bern hätten gerade die Chance gehabt, einen brauchbaren Gegenvorschlag zu einer - zugegebenerweise etwas über motivierten – Erbschaftssteuer-Initiative der Juso auszuarbeiten. Leider wurde diese Möglichkeit nicht gepackt. Somit mein dritter Vorschlag: Setzt Euch bei Euren Kolleginnen und Kollegen Nationalräten ein, damit wir eine sinnvolle und faire Erbschaftssteuer einführen. Mehr so im Stil von EVP und weniger im Stil der Juso.

Bei meinem letzten Punkt möchte ich darauf hinweisen, falls Euch die Steuerkraft unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger wirklich so am Herzen liegt, solltet Ihr Euch vielleicht nicht mit Händen und Füßen gegen den Volkswillen wehren, der sich für einen Lohn zum Leben ausgesprochen hat. Wenn Euch dabei wirklich nur die Ebene stört, auf welcher ein solcher Mindestlohn eingeführt wird; siehe oben, bei wem Ihr Euch melden sollt.

Als Fraktion Grüne/AL haben wir bereits in der Budgetdebatte vom Dezember versucht, die Einnahmenseite der Stadt Winterthur in den Fokus zu rücken. Ich habe damals bereits darauf hingewiesen, dass die Sparpolitik der Bürgerlichen auf Ebenen von Bund und Kanton einkommensschwache Haushalte am meisten belastet. Leider seid Ihr Bürgerlichen und die Medien damals nicht weiter darauf eingegangen. Deshalb finde ich es umso schöner, dass wir das Thema jetzt diskutieren können.

Obwohl wir das Postulat ablehnen - oder eben genau deshalb -, warten wir trotzdem erwartungsvoll auf die neue Wirtschaftsstrategie 2025, welche uns der Stadtrat möglichst bald zu präsentieren hat.

Ph. Angele (SVP): Ich mache es kurz: Der Arbeitsmotor Winterthur oder Winti gerät zusehends ins Stocken. Und damit fehlt auch das wichtige Steuersubstrat. Und getreu nach dem Motto «Wohnen für alle» oder «schrumpfende Arbeitsplätze für alle».

Wir brauchen mehr Neuansiedlungen von Firmen und auch Arbeitsplätze, das ist dringend notwendig. Wer gegen die Überweisung dieses Postulats ist, akzeptiert auch den schleichen- den Abstieg unserer Stadt. Und Lösungen des Stadtrats sind eben effektiv gefragt, mit denen man klar aufzeigen kann, wie man diese Steuerkraft nachhaltig stärken kann.

Aus unserer Sicht ist klar, dass man das Postulat überweisen muss, und das am liebsten schon gestern statt morgen.

Die Zahlen dazu sprechen eine klare Sprache. Während die Steuerkraft pro Kopf im Kanton Zürich steigt, sinkt sie in Winterthur. Jetzt kann man schon sagen, mit Zentrumslasten usw. Die Beschäftigungsdichte stagniert aber ebenfalls – und das seit einem Jahrzehnt. Und Winterthur verliert zusehends an wirtschaftlicher Kraft (Firmenabwanderungen etc.). Das ist ein unhaltbarer Zustand für uns. Nach unserer Ansicht fehlt eine Strategie, um den Herausforderungen auf der Einnahmenseite zu begegnen – und zwar ohne immer mehr Steuern und Gebühren anzuheben.

Wie vorhin erwähnt: Es geht nicht nur um mehr Steuern. Sondern es geht auch darum, dass man die wirtschaftsfreundliche Politik in dieser Stadt entwickelt. Und das heisst, dass man Unternehmen anziehen und Arbeitsplätze schaffen kann. Mehr Arbeitsplätze heisst mehr Steuersubstrat, mehr Leute, die Geld in Winterthur liegenlassen und das Ganze mitfinanzieren.

Das wäre es eigentlich. Danke.

F. Kramer-Schwob (EVP): Klar festzuhalten ist: Wir sind natürlich für ein strategisches Vorgehen für mehr Einnahmen für Winti. Wir sind aber gegen die aufwändige Produktion von einem Papier für die Schublade. Und das ist aus unserer Sicht auch der Unterschied zum Postulat, das wir gerade vorhin diskutiert haben, das eine nötige Entscheidungshilfe sein soll – auch für das Parlament.

Geht es in diesem Postulat, das wir jetzt diskutieren, einfach darum, mehr Unternehmen nach Winterthur zu bringen? Sicher ein gutes Anliegen, Philipp Angele. Um dieses Anliegen kümmert sich aber das «House of Winterthur» zusammen mit der Stadtentwicklung bereits relativ ressourcenintensiv.

Wir erwarten vom «House of Winterthur», dass es - wie die Stadt auch - strategisch vorgeht. Vielleicht sollte uns das «House of Winterthur» sogar mal einen Bericht dazu vorlegen. Das ist aber ein eigenständiger Verein. Und das Postulat holt das nicht ab.

Der Antrag des Postulats beinhaltet nicht nur die Steuerkraft. Da könnte es auch um Finanzausgleich, Zentrallastenausgleich etc. gehen. Wichtige Themen. Aber auch dafür braucht es keinen Strategiebericht, sondern viel Verhandlungsgeschick des Stadtrates.

Wir sehen deshalb weder für die Gewinnung von Unternehmen für Winterthur noch für bessere Karten im Finanzausgleich den Bedarf für einen Strategiebericht.

Anders würde es natürlich aussehen, wenn der Stadtrat gerne die Ressourcen dafür gesprochen bekäme, einen solchen Strategiebericht zu verfassen. Dafür bekamen wir bisher aber keine Zeichen. Wenn wir es nachher so hören würden vom Stadtrat, dann würden wir «Ja» stimmen.

Sonst: Wir sind für griffige Massnahmen, nicht für die Beschäftigung der Verwaltung mit Papieren. Letztlich würde das vor allem die sonst von den Bürgerlichen so stark kritisierte Bürokratie fördern. Wir unterstützen deshalb den Ablehnungsantrag der Grünen. Wir teilen nicht jedes Argument, das Michael vorhin aufgezählt hat, finden aber dasjenige der Erbschaftsteuer der EVP ein sehr gutes Argument. Und Alex nimmt das auch gerne mit nach Bern.

R. Keller (SP): Ich kann mich in weiten Teilen eigentlich Michael und Franziska anschliessen. Das vorliegende Postulat bringt aus Sicht der SP keinen erkennbaren Mehrwert. Die Fragen,

das wurde auch schon gesagt, sind eigentlich schon in der schriftlichen Anfrage zur prosperierenden Stadt im Mai 2024 beantwortet worden. Und der Stadtrat hat eigentlich auch klar dargelegt, dass er einen Auftrag erteilt hat, die strategischen Stossrichtungen für die Wirtschaftspolitik weiterzuentwickeln, und auch Handlungsfelder und Massnahmen dort darlegen möchte. Er hat auch gezeigt, was für steuerliche Möglichkeiten es gibt, um Winterthur für Unternehmen oder einkommensstarke Personen attraktiver zu machen und steuerkräftige Personen auch in der Stadt zu halten.

Ich verstehe nicht wirklich, wie man mit den gleichen Fragen den Stadtrat ermuntern möchte, irgendwie noch konkreter zu werden. Wie gesagt, das Postulat wiederholt eigentlich das, was bereits gefragt wurde und bringt uns keinen einzigen Schritt weiter. Der Aufwand, das hat Franziska vorhin auch gesagt, ist erheblich – und der Nutzen für uns nicht erkennbar.

Und dann möchte ich auch noch auf den 2. Punkt, der auch schon genannt wurde, eingehen: Niemand in diesem Raum wäre wahrscheinlich – und auch, wenn man die Leute auf der Strasse fragen würde – gegen höhere Steuereinnahmen für Winterthur. Aber zu glauben, dass man das mit einer isolierten Strategie für Steuerkraftsteigerung heranzaubern könnte, ist eine absolute Illusion.

Das Ziel der Mehreinnahmen ist sehr viel komplexer und braucht deshalb eine breitere Sichtweise, als einfach auf die Steuerkraft zu setzen. Und die Stadt kann nicht einfach ein Papier machen und – schwupps! – haben dann wir mehr Steuereinnahmen. Es braucht politische Kräfte, das hat auch Franziska gerade vorhin gesagt, die sich auf allen politischen Ebenen dafür einsetzen, dass die Städte (wie z.B. Winterthur) einen angemessenen Finanzausgleich, einen Zentrumslastenausgleich erhalten. Und dass Unternehmen eben angemessen besteuert werden. Und genau das, das wurde ja auch schon gesagt, das hat Michael gesagt: Am 12. Mai habt Ihr eine gute Chance, darüber abzustimmen, ob man vielleicht auf 9.1 Millionen in Winterthur verzichten will – wenn man nämlich die Unternehmensgewinnsteuer nochmals senkt.

Aus diesem Grund stimmen wir auch dem Ablehnungsantrag der AL und der Grünen zu.

S. Kocher (GLP): Auch wir werden den Ablehnungsantrag unterstützen.

Die GLP-Fraktion kann den Vorschlag, einen Strategiebericht zur wirtschaftlichen Stärkung von Winterthur zu erstellen, aus mehreren Gründen nicht unterstützen. Zunächst fehlt eine ausreichende Berücksichtigung der sozialen Aspekte. Der Fokus liegt stark auf wirtschaftlichen Massnahmen, ohne die sozialen Bedürfnisse ausreichend zu berücksichtigen. Dabei ist es entscheidend, dass bei wirtschaftlichen Entscheidungen auch die soziale Gerechtigkeit nicht vernachlässigt wird.

Ein weiterer Punkt ist die mangelnde Nachhaltigkeit des Vorschlags. Es wird keine klare Strategie vorgestellt, wie das wirtschaftliche Wachstum mit ökologischen und langfristigen Zielen in Einklang gebracht werden soll. In Zeiten des Klimawandels und der Ressourcenknappheit muss Nachhaltigkeit bei allen Massnahmen eine zentrale Rolle spielen.

Gerade diese Nachhaltigkeit ist der GLP ein sehr wichtiges Kriterium. Bereits in unserer Initiative «Arbeiten und Wohnen in Winterthur» haben wir auf diese im Vorstoss aufgegriffene Situation aufmerksam gemacht und entsprechend eine konkrete Stossrichtung und Lösungen angeboten. Diese kann der Stadtrat einfach wieder aufgreifen. Dazu braucht es keinen neuen Strategiebericht.

Besten Dank.

R. Tobler (FDP): Winterthur verliert an wirtschaftlicher Kraft und aus diesem Grund unterstützen wir das natürlich entsprechend mit. Also nicht, dass wir wirtschaftliche Kraft verlieren, sondern den Vorstoss.

Wenn die Steuerkraft sinkt und die Beschäftigungsdichte auch stagniert und Winterthur nicht mehr Unternehmen anzieht, sondern Unternehmen wegziehen, dann haben wir definitiv ein Problem. Und das Problem zeigt sich eigentlich dann, wenn man schon vor 5 oder 10 Jahren hätte handeln müssen.

Man sieht das auch an allen anderen Orten auf der ganzen Welt: Ein Job ist relativ wichtig für die Menschen – und wenn man keinen Job hat, wird es irgendwann problematisch. Da kann man natürlich schon sagen: Alle Leute arbeiten in Zürich und wohnen hier in Winterthur; das ist nicht so dramatisch, wenn diejenigen, die in Winterthur wohnen, dementsprechend viel Steuern hier in Winterthur zahlen würden. Das würde ja auch freuen.

Und die Antworten des Stadtrats, wie das Regula gesagt hat: Ja, vom Stadtrat sind schon Antworten gekommen. Aber Antworten sind leider halt noch keine Massnahmen. Und Antworten sind noch keine Aktionen oder Umsetzungen, sondern man muss dann auch etwas machen. Und da werden wir in Zukunft wohl noch mehr darauf schauen.

Und dann gibt es natürlich noch einen Aufgelegten von den Grünen: Wenn Du Dich fragst «Frag nicht, was das Land für dich machen kann, sondern frag dich, was du für das Land machen kannst», und dabei auch noch solche Vorschläge machst und dabei auch noch die unsägliche Juso-Initiative nennst, die zum Glück kläglich scheitern wird, vergisst Du leider wahrscheinlich den zweiten Teil dieses Satzes, den dieser berühmte Herr gesagt hat. Der fragt sich nämlich: «Frag nicht, was das Land für Euch machen kann. Sondern frag, was wir gemeinsam für die Freiheit der Menschen machen können.» Und ich kann Dir eines sagen: Die Freiheit der Menschen ist definitiv nicht höhere Abgaben, höhere Steuern und 50prozentige Erbschaftssteuern einführen. Also das vielleicht noch zur Weiterbildung von Dir, Teil zwei dieses superschönen Zitats.

Der Vorstoss soll etwas konkreter werden. Wie Ihr das ja kennt: Man macht eine schriftliche Anfrage und wenn man nicht zufrieden ist oder nicht verspürt, dass Action passiert aus dieser schriftlichen Anfrage, dann macht man mit einem weiteren Instrument weiter. An diesem Stand sind wir jetzt und das Ziel ist – und da glaube ich nicht, dass da im Grundsatz irgendjemand dagegen wäre, aber es ist normale Parteipolitik, die da stattfindet -, dass wir in Winterthur idealerweise spannende Jobs hätten und z.B. auch Wohnungen für wohlhabende Menschen, die dann ein bisschen mehr Steuern zahlen, als das vermutlich auch wir hier drinnen im Durchschnitt machen. Und wenn andere Städte das schaffen, wäre es ideal, wenn das auch Winterthur schafft.

Denn die Einnahmen in der Stadt Winterthur sind zentral, zentral für alles. Und wenn wir das nicht hinbekommen, dass wir künftig wieder mehr Einnahmen haben, dann werden wir in Zukunft noch ganz andere Projekte entsprechend priorisieren müssen. Und dafür braucht es halt ein Konzept beim Stadtrat, denn Sparen will man ja auf der linken Seite irgendwie ja auch nicht. Es ist also eine reine Verantwortungsübernahme der Parteien, die den Vorstoss eingereicht haben, dass eben Winterthur auch wirtschaftlich handlungsfähig bleibt. Denn Ihr seht es: Die Einnahmen sinken, die Ausgaben steigen. Wir brauchen Schulhäuser und anderes. Jetzt kann man sich überlegen, was man machen will. Man kann nochmals versuchen, die Steuern zu erhöhen. Man kann nochmals versuchen, auf die 1.6 Milliarden Schulden, die wir haben, noch mehr Schulden draufzupacken. Aber ich glaube, alle, die etwas von Wirtschaft verstehen, wissen, dass hohe Schulden nicht wahnsinnig sinnvoll sind.

Und wie wir vorhin gelernt haben bei der Freiheit der Bürger, so haben die Bürger vermutlich auch keine Freude, wenn die Steuern irgendwann auf 130 erhöht würden hier in Winterthur. Und deshalb könnt Ihr davon ausgehen, auch wenn das heute vermutlich nicht durchkommen wird, dass wir als FDP mit den anderen Parteien sehr intensiv am Ball bleiben werden. Vielen Dank.

M. Wackerlin (SVP): Ich möchte gleich da ansetzen. Es geht bei dieser Vorlage darum, zu zeigen, dass es nicht nur eine Stellschraube gibt bei den Steuern, sondern es gibt mindestens drei.

Das eine ist die Steuererhöhung. Das ist die dümmste von allen. Denn wenn wir jetzt die Steuern erhöhen, dann gehen die Leute, die viel Steuern bezahlen. Also kommt nur mit der Erbschaftsteuer – mein Plan B ist Portugal. Dort kann ich meinem Sohn 100% vererben und habe eine Villa am mehr.

Die zweite Stellschraube, und um diese geht es eigentlich heute, ist der Wohlstand von denen, welche die Steuern bezahlen.

Und die dritte Stellschraube, und auch darum geht es heute, ist die Anzahl der Firmen, die hier sind und Steuern bezahlen.

Also Ihr könnt über die Anzahl arbeiten, Ihr könnt über die Qualität arbeiten oder Ihr könnt einfach stumpf die Steuern weiter erhöhen. Und am Schluss habt Ihr ein Winterthur, wo nur noch Leute sitzen, die nichts finanzieren können. Merci.

A. Zuraikat (Die Mitte/EDU): Ich möchte schon auf einige Voten eingehen, die Ihr hier geäussert habt. Ich denke, das Votum von Regula und Michael kann man eigentlich mit einem Wort zusammenfassen: Resignation. Ich habe sehr genau zugehört, Michael, was Du gesagt hast. Und ich bin der Meinung, mit Deinem Votum hast Du ein Eigengolb geschossen. Du zitiertest JFK, Du passt seinen berühmten Satz ein bisschen an, damit es für Dich stimmt; aber ich habe Dir genau zugehört. Mit Deinen drei Punkten und den ungefähr 10 Unterpunkten, die Du da erwähnt hast, dass es zum Teil überflüssig ist, dass man für die Gelder auf kantonaler oder nationaler Ebene ansetzen soll, dass man es mit den Ausgaben im Bereich Bildung kompensieren solle, Erbschaftssteuer – alles Faktoren, die man auf kantonaler oder föderaler Ebene anpassen kann. Und uns geht es eigentlich darum, was wir auf kommunaler Ebene bewirken können. Wir sollten Verantwortung übernehmen, dass wir der nachfolgenden Generation nicht sozusagen einen Scherbenhaufen hinterlassen. Und darum geht es eigentlich, auch vom Stadtrat zu wissen, was wir da für Möglichkeiten haben.

Und Regula, ich gebe Dir völlig Recht: Es ist komplex, wenn es um das Steuersubstrat geht. Und eben deshalb hilft ein solcher Bericht, um die Einflussmöglichkeiten darlegen zu können. Und grundsätzlich muss ich sagen, was Samy und Franziska konstruktiver dargelegt haben, so im Bereich soziale Bedürfnisse und Nachhaltigkeit, was ich von Dir gehört habe, Samy, das stimmt mich doch auch ein bisschen positiv, dass es da vielleicht noch etwas Spielraum gibt, um einen solchen Vorstoss noch etwas zu verbessern, dass wir da eine Vorlage zusammenbringen können, die doch mehrheitsfähig sein wird.

Ich bleibe auf jeden Fall dran, denn ich übernehme sehr gerne Verantwortung, wir übernehmen sehr gerne Verantwortung für eine nachhaltige Finanzpolitik. Danke vielmals.

M. Zundel (Grüne/AL): Eine Korrektur an Raphael: Ich habe mich persönlich nicht für die Erbschaftssteuer der Juso ausgesprochen. Ich habe genau gesagt, dass das sehr übermotiviert ist. Die Details habe ich schon verstanden.

Und dann habe ich noch einen im Köcher, denn es ist auch eine übermotivierte Anfrage, die Ihr da stellt, weil es eben ein bisschen Kaffeesatz-Lesen ist. Es ist schwer, um mit den vielen Faktoren etwas erreichen zu können. Man wünscht sich mehr Steuereinnahmen. Man wünscht sich mehr Bürgerinnen und Bürger, die hohe Steuern zahlen können. Und wie man das machen kann? Man kann eine lebenswerte Stadt gestalten, damit möglichst viele attraktive Arbeitgeber hierhin kommen und die Löhne auszahlen können. Man könnte aber auch – und das ist jetzt ein weniger sinnhafter Vorschlag, aber um die Sinnlosigkeit dieser Anfrage darzustellen, möchte ich wieder mal Herrn Schatzmann erwähnen hier in diesem Raum, mit seinem Vorschlag, einen See zu bauen in Winterthur. Im Grüzefeld haben wir leider diese Chance vergeben. Mein Vorschlag wäre, den Brühlberg zu sprengen, dann können wir dort einen schönen See machen mit ganz vielen Villen, in die ganz viele reiche Leute ziehen können. Aber dort ist dann das Problem, dass die dann hierhin kommen, viel Steuern zahlen – und dann geht der Steuerausgleich innerhalb des Kantons einfach auf die andere Seite und wir haben somit immer noch nicht mehr Einnahmen.

Es ist einfach ein komplexes Thema und somit habe ich geschlossen.

M. Wackerlin (SVP): Jetzt muss ich doch auch noch etwas ergänzen: Ich glaube, da gibt es ganz unterschiedliche Auffassungen, was eine lebenswerte Stadt ist. Denn wenn ich danach mit 30 durch die Stadt höseln muss, um von Seen auf die Autobahn zu kommen, dann ist das für mich auch nicht mehr lebenswert. Ich glaube, da arbeiten viele Leute an Möglichkeiten, wie man Leute – v.a. auch das Gewerbe, das da auch betroffen ist – aus der Stadt vertreiben kann. Und vielleicht sollte es da ein kleines Umdenken auf Eurer Seite geben.

Stadtrat K. Bopp: Jetzt bin ich nicht vorbereitet, um zu Tempo 30 zu sprechen, muss ich sagen... Es war ein bunter Strauss von Themen. Nein, ich halte mich kurz. Ich muss daran denken, am Schluss noch die Frage von Franziska zu beantworten. Die ist wichtig, das mache ich natürlich noch.

Aber ganz kurz: Wie können wir die Einnahmen der Stadt Winterthur steigern, ohne dabei Steuern und Gebühren zu erhöhen? Ich kann versichern, der Stadtrat beschäftigt sich regelmässig und intensiv mit dieser Frage. Gerade, wenn es um die Finanzierung der Bereiche Bildung, Soziales und Pflege geht, wie da ja erwähnt ist. Aus Sicht des Stadtrats braucht es dieses Postulat aber nicht, es beansprucht lediglich Ressourcen. Wir hatten es heute schon vom Priorisieren. Hier geht es um die Priorisierung, ob es wichtiger ist, ob unsere Ressourcen einen Bericht schreiben oder ob es wichtiger ist, dass unsere Ressourcen sich anderen wichtigen Aufgaben zuwenden. Ich würde sagen, das zweite ist wichtiger.

Und deshalb möchten wir uns auch bei der EVP direkt bewerben um die Stimmen für die Unterstützung des Ablehnungsantrags. Wir wären froh, wenn Ihr das unterstützt.

Wenn ich die Mehrheiten hier drinnen richtig interpretiert habe, sieht es nicht so schlecht aus. Besten Dank.

Parlamentspräsident F. Helg: Wir kommen zur Abstimmung. Es geht um die Überweisung an den Stadtrat, es ist projiziert oben rechts.

A = Zustimmung Überweisung, B = Ablehnung Überweisung.

Abstimmungsergebnis: 20 Ja zu 35 Nein bei 0 Enthaltung.

Die Überweisung des Postulats ist damit abgelehnt. Damit ist dieses Postulat erledigt.

Traktandum 7, die Fragestunde, kommt wie gesagt erst an der Abendsitzung an die Reihe. Wir steigen ein bei den Vorstössen, bei denen es um die Beantwortung und die Diskussion von Beantwortungen geht.

8. Traktandum

Parl.-Nr. 2023.51: Antrag und Bericht zum Postulat M. Steiner (SP), A. Würzer (EVP), S. Casutt (AL), N. Ernst (GLP) und N. Wenger (Grüne) betr. kinderfreundliche Stadt Winterthur

Parlamentspräsident F. Helg: Antrag und Bericht zum Postulat betreffend kinderfreundliche Stadt Winterthur. Das Wort hat der Erstpostulant Markus Steiner (SP).

M. Steiner (SP): Wir haben es vorhin gehört, bei der FDP geht der Freiheitsbegriff über die Höhe der Abgaben, bei der SVP über Tempo 30 durch die Stadt. Wir haben einen etwas anderen Ansatz, wenn wir den Freiheitsbegriff anschauen. Und deshalb würde ich gerne auf unser Postulat eingehen.

Kinder sind Expert:innen. Sie nehmen die Welt, in der sie leben, nicht nur eigenständig wahr, sondern sie bringen auch ihre individuellen Bedürfnisse und Herausforderungen in ihre soziale und räumliche Umwelt hinein. Sie gestalten die Welt aktiv mit, haben eine eigene Stimme und verfügen über umfassende Rechte. Der zentrale konzeptionelle Bezugspunkt des vorliegenden Postulats ist die UNO-Konvention über die Rechte der Kinder, die sogenannte Kinderrechtskonvention, die im Jahr 1989 von den vereinten Nationen einstimmig verabschiedet wurde. Bis heute ist dieses Abkommen von 196 Staaten unterzeichnet und gilt damit als der meistratifizierte internationale Völkerrechtsvertrag. Die Schweiz hat das Übereinkommen 1997 ratifiziert.

Als Orientierungsrahmen wird vielfach auf die Unterteilung in sogenannte Förder-, Schutz- und Beteiligungsrechte verwiesen. Als Förderrechte werden jene Rechte bezeichnet, die der

Förderung der bestmöglichen Entwicklung und dem Wohlbefinden der Kinder Rechnung tragen. Darunter fällt ein breites Spektrum an Rechten, wie z.B. ausreichend finanzielle Mittel (das wäre vielleicht etwas für die Stadt Winterthur) für einen angemessenen Lebensstandard, Zugang zu Gesundheitsversorgung und Bildung, aber auch immaterielle Ressourcen wie Liebe und Freundschaft oder Förderung des Selbstwertgefühls.

Mit den Schutzrechten ist das Ziel verbunden, den besonderen Schutzbedürfnissen von Kindern Rechnung zu tragen. So sollen sie umfassend vor physischer und psychischer Gewalt, Missbrauch, Ausbeute und Misshandlung jeglicher Art geschützt werden.

Die sogenannten Beteiligungsrechte anerkennen die Kinder als eigenständige Akteur:innen. Sie haben ein Recht auf Partizipation. In der Kinderrechtskonvention ist festgehalten, dass Kindern das Recht auf Information, Beteiligung, Mitsprache und Mitbestimmung in allen sie direkt oder indirekt betreffenden Belangen zusteht.

Durch die Ratifizierung dieser Kinderrechtskonvention verpflichtet sich auch Winterthur dazu, ein regelmässiges Monitoring zum Stand der Umsetzung der Förder-, Schutz- und Beteiligungsrechte zu betreiben. Eine fundierte Beurteilung zur Umsetzung der Kinderrechte in der Schweiz stellt jedoch nach wie vor eine grosse Herausforderung dar. Auch Jahrzehnte nach der Verabschiedung der Kinderrechtskonvention existiert in der Schweiz noch kein Indikatoren-Set, welches ein Monitoring zu allen Rechten und Lebensbereichen der Kinder wirklich gewährleisten würde.

Die UNICEF-Initiative «Kinderfreundliche Gemeinde» unterstützt die Gemeinden und Städte bei der Schaffung dieser Rahmenbedingungen, die genau das ermöglichen. Um an dieser Leerstelle anzuknüpfen, sollten die Kinder zukünftig ernster genommen werden und als Expert:innen in eigener Sache konsequent in Prozesse miteinbezogen werden. Mit einer systemischen und systematischen Betrachtung können die Errungenschaften der letzten Jahre sichtbar gemacht werden und erhalten so Anerkennung und Wertschätzung. Gleichzeitig können Lücken identifiziert und mit Blick auf das Ganze geschlossen werden.

Wenn der bürgerliche Block vorhin dem Postulat zur Priorisierung der Schulhäuser zugestimmt hat und die Bildung der jungen Winterthurerinnen und Winterthurer auch so hochhält, dann wäre es jetzt nur folgerichtig, würden sie das ehrlicherweise auch bei unserem Postulat so machen.

Wir nehmen das Wohlwollen des Stadtrats, sich diesem prozessualen Label anzunähern, mit Zustimmung entgegen. Kinder und Jugendliche sind städtische Indikatoren. Wenn wir eine erfolgreiche Stadt für Kinder bauen können, werden wir eine erfolgreiche Stadt für alle Menschen haben.

Wir danken dem Stadtrat für die Beantwortung des Postulats und nehmen sie zustimmend zur Kenntnis.

Parlamentspräsident F. Helg: Möchte jemand einen ablehnenden Antrag stellen? Beantragt ist ja, die Beantwortung des Postulats bzw. den Bericht in zustimmendem Sinn zur Kenntnis zu nehmen. Das Wort hat Marc Wackerlin.

M. Wackerlin (SVP): Die SVP-Fraktion nimmt den Bericht ablehnend zur Kenntnis, weil wir der Ansicht sind, ein Label wie dieses UNICEF-Label ist mehr eine Selbstprofilierung der Organisation und dient mehr der UNICEF, als dass es in Winterthur einen Mehrwert bringen würde.

Unsere Stadt ist kinderfreundlich, wie bestehende Strukturen von der Schulsozialarbeit bis zur offenen Jugendarbeit beweisen. Ein weiteres Label schafft kaum Mehrwert und verursacht aber einen erheblichen finanziellen Aufwand. Die Zertifizierung alleine kostet 20'000 Franken, aber es fehlen klare Angaben zu den Zusatzkosten für alle partizipativen Verfahren, Umsetzungen und Massnahmen. Erst kürzlich hat sich auch gezeigt, wie teuer solche Prozesse werden können. Für eine simple Spielplatzplanung im Inneren Lind werden alleine 25'000 Franken für eine Beteiligungs-App ausgegeben, die letztlich durch ein einfaches Formular ergänzt werden musste. Ein klares Beispiel für unkontrollierte Kosten ohne effektives Ergebnis.

Es bleibt für uns deshalb bei der Forderung, dass der Stadtrat seine Ressourcen effektiv einsetzen soll, für konkrete Angebote, statt sich in teuren Label-Prozessen zu verlieren.

Falls Ihr diesen Weg trotzdem beschreiten wollt, fordern wir eine lückenlose Transparenz und Rechenschaft über alle entstandenen Kosten, damit das Parlament auch den vollen Überblick über die Aufwände hat.

Und wenn man vorhin Markus Steiner zugehört hat, könnte man meinen, der Staat müsse jetzt auch noch alle Aufgaben der Familie übernehmen. Das ist Blödsinn und kann nicht funktionieren. Liebe, Zuneigung, Anerkennung und Wertschätzung erfahren die Kinder in der Familie. Der Staat muss sich nicht überall einmischen.

A. Würzer (EVP): Folgerichtig, wie vorhin von Markus Steiner gefordert, nimmt die EVP den Bericht des Stadtrats positiv zur Kenntnis und freut sich darüber, dass der Stadtrat die Zertifizierung als kinderfreundliche Gemeinde bei der UNICEF anstrebt. Wie der Stadtrat sind auch wir der Ansicht, dass insbesondere der Faktor der notwendigen «Rezertifizierung» durch ein Monitoring den Stand und allfällige Fortschritte mindestens alle vier Jahre wieder in den Vordergrund rückt, was definitiv dem Anliegen des Vorstosses entspricht.

Wir werden deshalb den Ablehnungsantrag der SVP nicht unterstützen und danken dem Stadtrat nochmals.

M. Bachmann (Grüne/AL): Auch wir von der Fraktion AL/Grüne begrüßen die Rückmeldung des Stadtrats zum Postulat «Kinderfreundliche Stadt Winterthur», welches meine Vorgängerin Sarah Casutt miteingereicht hat.

Aktuell sind laut UNICEF 70 Gemeinden in der Schweiz und in Liechtenstein zertifiziert. Deshalb ist für uns klar: Es ist Zeit, dass Winterthur mit gutem Beispiel vorangeht und sich neben bereits zertifizierten Gemeinden, wie u.a. Luzern und Frauenfeld, einreicht.

Die Bereitschaft des Stadtrats ist ein wichtiges Bekenntnis zu den bestehenden Erkenntnissen aus der sozialen Arbeit und der Entwicklungspsychologie: Teilhabe, Selbstermächtigung und Mitsprache stärken die Gesundheit, das Wohlbefinden und die Resilienz von Kindern und Jugendlichen. Nachhaltige Partizipation setzt früh an und fördert Vertrauen in die Gesellschaft sowie in die Demokratie.

Die UNICEF-Zertifizierung kommt nicht nur unseren Jüngsten zugute, sondern unsere Stadt kann so auch familienfreundlicher werden, was einen Gewinn für die Lebensqualität und die Wirtschaft ist. Das soll auch etwas kosten.

Das Zertifikat ist prozessorientiert und schafft zusätzliche Vernetzungsmöglichkeiten mit Experten und Expertinnen von der UNICEF. So können unsere bestehenden Strukturen überprüft und gestärkt werden, mit dem Ziel des Erarbeitens von konkreten Produkten unter echter Beteiligung sowie Inklusion.

Der Bericht des Stadtrats hebt zudem hervor, wie viel heute schon geleistet wird in diversen Fachstellen für Kinder und Jugendliche. Und wir danken an dieser Stelle besonders all denen, die trotz hohem Druck und schwierigen Rahmenbedingungen so engagiert in diesen diversen Berufsfeldern arbeiten. Es geht um Sozialraumgestaltung, Bildungs- und Freizeitmöglichkeiten sowie auch die Unterstützung von armutsbetroffenen Familien, besonders von Alleinerziehenden.

Wir von der AL/Grüne-Fraktion werden den Prozess rund um die Zertifizierung achtsam mitverfolgen. Und an dieser Stelle schliesse ich mit einem Zitat von Janusz Korczak (Kinderarzt, Autor, Pädagoge): «Ein Drittel der Menschheit sind Kinder und Jugendliche, ein Drittel des Lebens ist die Kindheit. Kinder werden nicht erst zu Menschen – sind schon welche. Von den Erträgen und Reichtümern der Welt gehört ihnen ein Drittel.» Und dies auch in unserer Stadt. Danke schön.

N. Ernst (GLP): Herzlichen Dank an den Stadtrat für den Bericht zum Postulat «Kinderfreundliches Winterthur». Die GLP nimmt den Bericht zur Kenntnis. Er stellt übersichtlich dar,

was eine Zertifizierung nach dem Label von UNICEF beinhalten wird. Auch die Erfahrungsberichte aus anderen Städten haben uns geholfen beim Einschätzen des Wertes einer solchen Zertifizierung.

Was uns im Bericht aber fehlt, sind die Zahlen für eine Kosten/Nutzen-Analyse einer solchen Zertifizierung. Die Zertifizierungskosten mit 20'000 Franken sind überschaubar. Es wird im Bericht aber nicht darauf eingegangen, was eine Zertifizierung an internen Kosten mit sich bringen würde. Das wäre aus unserer Sicht für eine abschliessende Beurteilung des Wertes dieses Labels nötig.

Grundsätzlich unterstützen wir von der GLP aber die Initiative und finden das Label von UNICEF eine gute Sache. Wir freuen uns darauf, dass Winterthur in Zukunft noch kinderfreundlicher wird, als das unsere Stadt heute schon ist.

K. Vogel (Die Mitte/EDU): Der Stadtrat schreibt, dass unsere Stadt Winterthur bereits heute viele Anforderungen an eine kinderfreundliche Gemeinde erfüllt.

Als im Juni 2023 das Postulat überwiesen wurde, habe ich mich genau so dazu geäussert, nämlich dass sich Jugendliche in Winterthur bereits in sehr vielen Bereichen einbringen können. Ich habe beispielsweise das Jugendparlament und die offene Jugendarbeit mit Mojawi und den Jugendtreffs aufgezählt und ich habe auf die Partizipationsmöglichkeit von Schulparlamenten in den Schulen verwiesen. Genau diese Beispiele tauchen in der Antwort des Stadtrats zum Postulat jetzt auch auf.

Es überrascht mich überhaupt nicht, dass die Stadt Winterthur bereits sehr viele Elemente vorweisen kann, welche für dieses Label nötig sind. Die beispielhaft aufgeführten Elemente existieren bereits, sei es zur kinderfreundlichen Politik (mit dem Jugendparlament), dem Kinderschutz und Prävention (mit der Fachstelle Okey, Jugendpolizei, Trampolin, Schulsozialarbeit) oder allen Angeboten in den Schulen (Schulparlament, Museums- und Theaterpädagogik, Profil. usw.). Alle diese sind wichtig und auch völlig unumstritten.

Auch für die Mitte/EDU-Fraktion braucht es für eine gut funktionierende Demokratie starke Kinder und Jugendliche, die bereit sind, sich eine Meinung zu bilden, sich Werte anzueignen und an der Weiterentwicklung der Gesellschaft mitzuwirken. Wir stimmen dem Stadtrat in dieser Frage zu. Und für das braucht es übrigens kein Zitat.

Bei der Kosten/Nutzen-Frage, die Nora Ernst angesprochen hat, ist bei uns der Punkt da, an dem Die Mitte/EDU-Fraktion der Meinung ist, dass es kein Label für das braucht. Es ist nicht nötig. Winterthur ist bereits eine kinderfreundliche Gemeinde und braucht keine zusätzliche Zertifizierung. Wir lehnen deshalb die unnötige Zertifizierung ab. Danke.

J. Fehr (FDP): Im Namen der FDP-Fraktion bedanke ich mich für die ausführliche Antwort des Stadtrats. Wir haben gehört, was die Vorteile sind und was auch die rechtliche Grundlage ist und dass die Schweiz seit 1997 das UNO-Kinderrechtsabkommen ratifiziert hat.

Die Antwort des Stadtrates zeigt an vielen Beispielen auf, dass Winterthur bereits heute viel für die Kinderrechte macht. Und dennoch möchte der Stadtrat einen Schritt weitergehen und die Zertifizierung in Angriff nehmen. Für die Analyse und Standortbestimmung werden 11 Themenbereiche besser angeschaut. Der Zeitaufwand beträgt gemäss der Antwort des Stadtrats zwischen zwei und acht Stunden – oder gesamthaft zwischen 22 und 88 Stunden. Anschliessend werden in einem partizipativen Prozess die Sichtweisen, Bedürfnisse und Anliegen von Kindern und Jugendlichen in Bezug auf die Gemeinde erhoben und daraus ein Aktionsplan erarbeitet. Bis dahin sind wir sogar über weite Strecken einverstanden und finden das richtig, dass man das macht.

Kritisch sehen wir aber auch, dass wir eine Zertifizierung anstreben und dort noch mehr Geld für das ausgeben. Dort sehen wir den Sinn besser investiert, wenn man das direkt in Aktionen für die Kinder umsetzt. Und deshalb unterstützen wir die negative Kenntnisnahme dieses Postulats. Besten Dank.

Stadtrat N. Galladé: Besten Dank für die verschiedenen Ausführungen. Eine Mehrheit des Parlaments hat ja in einem ersten Schritt dieses Postulat überwiesen und die entsprechenden

Fraktionen haben jetzt ja auch unseren Bericht, der in diese Richtung ging, wohlwollend bewertet. Diejenigen, die es damals nicht überwiesen haben, haben sich jetzt kritisch geäußert respektive werden da anders stimmen. Das ist so weit nachvollziehbar.

Wir haben es wirklich nochmals gut geprüft. Ich brauche auch nicht grundsätzlich Labels des Labels wegen. Aber hier hatten wir das Gefühl, auch wenn wir schon einiges vorweisen können in diesem Bereich Kinder und Jugendliche, so sind wir doch überzeugt, dass es durchaus – gerade im ganzen prozessualen Bereich – immer wieder wichtig ist, die gesamte Bevölkerung mitzudenken. So wie wir vermehrt ältere Leute oder Menschen mit Beeinträchtigungen mitdenken müssen im Rahmen einer inklusiven Gesellschaft, muss man auch die Kinder mitdenken, denn die Kinder sind unsere Zukunft. Aber sie sind eben auch unsere Gegenwart; sie haben eine Gegenwart und sie leben da. Und da muss man sich auch hinterfragen und schauen, in welchen Bereichen denken wir sie mit und sind eine kindergerechte Stadt. In dem Sinne haben wir das Gefühl, das macht Sinn. Das ist ein überschaubarer Beitrag in Franken und Rappen, das haben wir ja gehört und das konnten wir ausweisen. Wir haben auch den ungefähren Aufwand in Stunden ausgewiesen, den man brauchen wird. Aber ich denke, am Schluss ist das eine Sache, wo man immer dran sein muss, das wird nicht einfach nur einmal gemacht. Und das überzeugt uns eigentlich bei diesem Label, bei dem auch die meisten der zehn grössten Schweizer Städte dabei sind, wie ja auch schon ausgeführt wurde.

Zu Marc Wäckerlin kann ich nicht viel sagen, ausser dass Portugal die Kinderrechtskonvention der UNO auch schon unterschrieben hat. Besten Dank.

Parlamentspräsident F. Helg: Wir kommen zur Abstimmung. Wir haben da zwei Anträge. Antrag 1 bezieht sich auf die Frage der Kenntnisnahme in zustimmenden oder ablehnenden Sinn; Antrag 2 ist die Abschreibung des Postulats. Die Abschreibung kann man annehmen, unabhängig davon, ob man positiv oder negativ zum Bericht steht. Deshalb stimmen wir hier getrennt in zwei Abstimmungen ab.

Zuerst geht es um die Kenntnisnahme des Berichts, wie oben rechts eingeblendet.

A = Zustimmung Kenntnisnahme, B = Ablehnende Kenntnisnahme.

Abstimmungsergebnis: 35 positive Kenntnisnahme, 20 ablehnende Kenntnisnahme, 0 Enthaltung.

Das Postulat ist in zustimmendem Sinn zur Kenntnis genommen worden.

Die zweite Abstimmung ist die Frage, ob man das Postulat entsprechend abschreibt.

Abstimmungsergebnis: 55 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltung.

Das Postulat ist abgeschrieben und das Geschäft ist somit erledigt.

9. Traktandum

Parl.-Nr. 2023.87: Antrag und Bericht zum Postulat Ph. Weber (SP) und A. Büeler (Grüne) betr. Anerkennung der Stadt Winterthur als Blue Community

Parlamentspräsident F. Helg: Antrag und Bericht zum Postulat betreffend Anerkennung der Stadt Winterthur als Blue Community. Zuerst hat das Wort Andreas Büeler.

A. Büeler (Grüne/AL): Wir bedanken uns für die Beantwortung unseres Postulats.

Vom Inhalt sind wir allerdings enttäuscht. Kurz: Eine Anerkennung als Blue Community sei nicht zielführend, weil die Anliegen ohnehin schon erfüllt oder rechtlich festgelegt sind. Genau das war ja unser Punkt: Ohne Mehraufwände und Kosten wäre das eine Chance zur noch besseren Sensibilisierung und noch umfassenderen Kommunikation zum Thema Wasser gewesen.

In der Weisung wird von diversen Webseiten zitiert. Mich würde viel mehr interessieren, ob die Stadt auch einmal direkt mit der Blue Community oder einer anerkannten Stadt geredet

hat. Ja, wir honorieren, dass Stadtwerk Winterthur viele Gelegenheiten wahrnimmt, um die Öffentlichkeit auf die hohe Winterthurer Wasserqualität hinzuweisen und das Trinken von Leitungswasser zu fördern (in diesem Saal ist das leider noch nicht wirklich angekommen). Auch da wieder: Es wären die perfekten Voraussetzungen gewesen für eine Selbstverpflichtung als Blue Community.

Ist und bleibt sauberes Wasser wirklich so selbstverständlich? Zunehmend müssen belastete Trinkwasserfassungen abgestellt werden und auch Winterthur muss laut Finanz- und Aufgabenplan bald richtig viel Geld in die Hand nehmen, um Stoffe aus dem Abwasser zu entfernen, die eigentlich gar nie dort rein geraten dürften. Im Sinn vom Vorsorgeprinzip gäbe es da durchaus Informationsbedarf, welcher über das Anpreisen von gutem Trinkwasser hinaus geht.

Deshalb nimmt die Fraktion Grüne/AL in ablehnendem Sinne vom Bericht zu unserem Postulat Kenntnis. Wir verlangen aber keinen Ergänzungsbericht.

Ph. Weber (SP): Die Überweisung dieses Postulats war ja bisher mit Abstand mein grösster politischer Erfolg. Deshalb bin ich auch etwas enttäuscht, dass das jetzt einfach versanden soll. Aber ich bleibe dran und kämpfe weiter für eine gute Sache.

Zuerst danke vielmals für das, was schon getan wird von Stadtwerk in Bezug auf sauberes Wasser, für das Schaffen eines Bewusstseins, was Wasser bedeutet für die Menschen.

Ich bin auch der Meinung, dass die Antwort etwas enttäuschend ist, weil immer davon gesprochen wird, dass es keinen Mehrwert bietet, wenn man Blue Community wird. Da widerspreche ich, im Gegenteil: Es gibt eben auch keinen Minderwert, und deshalb wäre es auch eine Chance gewesen. Vor allem jetzt, wo nicht überall auf der Welt klar bleibt, dass wir eine humanistische Gesellschaft bleiben, wäre es eine Chance gewesen, sich dafür einzusetzen, auch einmal über den Tellerrand hinauszuschauen; um sich dafür einzusetzen, dass auf der ganzen Welt nach wie vor Menschenrechte erhalten bleiben. Und das hätte mich gefreut, wenn wir da miteinander in diese Richtung gegangen wären.

Den Rest hat Andy schon gesagt. Wir werden den Bericht negativ zur Kenntnis nehmen. Aber weil wir keine Täubeler sind, werden wir keinen Ergänzungsbericht verlangen. Deshalb sind wir enttäuscht, aber akzeptieren es. Danke.

F. Kramer-Schwob (EVP): Dass das kantonale Wassergesetz auch Dritten die Beteiligung an der Wasserversorgung ermöglichen wollte, zeigt schon, dass es nicht auf alle Ewigkeiten in Stein gemeisselt ist, dass die Wasserdienstleistungen in öffentlicher Hand bleiben. Aus unserer Sicht wäre es deshalb ein wichtiges Zeichen, mit einem Beitritt zu Blue Community zu sagen, dass das so bleiben muss.

Zu den PET-Fläschli wäre aber tatsächlich ein bisschen Selbstkritik angebracht. Es ist höchste Zeit, dass wir bei uns selbst anfangen mit solchen Sachen. Wir sollten aufhören, in unseren Sitzungen diese vielen PET-Fläschli zu kippen und eine andere Lösung zum Durstlöschen finden.

Den freiwilligen Wasserrappen aus St. Gallen finden wir im Grunde genommen schön. Vielleicht haben die Einwohnerinnen und Einwohner von St. Gallen erkannt, wie privilegiert wir in der Schweiz sind, und haben sich dazu bewegen lassen, weniger Privilegierte in anderen Ecken der Welt zu unterstützen. Natürlich könnte aber ohne Umleitung über die Stadt direkt an ein Hilfswerk gespendet werden. Ob sich der Verwaltungsaufwand gelohnt hat, müsste man in St. Gallen einmal nachfragen. Die Städte scheinen ein bisschen zu ringen um sinnvolle Ideen zur Umsetzung von Blue Community. Und das ist der Punkt, den auch die EVP kritisch betrachtet.

Dennoch hätten wir uns eine offenere Antwort des Stadtrates gewünscht, erst recht, wenn wir die Vorgaben ja schon erfüllen.

St. Gubler (SVP): Wir danken dem Stadtrat für den Bericht und nehmen ihn positiv zur Kenntnis. Wie schon anfangs letztes Jahr sehen wir mehr Bürokratie als Nutzen. Auch der Stadtrat hat festgestellt, dass die Anerkennung von Wasser als Menschenrecht bereits durch

die Schweiz und die Stadt Winterthur anerkannt ist. Wasserdienstleistungen in öffentlicher Hand sind in der Schweiz gesetzlich verankert und es ist keine Privatisierung geplant. Leitungswasser anstelle von Flaschenwasser: Winterthur fördert aktiv das Trinken von Leitungswasser.

Ein Beitritt zur Blue Community Schweiz würde für Winterthur keinen Mehrwert bringen, da die Stadt bereits höchste Standards in der Wasserversorgung erfüllt und keine Privatisierung geplant ist. Also: Viel Aufwand für keinen Nutzen, was im Januar 2024 auch die Stadtparlamentarier merkten und es deshalb auch einen Stichentscheid der Parlamentspräsidentin gab. Das Postulat kann als erledigt abgeschrieben werden. Wir danken für die Unterstützung.

N. Ernst (GLP): Wie bereits bei der äusserst knappen Überweisung dieses Postulats per Stichentscheid betont, sehen wir den Mehrwert einer Zertifizierung oder Mitgliedschaft als Blue Community nicht. Damit sage ich nicht, dass uns der freie Zugang zu Wasser nicht wichtig ist. Aber der Schutz von Wasser ist schon in der Schweizer Bundesverfassung verankert. Was, liebe Parlamentarierinnen und Parlamentarier, ist bindender als das? Wir sehen keine Notwendigkeit, dass Winterthur da noch mehr macht. Danke vielmals.

S. Gonçalves (Die Mitte/EDU): Genau weil es auf der Welt Orte gibt, an denen sauberes Trinkwasser nicht selbstverständlich ist, wurde Blue Community gegründet. In vielen Ländern werden sämtliche Wasserzugänge privatisiert und sämtliche Wasserquellen werden für wirtschaftliche Zwecke gebraucht – besser gesagt: missbraucht. Und so passiert es, dass Wasser fehlt oder für die Öffentlichkeit eigentlich nicht zugänglich ist.

Wie bereits bekannt, ist die Wasserknappheit auf der ganzen Welt ein grosses Problem. Die Stadt Winterthur erfüllt alle Kriterien, die es braucht, um Mitglied zu werden bei Blue Community. Diese vier Punkte wurden bereits genannt. Mit einem Beitritt zur Blue Community würde die Stadt Winterthur ein Zeichen setzen, wie es bereits andere Städte der Schweiz gemacht haben. Darin sehen wir aber keinen Mehrwert, wie es auch schon erwähnt wurde. Unsere Fraktion bedankt sich deshalb beim Stadtratsteam für die ausführliche Antwort. Die Begründungen sind für uns nachvollziehbar und dementsprechend nimmt Die Mitte/EDU-Fraktion den Entscheid positiv zur Kenntnis. Ich habe geschlossen.

J. Fehr (FDP): Ich mache es kurz: Die FDP nimmt die Antwort des Stadtrats zustimmend zur Kenntnis. Wir bedanken uns vor allem bei den Verwaltungsangestellten, die offenbar keine Mühe gescheut haben, auf 8 Seiten zu erklären, was in einem Satz möglich ist: Die Anerkennung der Stadt Winterthur als «Blue Community» stellt keinen Mehrwert dar. Auf jeden Fall ist auch die FDP dafür, dass wir alle weiterhin fleissig mehr Leitungswasser trinken und wir wären auch nicht traurig, wenn es keine PET-Flaschen mehr gibt hier im Ratssaal.

Stadtrat St. Fritschi: Ich gebe bezüglich dem Votum von Jan Fehr zu, dass wir eher am Wasser als bei der Druckerschwärze gespart haben bei der Beantwortung... Es ist eine umfangreiche Antwort, aber wir haben auch schon den Vorwurf gehört, wir seien etwas zu kurz geraten. Den Vorwurf, die Antwort sei zu ausführlich, habe ich noch von niemandem erhalten. Ich kann es auch nachvollziehen, dass die Erstunterzeichner ein bisschen enttäuscht sind von unserer Antwort. Ich muss aber sagen: Das Wasser ist ein so emotional besetztes Gut, dass selbst Vizepräsident Weber einen kometenhaften Aufstieg zum 1. Vizepräsidenten geschafft hat mit einem Wasser-Vorstoss. Das würde man wohl mit keinem anderen Vorstoss schaffen. Also von daher ist das Medium Wasser ein verhextes Medium, das verhilft vielen zu ganz grossartigen Karrieren.

Wir haben gehört, dass die Forderung von Blue Community nicht zielführend ist. Es würde uns nicht weiterbringen, weil wir das - zum Glück - alles schon so erreichen. Und deshalb haben wir die Antwort so geschrieben. Ich danke für die Kenntnisnahme unserer Antwort.

Und Marc Wäckerlin muss ich noch sagen: Für Dich macht es auch hier keinen Unterschied, denn in Portugal gibt es keine Blue Community (im Gegensatz zu Spanien und Frankreich). Also deswegen werden wir Dich noch nicht wegjagen, also da hast Du immer noch die grosse Freiheit, wo Du Dich niederlassen möchtest.

Parlamentspräsident F. Helg: Wir kommen auch hier zu Abstimmung. Es ist wieder die gleiche Konstellation, dass wir da zwei Anträge haben. Zuerst geht es um die Kenntnisnahme und danach noch um die Abschreibung. Wir stimmen auch da getrennt ab.

Die erste Abstimmung ist projiziert, da geht es um die Kenntnisnahme des Berichts.

A = Zustimmende Kenntnisnahme, B = Ablehnende Kenntnisnahme.

Abstimmungsergebnis: 27 zustimmende Kenntnisnahme, 28 ablehnende Kenntnisnahme, 0 Enthaltung.

Der Bericht wird dementsprechend ablehnend zur Kenntnis genommen.

Wir stimmen noch über die Abschreibung des Postulats ab.

Abstimmungsergebnis: 55 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltung.

Das Postulat wird abgeschrieben. Damit sind wir mit diesem Traktandum am Ende.

Mit Blick auf die Uhr und da in der Pause noch eine Veranstaltung stattfindet, schliesse ich die Nachmittagssitzung und wünsche allseits guten Appetit.

Wir treffen uns um 20 Uhr wieder zur Abendsitzung.

Nachtessenspause.

7. Traktandum

Parl.-Nr. 2025.19: Fragestunde (Beginn 20.00 Uhr)

Parlamentspräsident F. Helg: Ich begrüsse alle zur Abendsitzung, auch das zahlreich erschienene Publikum hinten auf den Reihen. Das nächste Traktandum ist ja die Fragestunde und ich habe gehört, dass Sie ausgerüstet wurden mit einer Liste, auf der alle Fragen aufgeführt sind. Zum Ablauf: Wir gehen jetzt durch den Fragenkatalog. Die Frage wird gestellt und das zuständige Stadtratsmitglied wird die Frage beantworten. Da es 29 Fragen sind, wird das doch einige Zeit beanspruchen, ich schätze ungefähr 1,5 Stunden.

Anschliessend fahren wir in der Traktandenliste weiter und kommen dann zum Traktandum 10. Um 22 Uhr schliessen wir die Sitzung.

Wir beginnen mit der Fragestunde.

1. Frage

A. Zuraikat (Die Mitte): Seit der Einreichung der Schriftlichen Anfrage «Mehr Raum für den Hallensport» (2022.68) sind 2.5 Jahren vergangen. In der Antwort hält der Stadtrat fest, dass «aufgrund der Sportentwicklung eine Anpassung des Betriebsreglements nötig wird.» Dabei wird eine grundsätzliche Öffnung der Schulsporthallen in den entsprechenden Sommerferienwochen vorgeschlagen. Wann werden wir über die Anpassung des Betriebsreglements informiert und ab wann können sich die Winterthurer Sportvereine über mehr Trainingsstunden in den Sommerferien freuen ohne dabei seitens DSS Ausnahmen gewähren zu müssen?

Stadträtin M. Blum: Insgesamt bestehen in Winterthur zurzeit rund 70 Sporthallen. Davon sind 50 im Besitz der Stadt Winterthur, um diese geht es hier. Diese sind in der unterrichtsfreien Zeit (Montag bis Freitag bis 22 Uhr) zu fast 100% ausgelastet, wir verstehen also das Anliegen. Diese stehen grundsätzlich auch in den Ferien zur Verfügung, das hat der Stadtrat

auch bereits schon in der Antwort auf die schriftliche Anfrage «Mehr Raum für den Hallensport» 2022 ausgeführt, dass Sportvereine, die auf ihre regelmässige Trainingsbelegung während der Ferien angewiesen sind, die Halle auch erhalten. Das Sportamt erteilt die erwähnten «Ausnahmebewilligungen gemäss Betriebsreglement» unkompliziert und stets mit dem Fokus, eine gute Dienstleisterin für die Sportvereine zu sein.

Der Stadtrat hat in seiner Antwort 2022 auch erwähnt, dass eine Anpassung des Betriebsreglements für ihn denkbar ist. Die Anpassung des Betriebsreglements ist zurzeit beim Sportamt in Arbeit. Diese ist aber auch abgestimmt mit anderen Überarbeitungen von Rechtsgrundlagen, die auch noch hängig sind, und auch mit dem Sportanlagenkonzept. Das muss man auch ganzheitlich anschauen. Das Sportamt ist am Thema dran.

Zwischenzeitlich haben wir noch zwei Grossprojekte erhalten, das muss man hier auch erwähnen, vom Parlament und vom Volk: Das 2. Hallenbad und Erneuerung Schützenwiese. Diese beiden Grossprojekte werden wir prioritär bearbeiten.

2. Frage

M. Bachmann (AL): Seit Anfang des Jahres gab es jede Woche einen Feminizid. Wie reagiert der Stadtrat auf die rasant steigende Feminizid-Rate?

Stadträtin K. Cometta: Du sprichst ein wichtiges Thema an: Femizide, also die Tötung von Frauen oder Mädchen wegen ihres Geschlechts oder einer bestimmten Vorstellung von Weiblichkeit sind ein ernsthaftes, weltweites Problem.

Der Europarat adressiert Gewalt gegen Frauen mit der Istanbul-Konvention, bei der die Schweiz auch dabei ist. Die Umsetzung in der Schweiz wurde 2022 mit dem Nationalen Aktionsplan konkretisiert. Es wurden Massnahmen auf Ebene Bund, Kantonen und Gemeinden festgelegt.

Häusliche Gewalt stellt oft eine Vorstufe des Femizids dar. Gemäss polizeilicher Kriminalstatistik wurden im Jahr 2023 knapp 20'000 Straftaten im Bereich häusliche Gewalt registriert, darunter 88 versuchte oder vollendete Tötungsdelikte, fast 4/5 der Opfern waren Frauen. Das ist nicht akzeptabel, das ist eine sehr schlimme Tatsache.

Du hast es gesagt: Seit Anfang 2025 ist es in der Schweiz zu 8 Femiziden gekommen. Jede dieser Taten ist eine zu viel und macht betroffen. In der Stadt Winterthur kam es letztmals 2021 zu einem Femizid, ebenfalls sehr tragisch.

In Winterthur ist man wirklich sehr sensibilisiert für dieses Thema. Auf allen Ebenen wird ein Augenmerk auf eine konsequente Verfolgung der Straftaten im häuslichen Bereich gelegt.

Die Stadtpolizei verfügt über die Abteilung Gewaltschutz mit der Fachstelle «häusliche Gewalt», welche schweizweit als Benchmark anerkannt wird, da sie nicht nur die konsequente Verfolgung solcher Straftaten zum Ziel hat, sondern z.B. auch im Nachgang Opfer wie auch Täter betreut, also nach einigen Wochen nochmals anruft und nachfragt, wie es ist. Es ist auch so, dass wenn bei der Fachstelle mögliche Fälle von häuslicher Gewalt gemeldet werden, werden rasch Massnahmen ergriffen wie einerseits Einvernahmen oder andererseits präventiven Gefährderansprachen (das ist, bevor jemand straffällig geworden ist) initiiert. Es gibt auch Wegweisungen im Sinne von «wer schlägt, dä gaht»; man ist dort sehr aktiv.

Man ist auch präventiv tätig und macht Sensibilisierungsarbeit, z.B. mit der Kampagne «Stopp Häusliche Gewalt!» in Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei.

Wenn Du Dich interessierst für die wirklich wichtige und wertvolle Arbeit der Abteilung Gewaltschutz, dann empfehle ich Dir das Interview mit Abteilungsleiter Gewaltschutz Oliver Wälchli in der gestrigen NZZ am Sonntag. Oder heute hat es im Landboten einen Artikel zu häuslicher Gewalt von Tanja Hudec. Beides sehr empfehlenswerte Artikel, die zeigen, wie die Stadtpolizei arbeitet. Danke.

3. Frage

R. Diener (Grüne): LSA-Priorisierung für Fussgänger bei wichtigen Querungen: z.B. über die Frauenfelderstrasse bei der Dorfstrasse Oberi (Zugang zum Bhf und den Bushaltestellen). Der Eindruck ist entstanden, dass die Situation für Fussgänger eher wieder schlechter wurde.

D.h. dass man auch dann, wenn kein Bus naht, zu lange warten muss. Wird die Ampel schon smart gesteuert? Ist es Strategie der neuen Steuerungsphilosophie, Fussgänger an solchen Orten, also im Bereich des urbanen Rückgrates (siehe Zielbild Fussverkehrsteppiche), gegenüber dem MIV zu priorisieren?

Stadträtin Ch. Meier: Gerade weil diese Ampel smart ist, ist sie langsamer geworden. Es ist nämlich so, dass wir an solchen ÖV-Hochleistungskorridoren den ÖV priorisieren müssen. Das Tiefbauamt hat deshalb die Lichtsignalanlagen so aufeinander koordinieren müssen, auch dann, wenn bei einem Fussgänger:innen-Übergang gerade kein Bus ist. Die Lichtsignalanlagen sind aber z.T. mit anderen koordiniert, damit der Abfluss möglichst gut ist, damit der Bus priorisiert werden kann. Wenn wir das nämlich nicht machen würde, dann würde es vor allem zu Stosszeiten schnell zu grösseren Staus kommen und der Verkehr könnte unter Umständen ganz zum Erliegen kommen.

Nur dort, wo man die Verkehrsmengen reduzieren kann oder wo man Knotengeometrien anpassen kann, z.B. Linksabbiegebeziehungen aufheben, wie wir das am Zwingliplatz gemacht haben, können wir die gewonnenen Zeiten zugunsten der Fussgänger und Fussgängerinnen nutzen.

4. Frage

I. Kuster (Die Mitte): Der Winterthurer Stadtrat hat den Entscheid des Stiftungsrates der PKSW zur Minderverzinsung juristisch angefochten. Er hat den Entscheid der Vorinstanz an das Bundesverwaltungsgericht weitergezogen. Bei der PKSW gibt es so noch immer Rückstellungen in einem höheren einstelligen Millionenbetrag. Der technische Deckungsgrad der PKSW betrug (gemäss Homepage) per 31.12.2024 103.2%. Der für die Zahlungen der Stadt an die PKSW massgebende ökonomische Deckungsgrad kenne ich nicht: aber vermutlich wird die Stadt dieses Jahr der PKSW 10 oder 20 Mio. bezahlen müssen. Wenn das Verfahren betreffend Minderverzinsung 2024 seitens der Stadt zurückgezogen worden wäre, in welchem Betrag hätten Rückstellungen aufgelöst werden können und in welchem Umfang würde oder wäre die Zahlung der Stadt an die PKSW tiefer ausgefallen?

Stadträtin Ch. Meier: Mike Künzle ist als ehemaliger Arbeitgebervertreter der Pensionskasse bei diesem Geschäft im Ausstand und deshalb habe ich als Vizepräsidentin die Ehre, die Frage zu dieser fulminanten Klatsche an den Stadtrat beantworten zu dürfen.

Wenn das Verfahren betreffend Minderverzinsung 2024 seitens des Stadtrats zurückgezogen worden wäre, hätte eine Rückstellung in der Höhe von 7.78 Millionen ausgelöst werden können. Das wären ca. 0.3% des Deckungsgrades.

Ob das einen Einfluss auf die Zahlung der Stadt an die PKSW gehabt hätte, ist davon abhängig, ob der ökonomische Deckungsgrad nahe an einer massgebenden Zahlungsschwelle zu liegen gekommen wäre. Falls nicht, hat es keinen Einfluss auf die Zahlung. Der ökonomische Deckungsgrad ist aktuell auch uns nicht bekannt. Er wird erst nach dem Vorliegen des geprüften Jahresabschlusses durch den PK-Experten der PKSW berechnet. Vermutlich wird das Ende Mai dieses Jahres der Fall sein.

5. Frage

St. Gubler (SVP): Im Bruderhaus wurde vor einiger Zeit das neue Parksystem eingeführt mit Schranken beidseitig. An gut besuchten Tagen, wenn das Parking voll ist, geht die Schranke nicht auf und es kann auch nicht durchgefahren werden, also muss man drehen und durch den ganzen Wald wieder zurück. Das ist 1. ärgerlich und 2. auch nicht sehr ökologisch, zudem werden die Waldtiere unnötig gestört.

Meine Frage ist nun, ist es nicht möglich bei der Breite, Langgasse und Seemerbuck Ampeln zu installieren, welche anzeigen, dass der Parkplatz voll ist und der Besucher so rechtzeitig umdisponieren kann. Vorteil weniger Verkehr im Wald, Tiere werden nicht unnötig gestört und die Besucher weniger verärgert.

Stadtrat St. Fritschi: Die Durchfahrt im Bruderhaus ist ausserhalb der Busbetriebszeiten immer möglich, auch wenn der Parkplatz voll ist. Die Verkehrssituation für den MIV beim Wildpark ist an besucherstarken Tagen schwierig, das sehe ich ein. Aber nach unserer Beobachtung ist es relativ stabil. Es gehen bei uns nur noch wenige Reklamationen ein.

Das Anbringen von solchen Hinweistafeln an den Waldeinfahrten wäre grundsätzlich denkbar. Ein Kostenvoranschlag aus dem Jahr 2021 hat diese Kosten auf ca. 50'000 Franken geschätzt. Ich bin mir aber nicht sicher, ob es an drei Orten wäre, denn wir haben drei Einfahrtsachsen: Breiteplatz, Langgasse und Seemberuck. Ich glaube, das wäre nur ein Punkt gewesen und das würde 50'000 Franken kosten.

Bei der Einführung der Parkplatzbewirtschaftung im Bruderhaus im Jahr 2020 haben wir bewusst auf diese Tafel verzichtet, weil sich das Problem auf relativ wenige besucherstarke Tage konzentriert. Und deshalb wären die relativen Kosten sehr hoch. Falls künftig Hinweistafeln eingeführt werden sollten, wären sie sinnvollerweise in das städtische Parkleitsystem einzubinden. Aktuell ist aber kein derartiges Projekt in der Investitionsrechnung eingestellt. Man muss vielleicht auch sehen: 1 Stunde Parkieren im Bruderhaus kostet aktuell 1.80 Franken. Da müsste man also 28'000 Stunden parkieren, damit man nur eine solche Hinweistafel finanziert hätte.

Was aber seit Dezember 2024 geändert hat, und das empfehle ich allen: Der Bus fährt jetzt das ganze Jahr hinauf, er fährt jetzt auch im Winter hinauf. Und ich fahre relativ oft mit dem Bus hinauf, das letzte Mal am letzten Samstag, als es auch viele Autos oben hatte. Aber im Bus hat es meistens noch Platz.

Und es ist auch so, wir haben noch eine weitere Anpassung gemacht: Wir haben die Gebühren erhöht. Vorher hat es nur 1 Franken pro Stunde gekostet, jetzt 1.80 Franken. Das deshalb, damit wir das knappe Gut der Parkplätze besser unter die Leute bringen können.

6. Frage

M. Gross (SVP): Elektro-Tankstelle an der Ackeretstrasse im Neuwiesenquartier: An der Ackeretstrasse im Neuwiesenquartier wurde vor einiger Zeit eine städtische Elektro-Tankstelle installiert, wofür zwei Anwohnerparkplätze weichen mussten. Beobachtungen zeigen, dass die Tankstelle bislang kaum genutzt wird. Die fehlenden Parkierungsmöglichkeiten sind jedoch aufgrund der hohen Frequentierung durch die Sportstätten ein dringendes Problem für das Quartier. Zudem laden viele Anwohner ihre Elektro-Fahrzeuge lieber über private Anschlüsse (siehe Bild), was darauf hindeutet, dass der Preis pro Kilowattstunde möglicherweise nicht attraktiv ist. Vor diesem Hintergrund habe ich folgende Fragen: Wie hoch waren die Gesamtkosten für den Bau der Tankstelle, und lässt sich der Betrieb überhaupt ökonomisch rechtfertigen?

Stadträtin K. Cometta: Das ist Teil des Pilotprojekts «eCity Charge – Ladestationen im Quartier». Zwei weitere Pilotstandorte befinden sich im Äusseren Lind und im Endliker. Mit diesem Pilotprojekt hat man auch Umfragen gemacht bei der Bevölkerung, neben der Prüfung, was technisch geeignet ist als Standort. Und es geht eben genau darum, dass man als Stadt auch Erfahrungen sammelt mit Ladeinfrastruktur, auch über die Höhe der Nachfrage und wie sich das rechnet.

Das Ziel der Stadt Winterthur ist die Reduktion der Treibhausgasemissionen bei der Mobilität. Das braucht man, wenn man Netto-Null 2040 erreichen will. Elektrisch fahren ist effizient – und trotzdem stellen wir fest, dass der Umstieg auf E-Autos auch schon mehr Schwung hatte. Ein Haupthindernis (das belegen Studien) sind die fehlenden Lademöglichkeiten am Wohnort. Und deshalb hat man dieses Pilotprojekt gemacht, auch angeregt durch Fredy Künzler mit einer schriftlichen Anfrage.

Das Pilotprojekt kostet insgesamt rund 130'000 Franken. Davon sind 18'000 Franken Fördergelder, die finanziert werden. Darin ist alles enthalten: Planung, Erschliessung, Anschluss, Kommunikation. Es ist ein zweijähriger Testbetrieb von November 2024 bis Oktober 2026. Es

läuft inzwischen vier Monate, ergo sind noch keine seriösen Aussagen zur Rentabilität möglich. Unsere Zahlen zeigen aber, die Ladestation an der Akeretstrasse gut genutzt wird. Und das liegt vermutlich auch am angemessenen Preis von 46 Rappen/kWh.

Dieses Foto kann ich trotzdem nicht ganz unkommentiert im Raum stehen lassen. Ich habe zuerst ähnlich reagiert wie Daniela, nachher habe ich mich kurz gesammelt. Ich muss aber schon festhalten: Ein Kabel so über eine öffentliche Strasse zu legen, ist verboten! Das Kabel ist ein Verkehrshindernis. Angenommen, Ihr müsst einmal irgendwo ganz zwingend ein Kabel verlegen (das ist da nicht der Fall), dann müsste das ausreichend kenntlich gemacht werden. Aber dieses Kabel da ist auch nicht zum Überfahren geeignet und damit eine doppelte Gefahr darstellt. Wer so etwas sieht, sollte nach dem Foto machen bitte auch die Polizei anrufen – denn das gefährdet Verkehrsteilnehmende. Danke vielmals.

7. Frage

S. Gfeller (SP): Wann wird die Buslinie 4 als beidseitiger Rundkurs angeboten, um eine bessere Anbindung der Quartiere Breite/Vogelsang an die Zugverbindungen am HB zu gewährleisten? Zudem stellt sich die Frage, ob die Buslinie 12 auf der Rückfahrt vom Bruderhaus über die Haltestelle Storchenbrücke geführt werden könnte, um die aktuell begrenzte stadteinwärtigen Direktverbindungen der Stationen Jonas Furrer und Storchenbrücke zu verbessern.

Stadtrat St. Fritschi: Der Kanton Zürich bestellt ja das Angebot des öffentlichen Verkehrs bei Stadtbus Winterthur. Und Anliegen können im Rahmen des Fahrplanverfahrens als Begehren eingegeben werden. Also kannst auch Du ein Fahrplanbegehren machen. Das wird dann geprüft in den verschiedenen Kommissionen. In zweien davon bin ich auch dabei, in der städtischen Verkehrskommission und in der regionalen Verkehrskommission. Und am Schluss entscheidet das der Verkehrsrat, in dem Christa Meier sitzt. Das Angebot bestellt der Verkehrsrat am Schluss abschliessend, was er von der Stadt Winterthur bzw. Stadtbus bestellt.

Die Gemeinden werden in diesem Fahrplanverfahren immer auch zur Konsultation beigezogen. Bezüglich der konkreten Fragen von Dir wurden bisher noch keine Begehren gestellt. Du wärst also der Erste. Eine Kurzbeurteilung jetzt aus unserer Sicht, aus der Sicht von Stadtbus, ergibt aber folgende Sichtweise: Es ist in der Angebotsstrategie von Stadtbus nicht vorgesehen, die Linie in Gegenrichtungsverkehr zu führen, und zwar aus den wichtigen Erkenntnissen, dass die Stausituation von der Härti hinunter zur Storchenbrücke in den Hauptverkehrszeiten keinen fahrplanstabilen Betrieb zulässt, bei dem am Schluss die gewünschten Anschlüsse am Bahnhof sichergestellt werden könnten. Und eine neue Linienführung der Linie 12 ist aus der gleichen Problematik nicht vorgesehen.

Dagegen kann ich Dir aber ein Begehren der Gemeinde Brütten für eine Verdichtung der Linie 660 bekanntgeben. Das ist die Linie, die von der Vogelsangstrasse her dort über die Kreuzung mit der Breitstrasse kommt und dann weitergeht zum Bahnhof. Die Gemeinde Brütten möchte nämlich, dass man für das Fahrplanverfahren auf 2027/28 prüfen soll, dass man dort einen dichteren Fahrplan haben möchte. Und dadurch würden dann alle Leute, die im Umfeld der Storchenbrücke wohnen, auch profitieren von dieser zusätzlichen Verdichtung.

8. Frage

K. Hager (SP): Die Online-Seite zu den Beiträgen an die Kinderbetreuungs-Kosten ist sehr hilfreich, gerade für die Berechnung der städtischen Zuschüsse. Leider ist die Seite nur auf Deutsch. Inwiefern gibt es Informationsquellen zu den Beiträgen an die Kinderbetreuungskosten in anderen Sprachen, und könnte man solche Quellen auf der deutschen Hauptseite zu verlinken oder den Beitragsrechner auf mehrsprachigen Seiten einbinden?

Stadträtin M. Blum: Danke, Katja, für diese Rückmeldung, das gebe ich gerne weiter. Der Beitragsrechner ist tatsächlich nur in deutscher Sprache verfügbar. Ich bin da gleich auf die Seite und habe mich selbst davon überzeugt. Mit Hilfe einer gängigen Übersetzungs-App

war es mir aber möglich, die Eingabefelder in Sekundenschnelle in rund 40 Sprachen übersetzen zu lassen. Es ist ja schon gut, dass wir inzwischen auch diese Möglichkeiten haben. Die Elterninfo (Merkblätter) auf der Webseite der Stadt Winterthur sind zudem in 8 Sprachen übersetzt auf der Website der Stadt verfügbar. In diesen Elterninfos findet sich auch Infos zum Beitragsrechner.

Bis jetzt haben die zur Verfügung gestellten Informationen so gereicht und es hat noch zu keinerlei Rückfragen oder Beschwerden geführt.

9. Frage

M. Steiner (SP): Schneesportlager liegen nach einer Baisse und Corona wieder voll im Trend.

Die Lust am Wintersport ist in den Städten neu entfacht. Ob in Winterthur, Zürich, Bülach, Kloten, Stäfa oder Wädenswil – im ganzen Kanton müssen oder mussten heuer Wartelisten geführt werden. Winterthur führt aktuell 5 eigene Schneesportcamps für Schüler:innen zwischen 8 und 18 Jahren für 550 resp. 590 Franken. Wie ist hier aktuell die Resonanz und Auslastung in Winterthur, und kann sich das Sportamt da bei Bedarf einen Ausbau vorstellen?

Stadträtin M. Blum: Es gibt zwei Anbieterinnen, wie ich heute in der Vorbereitung herausgefunden habe. Man muss unterscheiden: Es gibt einmal die Schneesportlager der Stadt Winterthur (diejenigen des Sportamts in Zusammenarbeit mit einem externen Lagerleiter) und andererseits diejenigen des WAKO (Sektion des Lehrer:innen-Sportvereins Winterthur) mit Finanzierung durch Stadt Winterthur.

In den Sportferien werden von der WAKO 9-10 Lager durchgeführt, bei denen wir uns eben finanziell beteiligen, und vom Sportamt 2 Lager. Weitere Schneesportlager vom Sportamt finden in den Weihnachtsferien (1 Lager) und in beiden Frühlingsferienwochen (je 1 Lager) statt. Alle Lager werden durch Jugend & Sport sowie durch die Stadt Winterthur subventioniert. Die Teilnehmendenzahlen sind nach den Pandemie-Jahren 2020 und 2021 gestiegen. Aktuell ist die Nachfrage in den Sportferien grösser als das Angebot. In den Frühlingsferien gibt es noch freie Plätze.

Ein Ausbau wäre für die WAKO denkbar, bedingt aber, dass wir die entsprechenden Leiterinnen und Leiter finden, Infrastruktur haben und dass auf Seite Stadt Winterthur entsprechend das Budget erhöht würde. Aktuell beträgt das Budget für die Subvention der Lager von WAKO und Sportamt rund 95'000 Franken. Pro zusätzlichem Lager würde dies eine Budgetsteigerung von 10'000 Franken bedeuten.

10. Frage

N. Ernst (GLP): Zentral in der Altstadt gelegen lädt der brach liegende Neumarkt-Platz nicht zum Verweilen ein, wenn er nicht gerade für eine Veranstaltung genutzt wird. Wurde in der Vergangenheit geprüft, ob der Platz im Sinne einer multiplen Nutzung aufgewertet werden kann, zum Beispiel durch Wasserspiele (analog Sechseläutenplatz in Zürich oder Bundesplatz in Bern), mobile Tische und Stühle oder Begrünung?

Stadträtin Ch. Meier: Nachdem der Platz und die Casinostrasse autofrei geworden sind und damit die grösste Fussgänger:innen-Zone der Stadt entstanden ist, hat man den Neumarkt 2003 neu gestaltet. Ziel damals war es, den Raum von der Technikumstrasse bis zur Stadthausstrasse entsprechend dem Graben im Osten als stadträumliche Einheit zu betonen. So wurde er mit einer einheitlichen Pflasterung gestaltet.

Um die städtebaulich zusammengehörende Einheit von der Casinostrasse bis zum Neumarkt deutlich zu machen, wurden zwei Akzente gesetzt: Einerseits wurde der Vorplatz mit der Gartenwirtschaft des Casinos mit einer Baumgruppe aufgewertet worden und damit ist der langgezogene Strassenraum gegen die Stadthausstrasse abgeschlossen worden. Der zweite Aspekt ist der eigentliche Neumarktplatz; mit der Wahl des Belags und des Belagsmusters wurde er zu einem eigenständigen Element ausgearbeitet. Damit wollte man den Platzcharakter betonen und die Verbindungssachse wurde ein bisschen in den Hintergrund gedrängt.

Der grösste Platz innerhalb der Winterthurer Altstadt war als neugestalteter Freiraum gedacht, für die unterschiedlichsten Aktivitäten und Nutzungen (wie z.B. Märkte, Riesenrad am Albanifest, Weihnachtsmarkt usw.). Das waren die Ideen 2003.

In der Zwischenzeit haben sich die Rahmenbedingungen natürlich ziemlich verändert, insbesondere aufgrund der Klimaerwärmung. Es ist sicher angebracht nach 20 Jahren, das Konzept auch nochmals ein bisschen zu überdenken. Deshalb sind das Amt für Städtebau und der Tiefbau zusammen mit Stadtgrün daran, das Thema Begrünung in der Altstadt auch hinsichtlich von mobilen Elementen zu prüfen – auch auf dem Neumarktplatz.

Ein Wasserspiel oder andere umfassende und entsprechend auch relativ kostspielige Änderungen sind im Moment aber nicht im Vordergrund.

11. Frage

G. Porlezza (FDP): Wie viele Kommunikationsmitarbeitende gibt es in der Stadtverwaltung?

Stadtpräsident M. Künzle: Ich könnte jetzt einfach eine Zahl nennen, dann wäre es die kürzeste Antwort des Abends.

Aber ich muss schon noch ein paar Dinge vorausschicken. Wir haben natürlich auch gemerkt in den letzten paar Jahren, dass die Bedeutung der Behörden- und Verwaltungskommunikation massiv zugenommen hat. Die Öffentlichkeit erwartet zu Recht transparente Information über unser Handeln - und das geht hin bis zu ausgeprägter Partizipation, die man ermöglichen sollte.

Dass wir kommunizieren müssen, dafür gibt es auch gesetzliche Normen, angefangen von der Kantonsverfassung bis hin zur städtischen Informationsverordnung. Und nach diesen Grundsätzen kommunizieren auch wir als Stadt Winterthur.

Es gibt in der Stadtverwaltung – und damit möchte ich erklären, dass es nicht eine ganz einfache Übung war - Mitarbeitende, die nicht explizit als Kommunikationsfachleute angestellt sind, aber durchaus Kommunikation machen. Und dann gibt es auch das Umgekehrte: Leute, die als Kommunikationsfachleute angestellt sind, die aber auch noch anderes machen, nicht nur Kommunikation.

Vor diesem Hintergrund gibt es in der Stadt Winterthur rund 42 Kommunikationsmitarbeitende (Köpfe). Dabei sind aber auch Personen mitgezählt, bei denen die Kommunikationsaufgaben nur einen geringen Teil des Stellenbeschriebs ausmachen. Umgerechnet in Vollzeitäquivalente sind das ungefähr 23 Vollzeitstellen. Dort hat es aber auch Leute dabei, die auch noch andere Tätigkeiten wie Marketing, Kundenkontakt u.ä. abdecken. Es ist also nicht so einfach, diese Zahl zu erheben, weil das Profil nicht immer dasselbe ist. Aber halten wir uns jetzt einmal an die 42, die ich genannt habe. Danke.

12. Frage

J. Fehr (FDP): Laut der Unternehmensbefragung 2024, durchgeführt vom House of Winterthur, ist die Zufriedenheit mit den Standortbedingungen in Winterthur im Vergleich zu 2023 um 17,3 % gesunken. Der Stadtrat plant jedoch im Richtplan die Schaffung von zusätzlichen 40'000 Arbeitsplätzen. Welche Sofortmassnahmen hat der Stadtrat ergriffen, um dem negativen Trend entgegenzuwirken?

Stadtpräsident M. Künzle: Wir haben dieses Ergebnis natürlich auch zur Kenntnis genommen. Wir haben aber auch ein paar Fragen gestellt, generell zu dieser Unternehmensbefragung, wie wir sie mit dem «House of Winterthur» machen. Wir haben die Frage gestellt, ob sie repräsentativ ist. Es ist ein so kleiner Teil von Unternehmen, von den vielen, die daran teilnehmen könnten. Und das müssen wir in Zukunft noch ein bisschen genauer anschauen. Die wichtigsten Herausforderungen, da haben die Unternehmen angegeben: Fachkräftemangel (man findet keine Leute auf dem Arbeitsmarkt), die politischen Bestimmungen (was immer das heisst; das kann alles sein auf den verschiedensten Ebenen) und den Preisdruck. Das sind also die vordrängendsten Probleme, welche die Unternehmen haben.

Wir sind momentan daran, mit der neuen Wirtschaftsstrategie, die wir dieses Jahr erarbeiten werden. Es ist eine der 10 Kernstrategien des Stadtrats. Und dort sollen Handlungsfelder und Massnahmen definiert werden, dass man die ortsansässigen Unternehmen bestmöglich unterstützen kann. Und was wir dabei natürlich auch weiterhin aufrechterhalten, wenn nicht sogar forcieren müssen, ist der Austausch mit den Unternehmen. Wir müssen ihnen zuhören, was sie für Bedürfnisse haben, was sie drückt und was sie bewegt. Und dabei geht es auch um Grundstücke. Und da haben wir momentan eigentlich noch eine gute Ausgangslage: Wir haben das Vitus-Areal (ehemaliges Rieter-Areal); wir haben den Bahnhof Oberwinterthur; wir haben Grüze Plus. Also alles Örtlichkeiten, die wir durchaus für Arbeitsplätze einsetzen können.

Dann haben wir noch die Entwicklung des Hochschulstandorts, bei dem es darum geht, dass die ZHAW sich ausdehnen kann. Das sind nicht nur Studierende, das sind auch Arbeitsplätze. Und von daher denke ich: Jawohl, wir haben noch viel Arbeit in diesem Bereich. Und ich hoffe, dass die Unternehmen da wieder zu alten Werten zurückkommen, wenn sie dann wieder einmal befragt werden. Danke.

13. Frage

F. Kramer Schwob (EVP): Wir haben gehört, dass man im Wallrüti für den Vorbereitungskurs fürs Kurzzeitgymnasium

1. ein Motivationsschreiben
2. ein Empfehlungsschreiben der Klassenlehrperson plus
3. eine 5 im Schnitt Deutsch/Mathe braucht.

Nur wenn alles positiv bewertet wird, darf man an den Vorbereitungskurs. Stimmt das und ist das in allen Oberstufenschulhäusern so? Wie wird die Motivation beurteilt? Wie werden die Gleichbehandlung der Schülerinnen und Schüler sowie die Chancengerechtigkeit sicher gestellt?

Stadträtin M. Blum: Das ist wahrscheinlich jetzt auch spannend für die zuhörenden Schülerinnen und Schüler, aus Eurer Lebensrealität.

Die Schulpflege Winterthur hat am 21. Februar 2023 die Einführung eines einheitlichen Vorbereitungsangebots für die zentralen Aufnahmeprüfungen beschlossen. Darin sind die Teilnahmebedingungen geregelt.

Am Vorbereitungsangebot dürfen Schülerinnen und Schüler teilnehmen, die

- in der Sek A über die Fächer Deutsch, Mathematik, Französisch, Englisch, Natur und Technik mindestens die Note 4.75 erreichen oder
- in der Sek B eingestuft sind und von der Klassenlehrperson eine Empfehlung zur Zulassung zur zentralen Aufnahmeprüfung erhalten.

Und die weiter

- motiviert sind, sich auf die Aufnahmeprüfung vorzubereiten und selbständig einen Mehraufwand von 2-3 Stunden pro Woche zu leisten und ein zuverlässiges Arbeitsverhalten zeigen.
- Die Durchschnittsnote 4.75 wurde festgelegt, um zu verhindern, dass der Vorbereitungskurs als Nachhilfe gebraucht wird.

An der Sek Wallrüti müssen die Schülerinnen und Schüler ein Motivationsschreiben von 150 Worten verfassen und darin ihre Zielsetzungen für die weitere Beschulung, ihre Bereitschaft für weitere Jahre Schulbesuch und allfällige Berufswahlwünsche kundtun. Die Klassenlehrperson bestätigt lediglich, ob sie die Anmeldung als sinnvoll erachtet oder nicht. Dies dient als Feedback an das Kind und seine Eltern und hat keinerlei Auswirkung auf die Zulassung zum Kurs.

In der Vergangenheit wurde an der Sek Wallrüti ein Notenschnitt der Note 5 aus den Fächern Deutsch und Mathematik verlangt. Die Sek Wallrüti hat diese Angleichung an das städtische Konzept mittlerweile vorgenommen.

14. Frage

D. Roth-Nater (EVP): Der kürzlich erschienene Artikel von Andreas Schmid (blick.ch) beleuchtet die zunehmende Zahl religiöser Kinderehen. Experten warnen vor den Gefahren für die betroffenen Mädchen und betonen die Notwendigkeit, effektive Massnahmen zum Schutz der Kinder zu ergreifen, unter anderem eine bessere Sensibilisierung der Behörden. «Werden in Winterthur Statistiken zu Ehen von Minderjährigen erhoben, die durch religiöse Rituale das gesetzliche Mindestalter und die Regel, dass jeder religiösen eine zivile Eheschliessung vorangehen muss, umgehen? Wie werden solche Fälle bei Beratungsstellen, der Einwohnerkontrolle oder dem Standesamt erfasst? Inwiefern sind die Standesbeamt:innen sensibilisiert, um potenzielle Zwangsehen zu erkennen und betroffene Mädchen zu schützen?»

Stadträtin K. Cometta: Vielen Dank für diese Anfrage zu einem weiteren wichtigen und hochsensiblen Thema. Zuerst zu religiösen Eheschliessungen von Minderjährigen in der Schweiz: In der Schweiz können Ehen erst mit dem vollendeten 18. Lebensjahr geschlossen werden. Im Ehevorbereitungsverfahren müssen die Eheleute angeben, ob sie bereits religiös verheiratet sind.

Es ist bei uns in Winterthur bisher kein Fall bekannt, bei dem die Brautleute erklärt haben, als Minderjährige in der Schweiz religiös verheiratet worden zu sein. Es gab in der Vergangenheit aber schon Fälle, wo Personen angaben, dass sie bereits religiös getraut wurden. Und das, das hast Du gesagt in der Fragestellung, ist auch ein Regelverstoss.

Das Zivilstandsamt Winterthur meldet solche Fälle (bzw. auch die Geistlichen, sofern bekannt, die das machen) dem Kanton, konkret der kantonalen Aufsichtsbehörde (GAZ).

Dieses Phänomen hat aber auch abgenommen.

Nicht selten werden aber solche Minderjährigen-Ehen im Ausland geschlossen. Das Zivilstandsamt in der Schweiz kommt dann erst damit in Berührung, wenn eine Person in das Zivilstandsregister aufgenommen wird oder bei einer Kindsanerkennung, Geburt oder Einbürgerung. Dort wird nachher die Anerkennung der Auslandshe vom Zivilstandsamt geprüft. Anders ist es, wenn Betroffene direkt ein Gesuch um Anerkennung ihrer Auslandshe stellen, dann geht es direkt zum Kanton.

Diese Beurteilungen richten sich nach dem internationalen Privatrecht IPRG. Nicht selten erfolgen daraus Ungültigkeitsklagen.

Für unsere Mitarbeitenden gibt es regelmässig Schulungen, unter anderem von der Fachstelle Zwangsheirat des Bundes. Die Zivilstandsbeamt:innen sind entsprechend sehr sensibilisiert und je nach Situation bestehen sie im Ehevorbereitungsverfahren auf Einzelgesprächen oder auf Gesprächen ohne Eltern/Schwiegereltern, um sensible Fragen stellen zu können. Wenn es einen Verdacht gibt auf Zwangsheirat, schaltet das Zivilstandsamt umgehend die Fachstelle Zwangsheirat ein.

15. Frage

N. Holderegger (GLP): Geldsegen für Winterthur

In der NZZ vom 24.12.2024 konnte man lesen, dass der Kanton Zürich den Gemeinden, auch Winterthur, 400 Mio. Franken an Heimtaxen zurückerstatten muss. Im Der Landbote vom 27.10.2023 konnte man lesen, dass Winterthur mit ca. 20 Mio. Franken rechnen kann. Mit wie viel Geld kann Winterthur nach aktuellem Kenntnisstand rechnen, wie viel Geld ist bis Ende Januar 2025 in die Stadtkasse geflossen, für welchen Betrag stehen Abklärungen mit der Bildungsdirektion noch aus und wie viel Geld kostete Winterthur die Abklärungen bzw. die Rückforderung bis anhin?

Stadtrat N. Galladé: Bevor ich finanzielle oder rechtliche Ausführungen mache, vielleicht einen sprachlichen Hinweis. «Geldsegen» bedeutet gemäss Duden (ich musste nachschauen) eine Zuwendung, also eine Wohltat, eine als Segen empfundene grössere Geldzuwendung. Wenn wir von der Rückerstattung der Versorgertaxe sprechen, um das klarzustellen, sprechen wir weder von etwas Wohltätigem noch sprechen wir von einem Segen und auch nicht

von einer Zuwendung. Sondern es ist eigentlich das, was den Gemeinden nach jahrelangen (fast jahrzehntelangen) Rechtsstreitigkeiten mit dem Kanton redlicherweise zusteht.

In diesem Punkt ist man sich eigentlich im Klaren. Die Frage ist jetzt, wie viel das denn zu- steht, wie man das abwickelt. Die Gemeinden hätten das gerne ein bisschen pragmatischer und einfacher gehabt, das ist aber mit diesem Kanton, von dem wir nun mal Bestandteil sind (das sucht man sich ja nicht aus) leider so nicht möglich. Und von daher sind wir (wie viele andere Gemeinden) daran, mit relativ vielen Aufwendungen die Sachen so zu belegen, wie der Kanton der Meinung ist, er würde es akzeptieren.

Wir haben in den letzten zwei Jahren (konservativ gerechnet) rund 150'000 Franken dafür eingesetzt. Vom Betrag her, von den Dimensionen her, lohnt sich das selbstverständlich. Sie haben die 20 Millionen erwähnt. Das haben wir mit dem Budget 2024 als damalige Grössen- ordnung in den FAP 2026 eingestellt. Mit dem Budget 2025 haben wir im FAP 2026 30 Millio- nen eingestellt. Wie viel das genau sein wird, wann das erfolgen wird, das kann man jetzt noch nicht sagen. Das wissen wir, wenn die Vereinbarung mit dem Kanton vorliegt. Auch wird erst dann ein erster Betrag bezahlt, Teilbeträge sind in diesem Sinne noch nicht bezahlt wor- den, das ist auch nicht vorgesehen. Wir werden aber über Budget und Rechnung oder auch in der SSK, in der Sachkommission, wo es auch schon da und dort Nachfragen gab, sicher darüber informieren. Und wir werden so viel Geld einfordern, wie uns zusteht - nicht mehr und nicht weniger. Danke.

16. Frage

A. Steiner (GLP): Ersatz-Veloroute: Im Juni 2023 lag die Planvorlage der SBB zu MehrSpur Zürich-Winterthur auf. Im technischen Bericht wurde dargestellt, dass die Brücke der Damm- strasse über die Gleise ersetzt werde. Für die Bauzeit von 2026 bis 2029 werde eine proviso- rische Überführung für FussgängerInnen erstellt. Mehrere Einsprecher haben daraufhin auch eine Überführung für den Veloverkehr verlangt, da dort die im kantonalen und regionalen Richtplan eingetragenen städtische Veloroute, SVR4 und die SchweizMobil Route 45 geführt wird. Seit dem 1.1.2023 ist das Bundesgesetz über Velowege in Kraft. Dieses enthält eine Er- satzpflicht (Art. 9 Abs. 2 lit. a und b), wenn eine in den Plänen festgelegte Veloverbindung nicht mehr frei befahrbar oder unterbrochen ist. Da eine Umleitung über andere Strassen und Wege nicht realistisch ist, stellt sich folgende Frage: Was gedenkt der Stadtrat vorzukehren, falls die Bauherrschaft nicht auf die Einsprachen eingeht und keinen Ersatz für die Veloroute plant?

Stadträtin Ch. Meier: Ja, das Grossprojekt MehrSpur Zürich-Winterthur (oder wie wir es hier bei uns lieber nennen: MehrSpur Winterthur-Zürich) der SBB führt in der Stadt Winterthur zu Einschränkungen und zu Herausforderungen, die sich nicht nur auf Veloverkehrsrouten an der Dammstrasse beschränken.

Die SBB und die Stadt Winterthur sind aktuell in einem konstruktiven Dialog zu diesem Grossprojekt und führen aktuell Einigungsverhandlungen zu den Einsprachepunkten aus dem Plangenehmigungsverfahren. Die Stadt Winterthur wird in diesen Verhandlungen zur proviso- rischen Überführung der Dammstrasse die Ersatzpflicht gemäss Bundesgesetz über Velo- wege (Art. 9 Abs. 2 lit a und b; die gibt es also) geltend machen und auch einfordern.

Dem Stadtrat ist bei diesen Verhandlungen aber auch ein Gesamtblick über die unzähligen, unterschiedlichen, alle durchaus berechtigten Anliegen wichtig und es ist wichtig, auch eine entsprechende Gewichtung zu machen.

Die Einschätzung, dass eine Umleitung über andere Strassen nicht realistisch sei, teilen wir nur bedingt. Die Reutgasse dürfte, zumindest für einen Teil der Velofahrenden, im Notfall auch eine valable Alternativroute sein. Aber wie gesagt: Wir setzen uns für diese Ersatzlö- sung ein.

17. Frage

K. Frei Glowatz (Grüne): Regenwasser ins Regenwasserfass anstatt in die ARA!

Das Regenwasser (Jahresniederschlagsmittelwert 1039 Litern pro Quadratmeter, Messstation Winterthur Seen) nicht über die Kanalisation in die ARA fliessen zu lassen, sondern gemäss Schwammstadt-Prinzip vor Ort zu versickern, ist das Gebot der Stunde. Gemäss einschlägiger Gesetze und Normen zur Siedlungsentwässerung tut die Stadt heute diesbezüglich schon sehr viel, wunderbar. Dort wo die Trennsysteme noch fehlen oder die Oberflächenversickerung visuell nicht gewünscht ist, könnten Regenfässer mit Schwimmerschalter als zwischenzeitliche Speicherung für die spätere Grünflächenbewässerung gerade in Privatgärten, aber auch grösseren Siedlungen, niederschwellige Lösungen darstellen. Kann der Stadtrat sich vorstellen, diese simple und aber alte Tradition als Bedingung oder mindestens dringliche Empfehlung in die Baugesuchs-Prüfung bzw. Wegleitung Gesuch für Liegenschaftsentwässerung aufzunehmen?

Stadträtin Ch. Meier: Die Stadt Winterthur verfolgt seit über 15 Jahren eine klare Strategie zur Regenwasserbewirtschaftung. Dabei setzt sie die Versickerung oder alternativ Rückhaltung des Niederschlagswassers aktiv um. Faktoren wie Versickerungsfähigkeit, Lage und Altlasten werden dabei berücksichtigt. Aktuell arbeitet die Abteilung Entwässerung des Tiefbauamts an der Überarbeitung des generellen Entwässerungsplans (GEP). Die SBK wurde darüber kürzlich informiert. Im neuen GEP soll das Schwammstadtprinzip verankert werden und damit eine rechtliche Möglichkeit zur besseren Umsetzung geschaffen werden.

In Beratungsgesprächen empfiehlt das Tiefbauamt bereits heute Regenfässer als einfache und nachhaltige Lösung. Bei städtischen Liegenschaften geht die Stadt da auch als Vorbild voraus: So wird z.B. beim Projekt Stadtgarten sämtliches Niederschlagswasser aus dem ganzen Projektperimeter inkl. Schulhaus Altstadt gesammelt und in einem Regenwassertank gespeichert, um damit dann den Stadtpark oder Stadtgarten bewässern zu können.

Eine spezifische Empfehlung für Regenfässer in der Wegleitung der Liegenschaftsentwässerung ist derzeit noch nicht vorgesehen, das Tiefbauamt steht aber kurz vor der Fertigstellung des Massnahmenkatalogs Schwammstadt, der eine breitere Palette von Möglichkeiten für Liegenschaftenbesitzerinnen und -besitzer aufzeigt. Und wir könnten uns gut vorstellen, in der Wegleitung zur Liegenschaftsentwässerung auf diesen Massnahmenkatalog Schwammstadt zu verweisen. Und damit hätten wir diese Empfehlung ein bisschen verbindlicher gemacht.

18. Frage

J. Guddal (GLP): im Kulturleitbild 2015 der Stadt Winterthur scheint die Politik eher eine Statistenrolle zu spielen – sie wird jedenfalls nicht konkret erwähnt. Nun tritt der Podcast der Sozialdemokratischen Partei Schweiz im Salzhaus auf, einem subventionierten Kulturbetrieb, und wird aktiv beworben. Darf man daraus schliessen, dass zum Beispiel auch ein Podcast der Schweizerischen Volkspartei dort auf Sendung gehen und bzgl. Bewerbung auf ähnliche Unterstützung zählen könnte? Wäre es vielleicht an der Zeit, der Politik im Kulturleitbild einen eigenen Absatz zu gönnen, bevor sie sich selbstständig in den Vordergrund drängt?

Stadtpräsident M. Künzle: Die Frage von Jan bezieht sich auf eine kommende Veranstaltung «Meier:Wermuth» am 30. April 2025 im Salzhaus Winterthur. Das ist ein Teil der ersten Live-Tour des Podcasts von Mattea Meier und Cédric Wermuth, beide SP, die an verschiedenen Orten in der Deutschschweiz gastieren werden. Und da steht noch mehr, aber ich lese nicht mehr weiter – ich mache nicht Werbung für die SP, es war schon sehr viel. Also es gibt da Veranstaltungen.

Das Salzhaus Winterthur zeichnet sich durch ein vielfältiges Programm aus, das sowohl kulturelle als auch politische Veranstaltungen umfasst. Wobei die Form und das Format der Veranstaltungen entscheidend sind. Ich meinte zu wissen und mich zu erinnern, dass Roger Köppel im Salzhaus auch schon Auftritte hatte, gegen Roger Schawinski. Also von daher

kann ich Deine Frage beantworten: Jawohl, auch andere Parteien und politischen Ausrichtungen haben Platz im Salzhaus. Solange sie gewisse Grundsätze einhalten: Politische Neutralität, Chancengleichheit, das sind wichtige Sachen, deren sich das Salzhaus sehr bewusst ist, bei denen es auch um demokratische Entwicklungen geht, um demokratische Parteien und politische Gruppierungen. Wichtig ist nur, dass alle unter den gleichen Bedingungen einen Auftritt haben können. Letztendlich geht es darum, dass man die demokratische Meinungsbildung und den kulturellen Diskurs eng miteinander verknüpfen kann.

Jawohl, auch anderen politischen Parteien steht das offen, sie können das auch machen. Auch die GLP kann dort Veranstaltungen durchführen.

Wir sind momentan daran, das Kulturleitbild zu erneuern. Persönlich muss ich sagen, dass ich es eigentlich nicht politisieren möchte in dem Sinn, wie Du es gemeint hast. Aber wir sind natürlich offen. Wenn der ganze Prozess um das Kulturleitbild Aussagen zur Politik drin haben möchte, dann sind wir selbstverständlich offen. Danke.

19. Frage

M. Nater (GLP): Die journalistischen Ressourcen beim Landboten für Winterthur und die Region wurden stark gekürzt. Wie sieht der Stadtrat diese Entwicklung und welche Optionen sieht er, damit auch in Zukunft qualitativ und quantitativ über Themen in Winterthur berichtet wird?

Stadtpräsident M. Künzle: Ich habe hier drinnen ja schon einmal informiert, dass wir mit einer Delegation mit Herrn Supino und seiner Leitung von Tamedia zusammengesessen sind. Er hat uns Ausführungen gemacht, wie sie auf dieses Konzept gekommen sind, was sie für Überlegungen gemacht haben. Wir waren nicht so naiv, dass wir meinten, wir könnten damit ihre ganzen Pläne über den Haufen werfen; aber uns war wichtig, dass wir auf die Bedeutung des Lokaljournalismus hingewiesen haben. Die Leute in diesem Raum fühlen sich wohl. Und damit sie sich wohlfühlen, müssen sie informiert sein. Und zwar nicht primär über Genf und Lausanne und Bern, sondern sie wollen wissen, was hier in Winterthur läuft, in der Stadt und in der Region. Und ich denke, das konnten wir ihnen klar machen.

Wir haben auch darauf hingewiesen, dass es ein wichtiger Teil zur Demokratie ist, dass man sich Meinungen bilden kann. Und dass also auch der Landbote eine ganz wichtige Aufgabe hat für diesen lokalen Journalismus.

Was uns ein bisschen, ein My, beruhigt hat, ist, dass es noch 15 Personen sind, welche die Redaktion des Landboten hier vor Ort in Winterthur ausmachen. Geführt von Zürich, aber es sind 15 Leute, die für den Landboten hier vor Ort noch Texte schreiben und unsere Region und unsere Stadt beobachten können, was da so läuft.

Es wurde uns gesagt, die Print-Ausgabe ist eine schwierige Geschichte. Da wollten und konnten sie uns auch keine Garantie abgeben, wie lange es die Print-Ausgabe noch gibt. Es ist ja nicht die einzige Zeitung, die Probleme hat damit, weil es halt immer weiter zurückgeht, immer weniger Leute die Zeitung gedruckt lesen. Sie gehen online. Und da hat natürlich auch der Landbote den Grundsatz von «Digital first», dass man zuerst über dieses Medium Informationen erhält.

Wir konnten diese Botschaften jetzt einige Male wiederholen. Wir sind auch nicht die einzigen, es gibt diverse Gemeinden, die ziemlich heftig reagiert haben und mit uns zusammen Tamedia immer wieder damit konfrontiert haben, dass der Landbote eine Aufgabe hat bei uns. Und zwar eine sehr wichtige. Und dass er nicht einfach von der Bildfläche verschwinden kann.

Also zurzeit haben wir ihn noch. Wie lange wir ihn noch haben werden, das ist wirklich noch offen. Aber wenn etwas untergeht oder reduziert wird, dann gibt das immer Chancen für Neues, für neue Ideen. Und da hoffen wir natürlich, dass diese Chancen auch gepackt werden. Danke.

20. Frage

Ch. Maier (FDP): Wie viele Rechtsmittelverfahren hat die Stadt derzeit beim Bundesgericht hängig, welche sind dies und was sind die Kosten, welche bisher für die Prozessführung angefallen sind?

Stadtpräsident M. Künzle: Aktuell sind zwei Verfahren am Bundesgericht hängig. Das erste Verfahren betrifft den Mindestlohn, das hat Ihr auf den Weg geschickt, an die Adresse des Bundesgerichts, damit man da herausfinden kann, wer Recht hat in einer solch grundsätzlichen Frage. Dieses Verfahren hat bis jetzt 47'000 Franken gekostet.

Das zweite Verfahren betrifft die Kostenaufgabe des Steuerrekursgerichts und des Verwaltungsgerichts, welche von der steuerpflichtigen Person in einem Grundstücksgewinnsteuerfall beanstandet wurde. Es sind dort keine materiellen Fragen vom Bundesgericht zu beurteilen, und dennoch sind die Gerichtskosten dort bei ca. 4'800 Franken.

Das sind die beiden Verfahren, welche am Bundesgericht hängig sind seitens Winterthur.

21. Frage

L. Rupper (GLP): Aufgrund der Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Bevölkerung hat die Stadt Winterthur im 2020 die Plattform «Nachbarschaftshilfe» aufgesetzt. Ziel dieser Plattform ist es, Winterthurerinnen und Winterthurer, die Unterstützung im Alltag benötigen, mit solchen zu vernetzen, die eine solche anbieten können. Die Plattform ist weiterhin in Betrieb, sie ist in der Winterthurer App und im städtischen Internetportal verknüpft. In den Jahren 2023 und 2024 wurden durchschnittlich 2-3 Beiträge pro Monat erfasst, wobei unklar ist, mit welchem Erfolg. Wie schätzt der Stadtrat die Nutzung und den Nutzen gegenüber den Betriebskosten der Plattform ein?

Stadtpräsident M. Künzle: Ich habe mich gewundert: Kollege Rupper ist heute zum 1. Mal hier im Rat – und hat schon eine Frage. Das ist ein steiler Aufstieg für jemanden, der neu hineingekommen ist.

Die Plattform «Nachbarschaftshilfe» wurde als Ergänzung zur Winterthurer App während der Corona-Krise lanciert, um eine schnelle und unkomplizierte Vernetzung zwischen Hilfesuchenden und hilfsbereiten Personen zu ermöglichen. In den Jahren 2020 und 2021 war die Nutzung intensiv, aber seither ist sie in der Tat rückläufig. Wir verstehen deshalb diese Anfrage.

Kurz zu den Grundlagen: Die laufenden Kosten für den Betrieb sind mit jährlich 1'200 Franken sehr gering, denn die Plattform ist in die bestehende digitale Umgebung der Winterthurer App eingebettet. Personalkosten fallen dafür keine an, denn die Plattform wird von den Nutzenden selbstverwaltend genutzt.

Die Stadt Winterthur hat 2024 die Digitalisierungsstrategie verabschiedet, die festlegt, dass eine einheitliche Mitwirkungsplattform für die Stadt aufgebaut werden soll. Und im Rahmen einer Evaluation hat sich gezeigt, dass dabei voraussichtlich auf eine Open-Source-Basis gesetzt wird, da dies eine bessere Kosten/Nutzen-Balance bietet als die aktuelle Lösung.

Geplant ist, die bestehenden digitalen Mitwirkungsangebote zu konsolidieren sowie zu prüfen, ob der Bedarf nach der Funktionalität der Nachbarschaftshilfe innerhalb der neuen Lösung noch besteht. Voraussichtlich wird diese Konsolidierung und Überprüfung bis 2026 abgeschlossen sein.

22. Frage

M. Graf (SVP): In der Stadt sieht man immer wieder Graffitis, Schmierereien und Fahnen, welche Hassbotschaften enthalten wie ACAB, Fuck the Police und noch weitere unschöne Slogans. Hierzu stelle ich folgende Frage: Nach welchen Kriterien werden Hausbesitzer und städtische Liegenschaftsbesitzer aufgefordert, Graffitis und Schmierereien sowie hasserfüllte Fahnen zu entfernen? Hassbotschaften und ähnliche Sachen, welche in unserer Stadt ersichtlich sind, sollten nicht geduldet werden.

Stadtrat K. Bopp: Vielen Dank für die Frage. Nicht unbedingt, weil ich zu Graffiti sprechen wollte, sondern weil wir es mit ein bisschen Kreativität geschafft haben, die Frage mir zuzuweisen – als einzige Frage, die mir zugewiesen worden ist. Ich habe einen Teilsatz eingebaut, dem Ihr anmerkt, wieso es bei mir ist – vielleicht findet Ihr heraus, welcher Teilsatz es ist.

Es gibt keine Rechtsgrundlage für eine Aufforderung, Graffiti, Schmierereien oder hasserfüllte Fahnen auf privaten Grundstücken zu entfernen. Wenn ehrverletzende Äusserungen enthalten sind, ist es an den Betroffenen, entsprechende Strafanzeige zu stellen. Die Polizei würde in krassen Fällen (z.B. wenn die Rassismus-Strafnorm verletzt wäre) auf die Liegenschaftsbesitzenden zugehen und ihnen empfehlen, diesen Schriftzug zu entfernen. Ein konkreter Fall ist uns aber nicht bekannt dazu.

Der Bereich Betrieb und Unterhalt vom Departement Bau und Mobilität ist verantwortlich für die Entfernung von Graffiti und Schmierereien auf städtischen Infrastrukturen und städtischen Liegenschaften, auch diesen im Finanzvermögen. Sie entfernen alle rassistischen und politisch unkorrekten Sprüche und Bilder innerhalb von 24 Stunden nach Erhalt der entsprechenden Information. Diese Meldungen gelangen in der Regel von der Quartierpolizei, von den eigenen Mitarbeitenden, von den Nutzenden der städtischen Liegenschaften oder aus der Bevölkerung über Stadtmelder, Mail oder Telefon an die Stadt. Besten Dank.

23. Frage

R. Heuberger (FDP): Weshalb gilt die Vorwirkung der Grünflächenziffer gemäss BZO-Vernehmlassungsvorlage vom November 2024 noch bis Ende März 2025, obwohl der Stadtrat diesen umstrittenen Teil der geplanten BZO-Revision bereits Ende Januar 2025 zurückgezogen hat?

Stadträtin Ch. Meier: Weil es da um eine rechtliche Geschichte geht, ist die Antwort ein bisschen technisch. Ich habe das Ende Januar auch dem Landboten gegenüber so erklärt.

Gemäss § 234 PBG besteht eine rechtliche Vorwirkung, solange eine durch die Exekutive beantragte planungsrechtliche Festlegung durch eine bauliche Massnahme nachteilig beeinflusst wird. Diese rechtliche Vorwirkung tritt mit der Publikation des öffentlichen Einwendungsverfahrens in Kraft. Das war im Fall der Grünflächenziffer Ende November.

Der nächste gesetzlich vorgesehene Verfahrensschritt wird dann die Weisung an das Stadtparlament sein, bei der man das ganze BZO-Paket – ohne die Grünflächenziffer – an das Parlament überweisen wird.

Der Stadtratsbeschluss von Ende Januar ist eben kein solcher gesetzlich vorgesehener Verfahrensschritt, sondern dient eigentlich v.a. der Kommunikation, damit die Bauherrschaften umgehend wieder Planungssicherheit hatten.

Für den Wegfall der rechtlichen Vorwirkung muss aber ein weiterer formeller Verfahrensschritt zur beantragten planungsrechtlichen Festlegung erfolgen – und das ist eben die erwähnte Weisung an das Stadtparlament, die spätestens Ende März vorliegen wird.

Wieso ist das so wichtig? Vielleicht einfach noch zur Einordnung: Es betrifft ganz wenige Leute. Ich habe damals, Ende Januar, gesagt, ich ginge davon aus, dass es ungefähr eine Handvoll Leute sind. Wir haben in der Zwischenzeit nachgezählt: Es sind tatsächlich fünf Fälle, wo das relevant ist. Relevant ist es für diejenigen, bei denen der Baurechtsentscheid noch vor der Überweisung an das Parlament vorliegen würde, also bis Ende März, und wo Dritte den Entscheid eingefordert haben. Denn in diesen Fällen besteht ein gewisses Verfahrensrisiko wegen Formfehlern. Wir möchten die Bauherrschaften nicht in dieses Risiko schicken. Mit diesen fünf Betroffenen sind wir im Gespräch. Wir haben dort z.B. die Lösung, dass wir Auflagen, die aus dem Entscheid kommen, ihnen bereits kommunizieren, damit sie schon mit der Auflagenbereinigung beginnen können. Sie verlieren auf der Zeitachse also keine Zeit. Aber wir können das Risiko von einem allfälligen Nachbarschaftsrekurs, der vielleicht mit der Grünfläche gar nichts zu tun hätte, der aber einfach aufgrund eines Verfahrensfehlers

eine Chance hätte, so aus dem Weg räumen. Und deshalb ist es wichtig, dass wir die Vorwirkung behalten, bis die Weisung an das Parlament geht.

24. Frage

D. Rohner (EVP): Verkehrsspiegel auf Velowegen in Winterthur:

Velowege in Winterthur: Auf Velotouren im Ausland schätzte ich, dass an unübersichtlichen neuralgischen Orten (bspw. T-Kreuzungen in Bahnunterführungen, enge Kurven, etc.) Verkehrsspiegel zwecks besserer Übersicht und Erhöhung der Sicherheit angebracht wurden. Ist in Winterthur Ähnliches angedacht? Dabei denke ich nicht nur an Velovorzugsroute, sondern bspw. an die Bahnunterführung in Oberwinterthur, welche auch ein Schulweg für Oberstufenschüler und Schülerinnen ist.

Stadträtin Ch. Meier: Ja, das ist eine Frage, die in der einen oder anderen Form wahrscheinlich durchschnittlich in jeder zweiten Fragestunde kommt und ich werde Dir jetzt sagen, dass wir genau wegen der Verkehrssicherheit diese Spiegel eben nicht anbringen.

Aber damit Du das einordnen kannst, hole ich ein bisschen aus. Das Anbringen von Verkehrsspiegeln darf nämlich nur als Notlösung erfolgen, wenn die Sichtweiten anderweitig nicht hergestellt werden können. In der Schweizer Norm zu den Lichtsignalanlagen, Strassenausstattung wie Sichtweiten in Knotenbereichen sind einige Regeln in Bezug auf Verkehrsspiegel vorhanden.

Spiegel haben drei Risiken: Einerseits sieht man häufig im Spiegel die Sachen, die im Gesamtbild relativ klein sind, nicht so gut, wenn man kurz hineinschaut. Und das sind häufig die Velos. Zweitens kann man in einem Spiegel weder die Distanz noch die Geschwindigkeit dieses Objekts genau einschätzen und unter Umständen hast Du das Gefühl, es sei noch viel weiter weg, das Hindernis, das kommt, als es wirklich ist. Das ist eine Gefährdung. Und drittens ist es so, dass Spiegel häufig auch durch irgendetwas ein bisschen im Winkel verschoben werden und dann genau dieser Teil, den man sehen möchte, nicht mehr gesehen wird. Deshalb gibt es ganz klare Regeln für das Anbringen von diesen Spiegeln und sie dürfen nur dann angebracht werden,

1. im Zusammenhang mit einem Stopp-Signal
2. wenn ein Mindestabstand von 1.5 m zwischen der Haltelinie dieses Stopp-Signals und dem Spiegel nicht eingehalten werden kann
3. wenn der Verkehr auf der vortrittsbelasteten Strasse relativ gering ist
4. wenn eine Höchstgeschwindigkeit auf der vortrittsberechtigten Strasse maximal 60 km/h ist.

Das sind die Bedingungen, die erfüllt sein müssen, damit es überhaupt erlaubt ist, Spiegel anzubringen. Und dann kommt noch dazu, das ist etwas, was ich auch nicht wusste: Der Spiegel muss beheizbar sein, damit auch dann, wenn es Frost gibt, die Sicht garantiert ist. Also: Spiegel bieten eine vermeintliche Sicherheit und das kann in der akuten Situation eben eher gefährlicher sein, als wenn es keinen hat.

25. Frage

R. Perroulaz (FDP): Aufhebung Mehrlängenzuschlag in der BZO: In der Antwort auf das von mir als Erstunterzeichner eingereichte Postulat 2020.121 «bauliche Verdichtung durch Aufhebung Mehrlängenzuschlag» hielt der Stadtrat bejahend fest, dass er «die Abschaffung des Mehrlängenzuschlags im Rahmen der nächsten Teilrevision der BZO» dem Stadtparlament vorschlagen wird. In der «Teilrevision Nutzungsplanung 2024» wurde diese Abschaffung nun zusammen mit Zonenplanänderungen vom 23.08. - 22.10.2024 öffentlich aufgelegt. In der darauffolgenden Vernehmlassung zur «BZO-Teilrevision IVHB» (29.11.2024 - 28.01.2025) wurde der Mehrlängenzuschlag in der Synopse allerdings noch unverändert erwähnt und es blieb vor allem unkommentiert, dass dieser wegfallen würde. Weshalb wurde die Abschaffung des Mehrlängenzuschlages entgegen den Zusagen des Stadtrates nicht mit dieser BZO-Revision umgesetzt und befand sich noch in der Synopse zur IVHB-Vernehmlassung? Gab es bei

der Vernehmlassung zum Mehrlängenzuschlag allenfalls Einwendungen? Per wann kann der Mehrlängenzuschlag abgeschafft werden?

Stadträtin Ch. Meier: Du hast es gesagt: Es sind zwei Revisionen. Die BZO-Revision IVHB, die interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung der Baubegriffe, bei der die Grünflächenziffer drin war, ist die eine. Das andere ist die Teilrevision Nutzungsplanung 2024. Du hast die beiden angesprochen.

Die Teilrevision Nutzungsplanung war bereits vor der anderen Revision in der öffentlichen Auflage. Das ist das Verfahren: Zuerst kommt die öffentliche Auflage. Dort können Einwendungen gemacht werden. Diese werden dann in einen Bericht und in die Überarbeitung des Pakets aufgenommen und erst dann geht die Weisung an das Parlament. Die Teilrevision zur Nutzungsplanung 2024, wie Du es gesagt hast, wurde vom 23.08. – 22.10.2024 öffentlich aufgelegt und ging dann, wie das auch normal ist, zur kantonalen Vorprüfung. Dort gab es eine kleine Verzögerung; wir bekamen dort Rückmeldungen, wo wir bei der Formulierung Anpassungen machen müssen. Es sind aber keine grundlegenden Widerstände vorhanden. Wir sind jetzt daran, die Weisung auszuarbeiten, und es ist vorgesehen, dass diese bis Ende April 2025 an das Parlament überwiesen werden kann. Und dann könnt Ihr über die Abschaffung dieses Mehrlängenzuschlags abstimmen.

26. Frage

A. Würzer (EVP): Der Kanton Zürich unterstützte ab 2022 drei mitunter in Winterthur tätige Organisationen mit finanziellen Förderbeiträgen zur Ausstiegshilfe aus der Prostitution. Hat der Stadtrat Kenntnis von dieser Arbeit und besteht aus seiner Sicht die Möglichkeit, dass sich auch die Stadt aktiv für solche Ausstiegshilfen einsetzen könnte? Falls ja, wie? Falls nein, weshalb nicht?

Stadtrat N. Galladé: Dem Stadtrat ist bekannt, dass es im Kanton Zürich verschiedenste Beratungsstellen gibt für Prostituierte; mit verschiedenen Ansätzen, auch die von Dir erwähnten. Bei den entsprechenden Angeboten in diesen Bereichen (aber auch in anderen Bereichen) ist es häufig so, dass sie sich unabhängig vom Standort der Beratungsstelle selbst an ein Klientel, an eine Personengruppe aus dem ganzen Kanton, teilweise auch für die Nachbarkantone, richten. Es gibt z.B. eine Stelle, zu der man auch immer wieder Kontakt hat, die FIZ-Fachstelle gegen den Frauenhandel.

Und da sind wir bei den Grundsätzen, wie wir bei unseren Beiträgen an Organisationen funktionieren, was unsere Überlegungen sind: Die Förderbeiträge des Kantons machen dort Sinn, wo über den ganzen Kanton oder darüber hinaus Leistungen erbracht werden. Und es kann dann nicht sein, dass eine einzelne Stadt einen Sockelbeitrag an ein Angebot leistet, von dem andere Gemeinden und z.T. auch andere Kantone profitieren.

Ein sehr anschauliches Beispiel: In den 90er-Jahren ist in Winterthur ein Frauenhaus entstanden. Sehr engagiert, pionierhaft. Das führte dann zu einem städtischen Sockelbeitrag. Mittlerweise ist die Gesetzgebung richtigerweise so angepasst, dass man das Grundangebot zur Verfügung stellen muss, schweizweit, zuständig dafür sind die Kantone. Im Kanton Zürich gibt es drei Frauenhäuser, die teilweise auch noch für andere Kantone zuständig sind. Da macht dann der Kanton kantonale Vereinbarungen. Und dort konnten wir uns als Stadt Winterthur dann zurückziehen, weil das jetzt der Kanton als objektfinanzierte Unterstützung übernimmt. Und wir unterstützen wie andere Gemeinden subjektbezogen die entsprechenden Frauen, die dieses Angebot nutzen müssen.

In diesem Sinn schauen wir in dieser ganzen Produktgruppe, das haben wir auch schon mehrfach in der Kommission SSK dargelegt, auch aufgrund unserer städtischen finanziellen Mittel, welche Ebene zuständig ist. Wir handhaben das restriktiv und dort, wo ein Angebot wirklich ausschliesslich für Winterthurerinnen oder Winterthurer zur Verfügung steht, dort überlegen wir wirklich, ob wir da finanzieren oder nicht. Das hat nichts mit einer inhaltlichen Wertung des Angebots zu tun. Danke.

27. Frage

D. Romay (FDP): Mit dem neuen Fahrplan vom Dezember 2024 hat die Stadt in Wülflingen die Wendeschleife für den Bus sowie eine Dosieranlage in Betrieb genommen. Ohne Wendeschleife gab die Stadt an, dass die alte Situation pro Jahr CHF 400'000.00 kostete, da zwei zusätzliche Busse eingesetzt werden mussten. Fragen: Konnte Stadtbus dadurch die zwei zusätzlichen Busse wieder ausser Betrieb setzen und in welchem Umfang können die Kosten pro Jahr effektiv durch diese Massnahme (Wendeschleife) gesenkt werden? Seit der Veränderung der neuen Verkehrsführung an der Kreuzung Wülflingerstrasse-Salomon-Hirzel-Strasse mit der neuen Signalisationsanlage und der Wendeschleife: Was hat sich aus Sicht des Stadtrats merklich verbessert? Wie viele Verkehrsunfälle wurden seit der Inbetriebnahme der neuen Verkehrsführung am 15. Dezember 2024 registriert und wie viele Verkehrsunfälle gab es an dieser Kreuzung seit dem 1.1.2018?

Stadtrat St. Fritschi: Eigentlich sind es drei Fragen... Einfach damit wir den Umfang etwas umreissen können.

Stadtbus hat die zwei Fahrzeuge nicht ausser Betrieb gesetzt. Sie sind nämlich in das neue Angebotskonzept der Linien 2 und 22 investiert worden. Mit marginal tieferen Kosten konnte man in diesem stark frequentierten Bereich dieser beiden Linien die Kapazität mit dem neuen Konzept über 15% erhöhen, was einen grossen positiven Einfluss auf die Fahrgastwechselzeiten hat. Zudem hat Stadtbus auch einen durchgehend merkbaren 3.75-Minuten-Takt – man muss sich das merken: 3.75. Also alle 3.75 Minuten fährt dort zu den Stosszeiten zwischen Schloss und Waldegg ein Bus, was für die Fahrgäste sehr komfortabel ist. Man muss also wie bei der U-Bahn nicht mehr nach dem Fahrplan gehen, sondern einfach hinstehen und innert Kürze kommt ein Bus. Und dabei ist auch eine bessere Verteilung der Schüler und Schülerinnen auf die Spitzenkurse möglich, gerade zwischen den Berufsschulen KV, BFS und der Berufsschule BBW, wo es halt am Morgen und am Abend sehr hohe Spitzen hat. Das neue Konzept wird provisorisch sehr positiv bewertet. Die Langzeitwirkung haben wir noch nicht, da es erst seit Dezember eingeführt wurde.

Die zweite Frage, die Situation betreffend der Dosierung, kann mit der aktuellen Datenlage noch nicht beurteilt werden. Stadtbus hat aber in der ersten Woche des neuen Fahrplans auf der Linie 2 eine verbesserte und sehr hohe Pünktlichkeit von 97% der Fahrten. Wir nennen eine Fahrt mit dem Bus pünktlich, wenn sie nicht länger als drei Minuten verspätet ist oder nicht mehr als eine halbe Minute zu früh fährt. Aber das ist zum Glück selten der Fall. Wir haben also 97% Pünktlichkeit der Linie 2 und bei der Linie 22 haben wir sogar 97.5% Pünktlichkeit. Das ist also sehr hoch, auch im Vergleich zu anderen Buslinien. Das sind ausgezeichnete Werte, die vielleicht etwas mit dem veränderten Angebot zu tun haben. Aber wir können es noch nicht nur auf die Dosierung zurückführen; aber es kann natürlich sein, dass das auch wegen der Dosierung ist.

Jetzt kommt noch die dritte Frage, wegen den Unfällen: Und jetzt muss ich natürlich sagen, das habe ich beim DSU nachgefragt. Bei der Stadtpolizei führen sie Buch über Unfälle, aber sie führen natürlich nur Buch über Unfälle, bei denen die Polizei anwesend war und Protokoll geführt und das aufgenommen hat. Es kann natürlich sein, dass auch Unfälle passiert sind, bei denen die Leute fanden, sie könnten gut mit dieser Beule leben und weiterfahren, ohne etwas zu melden.

Seit dem Fahrplanwechsel am 15. Dezember haben wir keinen einzigen Unfall registriert in der Stadt Winterthur. Ich habe es gehört von Anwohnenden, gell Christian, dass es einmal geklopft hat, aber wenn man einen Carrosserie-Betrieb in der Nähe hat, muss man das der Polizei nicht melden, dann kann man das aus der Portokasse zahlen. Das bist ja nicht Du gewesen, aber Du hast es gehört, ja.

Vorher, seit Januar 2018 bis heute gab es 27 Unfälle, das sind ca. 4 Unfälle pro Jahr.

28. Frage

L. Jacot (SP): Der Abriss und Neubau der Siedlung Eichwaldhof soll diesen Frühling starten. Da seit Jahren nur noch befristet vermietet wurde, befinden sich in der Siedlung fast nur noch

Menschen mit tiefem sozioökonomischem Status. Diese müssen nun ausziehen. Es ist kaum vorstellbar, dass dies bei der Wohnhilfe nicht zu spüren sein wird. Da die Stelle eh schon stark ausgelastet ist, Übergangswohnungen knapp sind und günstiger Wohnraum kaum zu finden, möchte ich vom Stadtrat wissen, wo er diese Menschen in naher Zukunft unterzubringen gedenkt, damit verhindert werden kann, dass diese beträchtliche Zahl von Menschen in die Obdachlosigkeit rutscht?

Stadtrat N. Galladé: Der private Gestaltungsplan Eichwaldhof ist ja bestens bekannt hier drinnen. Sie haben das ja in diesem Sinne auch verhandelt, es gab eine Volksabstimmung und damit wurde die Grundlage geschaffen für den Neubau und damit auch für den Abriss. Wie Ihr auch aus der Behandlung des Geschäfts wisst, und ich denke, das ist auch noch wichtig, geht es da um private Mietverhältnisse. Und da ist, gerade wenn man eine längere, eine absehbare Vorlaufzeit hat, primär die Vermieterschaft, die Mieter:innen, in der Verantwortung, Vorkehrungen zu treffen, um eine neue Wohnung zu finden. Wenngleich, und das wurde gesagt, natürlich das bei der Wohnmarktsituation in Winterthur, gerade bei tiefen und mittleren Einkommen, sicher sehr schwierig ist. Es ist so, bei der Wohnhilfe sind in den letzten Wochen Anfragen von Mieter:innen aus dieser Wohnsiedlung eingegangen. Wir sind in Kontakt mit den entsprechenden Mieter:innen, die sich an uns gewandt haben, wir sind auch mit den Eigentümer:innen im Kontakt, damit Lösungen gefunden werden können. Danke.

29. Frage

M. Zundel (Grüne): Wie viele Fälle von Internetkriminalität (alle Varianten von Scams; Parkuhr bis Einzeltrick, Phishing, Doxing, Ransomware usw.) sind in den letzten drei Jahren bei der Stadtpolizei gemeldet oder zur Anzeige gebracht worden und wie viele konnten davon aufgeklärt werden?

Stadträtin K. Cometta: Ich könnte jetzt einfach zwei Zahlen nennen. Das kann ich aber nicht, da ich Politikerin bin und immer noch etwas länger rede...

In den letzten drei Jahren, zwischen 1. Januar 2021 und 31. Dezember 2024, gingen 1'078 Anzeigen ein. 241 Personen reichten diese Anzeige elektronisch über die Plattform «Suisse ePolice» ein. Das sage ich jetzt primär, damit ich Werbung machen kann für die elektronische Plattform. Man kann Anzeigen, wenn das Velo wegkommt oder was auch immer, extrem bequem 24 Stunden täglich von zuhause aus machen auf «Suisse ePolice». Das wissen nicht alle Leute, denn 837 Anzeigen gingen am Schalter ein.

Total konnten 51 Fälle geklärt werden, d.h. die Täterschaft konnte ermittelt werden und es wurde Anzeige erstattet.

Die Stadtpolizei Winterthur ermittelt selbst und rapportiert. Internetkriminalität ist aber sehr komplex. Aus diesem Grund arbeitet die Stadtpolizei auch eng mit den Fachstellen der Kantonspolizei Zürich zusammen. Und wenn es um einen «Verbrechenstatbestand» geht (v.a. wenn etwas bandenmässig ist), wird der Fall für die weitere Bearbeitung auch der Kantonspolizei Zürich abgegeben.

Parlamentspräsident F. Helg: Wir sind am Ende der Fragestunde. Ich habe am Anfang der Landbote-Redaktion gesagt, ca. 1 h 30 min bis 1 h 40 min. Das war eine ziemlich genaue Schätzung.

Wir fahren weiter in der Traktandenliste. Vor der Sitzungspause sind wir bis Traktandum 9 gekommen, wir steigen jetzt mit dem Traktandum 10 ein.

10. Traktandum

Parl.-Nr. 2024.28: Beantwortung der Interpellation A. Zuraikat (Die Mitte) betr. mehr Integration durch Vereine

Parlamentspräsident F. Helg: Beantwortung der Interpellation betreffend mehr Integration durch Vereine. Das Wort hat der Erstunterzeichnende André Zuraikat (Die Mitte/EDU).

A. Zuraikat (Die Mitte/EDU): Vorweg möchte ich mich entschuldigen: Mein Votum wird lange sein. Ich bin nicht bekannt für lange Voten, ich mache jetzt hier eine Ausnahme.

Die Antwort des Stadtrats zur Interpellation hilft sehr, aufzuzeigen, wie gut es unserer Stadt auch gehen kann, wenn man nicht die finanzielle Situation berücksichtigt. Insbesondere wenn man die Konflikte in der Welt beobachtet, kann man selbstbewusst sagen: Wir in Winterthur leisten eine tolle Arbeit für die Integration und den Zusammenhalt aller Kulturkreise und Interessensgruppen. Die Antwort der Interpellation bezeugt das.

Dieses Geschäft wird auch genau zum richtigen Zeitpunkt traktandiert. In einer Zeit, in der im Mittleren Osten eine grosse Kraft wächst, die uns als Menschheit verbindet: Hoffnung.

Hoffnung auf Frieden, Hoffnung auf Solidarität, Hoffnung auf Zusammenhalt.

Und wie schaffen wir das? Was macht Winterthur? Der Stadtrat zeigt dies genau in seiner Antwort auf, wie der soziale Frieden bei uns nicht nur aufrechtgehalten werden kann, sondern auch gefördert wird. Indem die gemeinsamen Werte ausgehandelt werden müssen, damit ein gegenseitiges Verständnis und eine gemeinsame Basis geschaffen werden können. Kurz zusammengefasst: Empathie und Dialog.

Nur so haben der Frieden und der Zusammenhalt in der Gesellschaft eine Chance.

Empathie, Dialog und Integration fördern wir, indem wir das Vereinsleben hochpreisen und die Vereine in ihren Vorhaben unterstützt werden. Und sie sind vielfältig: Sport, Kultur, Quartierarbeit, Freizeit sowie Kinder- und Jugendförderung. Der Stadtrat schreibt auch, dass die migrantische Kulturvereine für Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte eine wichtige Rolle spielen. Dies kann ich aus eigener Erfahrung nur bestätigen. Und ich will dies noch bekräftigen: Sie bauen Brücken und wirken integrativ, indem die Alltagssituationen auf eine adressatengerechte Weise erklärt werden können. Mit dieser Form fördert es die Integration und somit auch wieder den sozialen Frieden in unserer Gesellschaft.

Es wird nun vier Danksagungen geben.

Zur Frage 1 möchten wir dem Stadtrat danken, dass er hier alle Unterstützungsmöglichkeiten auflistet. Dies hilft auch den Vereinen zu wissen, wo sie anknüpfen und bei Bedarf Unterstützungsmöglichkeiten finden können.

Auch zur Antwort der Frage 2 möchten wir danken, wo der Stadtrat den Prozess der Integration in Winterthur durch die Sozialen Dienste aufzeigt. Er zeigt da, dass wir als Stadt Winterthur eine hervorragende Arbeit leisten und wie der Alltag der Fallführenden aussieht. Es wird bestätigt, dass man als Mitarbeitende der Sozialen Dienste über grosses Durchhaltevermögen verfügen muss, aber auch grosse Empathie und viel Verständnis. Hier möchten wir die Gelegenheit nutzen, uns auch bei den Mitarbeitenden der Sozialen Dienste für ihre wertvolle Arbeit zu bedanken.

Gerne möchte ich aber auch wieder den Fokus auf unsere Winterthurer Vereine setzen. Denn nun kommen wir etwas zur Schattenseite des Vereinslebens. Nämlich, dass sie oftmals aufgrund von mangelnden Ressourcen an ihre Grenzen stossen. Dies zeigt der Stadtrat mit dem konkreten Projekt «Support FC». Hier wäre es bestimmt interessant, zu wissen, wie die detaillierten Projektergebnisse aussehen und dies vielleicht in einer Kommissionssitzung zu präsentieren und über allfällige Handlungsfelder zu diskutieren.

Umso mehr ist es wichtig, dass die Vereine professionell begleitet und auch finanziell unterstützt werden. Aus eigener Erfahrung kann ich sagen, dass die Stadt Winterthur dies sicherstellt. Und dafür sind alle Vereine ganz bestimmt sehr dankbar. Ein Bekenntnis dafür, dass

die Vereine essenziell sind für die Integration; es aber ohne Unterstützung der Stadt auch nicht geht. Es geht nur gemeinsam, Hand in Hand: Die Vereine und die Stadt Winterthur. Und dies ist gerade eine gute Gelegenheit, eine Überleitung zur Frage 3 zu machen. Hier kommt der dritte Dank an den Stadtrat, dass er hier genau aufzeigt, welche finanzielle Unterstützungsmöglichkeiten es für die Vereine gibt. Ein geflüchtetes Kind, z.B. aus Afghanistan, wird mit 400 Franken im Jahr unterstützt, um in einem Verein mitmachen zu können. Eine sehr wirksame Massnahme zur Förderung der Integration: Sowohl für die geflüchteten Personen als auch für die Vereine.

Wir sind der Überzeugung, eine erfolgreiche Integration erfolgt nie einseitig. Das Interesse von einer erfolgreichen Integration muss beidseitig gestaltet werden, um den sozialen Frieden aufrechtzuerhalten und zu fördern.

Mein Votum schliesse ich nun gerne mit einem vierten Dank ab: Dieser Dank geht an die Vereine von Winterthur. Wir sind sehr dankbar für ihr Engagement und dass sie als Brücke in der Gesellschaft dienen.

Die Vereine leisten einen wichtigen Beitrag für die positive Ausstrahlung unserer Stadt. Wir sind überzeugt, sie können ihre Aufgabe wahrnehmen und ein vielfältiges, hochstehendes und zeitgemässes Angebot für die Stadt Winterthur leisten, das integrativ wirkt und für den sozialen Frieden sorgt.

Aufgrund dieser sehr guten und ausführlichen Arbeit bei der Beantwortung der Interpellation nimmt unsere Fraktion die Antwort positiv zur Kenntnis. Vielen Dank.

Th. Gschwind (SP): Ich habe eine Rede vorbereitet, aber ich muss sie nicht halten. André hat nicht nur lange geredet, sondern er hat auch schön geredet. Ich glaube, wir schliessen uns geschlossen André an.

Wenn ich mir eine kleine Bemerkung erlauben möchte, dann ist es diese, dass die Vereine die Unterstützung brauchen. Und diese machen wir langfristig und nicht mit Kürzungen, sondern mit Investitionen. Danke, André. Danke vielmals.

J. Guddal (GLP): Die Fraktion der GLP zeigt sich erfreut, dass sich die Stadt Winterthur der wichtigen Rolle der Vereine bezüglich Integration bewusst ist, was sich in verschiedensten Subventionen, wie Beteiligung an Mitgliederbeiträgen, kostenloser oder vergünstigter Nutzung von Infrastrukturen und starken Bemühungen, die Angebote auch für Nicht-Schweizerinnen und -Schweizer möglichst niederschwellig zu gestalten, zeigt.

Mein Vorredner André hat da schon vieles im Detail ausgeführt. Um Wiederholungen zu vermeiden, überspringe ich deswegen diesen Teil.

Die GLP ist der Ansicht, dass die Stadt mit dem kleinen Budget dem Sport als integrativer Funktion genügend Beachtung schenkt. Die GLP sieht aber auch, dass eine grosse Herausforderung bezüglich Sport und Integration auf Winterthur zukommt. Die Herausforderung heisst «Flaschenhals Fussball». Klar, andere Sportarten können genauso integrierend wirken, aber Fussball ist der global verbreitetste Sport, was dementsprechend auch viele Migranten und Migrantinnen nutzen wollen.

Bereits jetzt haben aber viele Fussballclubs in Winterthur lange Wartelisten bei den Junioren. Das Problem wird sich noch weiter verschärfen, einerseits weil die Winterthurer Bevölkerung laut Prognose wachsen soll. Andererseits findet nächstes Jahr aber auch noch die Frauen-Fussball-EM in der Schweiz statt. Über diesen Event freut sich die GLP selbstverständlich, genauso über den Fakt, dass man davon ausgehen kann, dass dann auch mehr Mädchen mit Fussball anfangen wollen – was aber leider das Platzproblem noch mehr verschärfen wird. Dementsprechend sind wir ein bisschen erstaunt, dass sich die Stadt dazu entschieden hat, Mädchen Gratiskurse für Frauenfussball zu offerieren, weil das schlichtweg kontraproduktiv bezüglich dem Platzproblem ist. Weiter ist es auch ein gewisser Affront gegenüber den anderen Sportclubs, die – genau wie Fussball auch – auf freiwilligem Engagement basieren, aber im Gegensatz zu Fussball tendenziell eher mal noch auf zusätzliche Mitglieder angewiesen sind, um auch in bestimmten Jahrgängen noch Teams aufrechterhalten zu können.

Wenn man grundsätzlich das Ziel hat, Mädchen zum Sport treiben zu animieren, finden wir das super. Warum man das aber genau beim Sport mit dem grössten Platzmangelproblem macht, ist für uns rätselhaft. Wir bitten das DSS, seine Strategie diesbezüglich zu überdenken, denn im Endeffekt ist das Wichtigste, dass zusammen Sport getrieben wird, egal welche Sportart.

Ich habe geschlossen, danke.

J. Ehrbar (SVP): Vieles wurde bereits gesagt. Die bedeutende Rolle der Vereine im gesellschaftlichen Zusammenleben wurde vom Stadtrat gewürdigt und er stellt fest, dass sich in Winterthur mehrere Tausend Personen in Vereinen engagieren und durch Freiwilligenarbeit zahlreiche Dienstleistungen zugunsten der Allgemeinheit leisten. Diese Leistungen sind für die öffentliche Hand von unschätzbarem Wert und die Vereine haben eine riesige gesellschaftliche Bedeutung für diese Stadt.

Die Stadt unterstützt die gemeinnützigen Vereine in Winterthur mit einer Vielzahl von Massnahmen wie Subventionsverträgen, günstige oder kostenlose Nutzung von Infrastrukturen, Entlastungen bei städtischen Gebühren, Netzwerk und Innovation durch die Sozialen Dienste. Die sozialen Dienste der Stadt Winterthur übernehmen die Kernaufgaben dafür, die hier ansässigen geflüchteten Menschen gezielt über das Angebot zu informieren und die berufliche und soziale Integration zu gewährleisten. Die finanzielle Unterstützung für Vereinsmitgliedschaften und weitere Aktivitäten für die soziale Integration von geflüchteten Personen können die Fallführenden im Rahmen der ordentlichen Unterstützung leisten.

Die SVP-Fraktion nimmt die Antwort des Stadtrats zustimmend zur Kenntnis.

M. Zundel (Grüne/AL): Besten Dank, André, für das Verfassen dieser Interpellation und vielen Dank an die Stadt für die ausführliche Antwort.

Neben Kirche und Staat sind die Vereine die wertvollste Stütze der Gesellschaft. Noch stärker als bei den Kirchen birgt jeder Franken, welcher in Vereine investiert wird, ein Vielfaches an Mehrwert zurück. Es ist bemerkenswert, wie viel die Stadt bereits leistet und wie viele Programme schon am Laufen sind. Verständlich ist es auch, dass es sich bei den meisten Angeboten um eine erfolgreiche Arbeitsmarktintegration handelt.

Ob diese auch in allen Fällen wirklich zielführend sind, ist zum Teil fragwürdig, wenn man bedenkt, dass einer der grössten Faktoren gegen die Anstellung einer Arbeitskraft mit Schutzstatus S die unsichere Dauer eben dieses Status ist - und nicht etwa die Qualifikationen oder gar der Willen der Bewerbenden.

Möglicherweise ist das bekannter machen von Gesuchen an Stiftungen und Fonds in Zusammenarbeit zielführender, aufgrund der noch relativ tiefen Unterstützungsleistungen gerade bei jungen Erwachsenen.

Trotzdem nehmen wir diese Antwort sehr positiv zur Kenntnis. Wir wissen doch alle hier, dass einen das Engagement in einem lokalen Verein am stärksten mit dem Zuhause und seinen Nachbarn verbindet.

Stadtpräsident M. Künzle: Ich danke dem Schönredner André für diesen Vorstoss. Ich glaube, es ist ein Vorstoss, den wir sehr wahrscheinlich alle hier drinnen unterstützen können. Die Integrationsleistungen der Vereine, der Freiwilligen, der Kirchen – das ist so gross, das könnten wir als Staat gar nicht leisten. Und deshalb: Das vierfache Dankeschön war angebracht und es war auch nötig.

Es hat aber auch gezeigt, wie schnell man dann, wenn man etwas tiefer hinschaut, in Fragestellungen kommt. Ja, wenn Vereine Listen führen, geht man dann mit den Flüchtlingen besser um? Zieht man diese vor? Was haben die Frauen für eine Rolle in dieser ganzen Geschichte? Dort könnten wir wahrscheinlich abendfüllend diskutieren, wenn wir vom Hunderten ins Tausendste kommen.

Aber das Wichtigste für mich ist: Jawohl, die Vereine leisten enorm viel, was die Integration betrifft. Aber bevor sie in einem Verein tätig sind, geht es 1. um das Wohnen, 2. um die Arbeit und 3. um die Sprache, um den Spracherwerb. Und wir geben uns darüber hinaus noch

Mühe, das haben wir ja in der Antwort aufgezeigt, dass man sie auch noch in Vereine bringen kann; mit Informationen. Wir können sie nicht zwingen, tschutten zu gehen oder Badminton zu spielen, das muss von ihnen aus kommen. Aber wir müssen Fragen beantworten können und wir müssen die Möglichkeiten nutzen, bei denen sie mit uns zusammentreffen, damit sie die Fragen auch stellen können. Und da macht v.a. das DSO mit seinen Leuten eine ganz grosse Arbeit. Das ist wichtig.

Und nochmals, ich möchte mich herzlich bedanken, dass dieses Thema auf die politische Bühne gekommen ist. Und es wird auch noch nicht fertig sein. Danke vielmals.

Parlamentspräsident F. Helg: Besten Dank, Mike Künzle.

Ich schaue auf die Uhr, wir haben jetzt 21.50 Uhr. Ich denke, für das nächste Traktandum brauchen wir vielleicht etwas mehr Zeit, wir würden wohl nicht bis 22 Uhr fertig. Deshalb ist hier ein guter Zeitpunkt, um zum Ende zu kommen.

Ich weise noch darauf hin: Die ursprünglich geplante Reservesitzung vom 3. März entfällt, das ist ja schon länger bekannt. Die nächste Sitzung ist am 7. April 2025.

Ich wünsche Euch einen schönen Abend und eine gute Zeit.

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Der Präsident:

Der 1. Vizepräsident:

Der 2. Vizepräsident:

F. Helg (FDP)

Ph. Weber (SP)

S. Kocher (GLP)

Beilagen:

- Abstimmungsprotokolle

Abstimmungstitel**2. Verpflichtungskredit Fr. 5'280'000 Wärmeversorgungsgebiet Seen etc.
(2024.107)**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 24.Februar.2025 16:34:59
Abstimmungsfrage Antrag gem. Weisung

Ergebnis

Stimmberechtigt	55
A: Zustimmung	54
B: Ablehnung	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	54
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Miguel Pedro	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Della Segal Christian	A: Zustimmung
Diener Reto	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	Präsident/in
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung
Keller Regula	A: Zustimmung
Kellerhals Vogel Benjamin	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	Nicht anwesend
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	Nicht anwesend
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Porlezza Gioia	Nicht anwesend
Praetorius Julius	Nicht anwesend
Rednerpult	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	Nicht anwesend
Weber Philippe	A: Zustimmung
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zäch Benedikt	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**3. Genehmigung Mietvertrag AXA (210 Parkfelder)**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 24.Februar.2025 16:46:21
Abstimmungsfrage Mietvertrag inkl. Bruttomiete Fr. 400'445.65 / Jahr

Ergebnis

Stimmberechtigt	55
A: Zustimmung	53
B: Ablehnung	0
Enthaltung	1
Abgestimmt	54
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Miguel Pedro	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Della Segal Christian	A: Zustimmung
Diener Reto	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	Ausstand
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	Präsident/in
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung
Keller Regula	A: Zustimmung
Kellerhals Vogel Benjamin	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	Nicht anwesend
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	Nicht anwesend
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Porlezza Gioia	Nicht anwesend
Praetorius Julius	Nicht anwesend
Rednerpult	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	A: Zustimmung
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zäch Benedikt	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	Enthaltung

Abstimmungstitel**5. Begründung Postulat betr. Priorisierung der Investitionskredite zug. Schulhäuser**

Abstimmungsmodus	Offen
Abstimmungsdatum	24.Februar.2025 17:20:08
Abstimmungsfrage	Überweisung an Stadtrat

Ergebnis

Stimmberechtigt	56
A: Zustimmung	31
B: Ablehnung	24
Enthaltung	0
Abgestimmt	55
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Miguel Pedro	B: Ablehnung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	B: Ablehnung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Della Segal Christian	A: Zustimmung
Diener Reto	B: Ablehnung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	B: Ablehnung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	B: Ablehnung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	B: Ablehnung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	B: Ablehnung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	B: Ablehnung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	B: Ablehnung
Helg Felix	Präsident/in
Hertli-Wanner Corinne	B: Ablehnung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	B: Ablehnung
Jacot-Descombes Lea	B: Ablehnung
Keller Regula	B: Ablehnung
Kellerhals Vogel Benjamin	B: Ablehnung

Name	Ergebnis
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	B: Ablehnung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	B: Ablehnung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	Nicht anwesend
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	B: Ablehnung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	Nicht anwesend
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Porlezza Gioia	Nicht anwesend
Praetorius Julius	Nicht anwesend
Rednerpult	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	B: Ablehnung
Staub Olivia	B: Ablehnung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	B: Ablehnung
Stritt Gabriela	B: Ablehnung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	B: Ablehnung
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zäch Benedikt	B: Ablehnung
Zundel Michael	B: Ablehnung
Zuraikat André	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**6. Begründung Postulat betr. Stärkung der Steuerkraft**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 24.Februar.2025 17:49:07
Abstimmungsfrage Überweisung an Stadtrat

Ergebnis

Stimmberechtigt	56
A: Zustimmung	20
B: Ablehnung	35
Enthaltung	0
Abgestimmt	55
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Miguel Pedro	B: Ablehnung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	B: Ablehnung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Della Segal Christian	A: Zustimmung
Diener Reto	B: Ablehnung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	B: Ablehnung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	B: Ablehnung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	B: Ablehnung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	B: Ablehnung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	B: Ablehnung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	B: Ablehnung
Hager Katja	B: Ablehnung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	B: Ablehnung
Helg Felix	Präsident/in
Hertli-Wanner Corinne	B: Ablehnung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	B: Ablehnung
Hugentobler Roman	B: Ablehnung
Jacot-Descombes Lea	B: Ablehnung
Keller Regula	B: Ablehnung
Kellerhals Vogel Benjamin	B: Ablehnung

Name	Ergebnis
Kocher Samuel	B: Ablehnung
Kramer-Schwob Franziska	B: Ablehnung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	B: Ablehnung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	B: Ablehnung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	Nicht anwesend
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	B: Ablehnung
Nater Markus	B: Ablehnung
Oeschger Benedikt	Nicht anwesend
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Porlezza Gioia	Nicht anwesend
Praetorius Julius	Nicht anwesend
Rednerpult	Nicht anwesend
Rohner Daniel	B: Ablehnung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	B: Ablehnung
Rupper Lukas	B: Ablehnung
Sorgo Maria	B: Ablehnung
Staub Olivia	B: Ablehnung
Steiner Annetta	B: Ablehnung
Steiner Markus	B: Ablehnung
Stritt Gabriela	B: Ablehnung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	B: Ablehnung
Würzer Alexander	B: Ablehnung
Zäch Benedikt	B: Ablehnung
Zundel Michael	B: Ablehnung
Zuraikat André	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**8. Antrag und Bericht zum Postulat betr. kinderfreundliche Stadt Winterthur**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 24.Februar.2025 18:08:45
Abstimmungsfrage Kenntnisnahme Bericht

Ergebnis

Stimmberechtigt	56
A: Zustimmende Kenntnisnahme	35
B: Ablehnende Kenntnisnahme	20
Enthaltung	0
Abgestimmt	55
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

..	Nicht anwesend
Angele Philipp	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Bachmann Miguel Pedro	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Della Sega Christian	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Diener Reto	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Ehrbar Jan	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Ernst Nora	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Fehr Jan	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Gfeller Selim	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Gisler-Burri Gabriella	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Gnesa Marilena	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Gonçalves Simon	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Graf Marco	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Gross Michael	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Gschwind Thomi	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Gubler Stefan	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Guddal Jan	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Hager Katja	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Hartmann Christian	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Helg Felix	Präsident/in
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Heuberger Romana	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Holderegger Nicole	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Hugentobler Roman	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Keller Regula	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Kellerhals Vogel Benjamin	A: Zustimmende Kenntnisnahme

Name**Ergebnis**

Kocher Samuel	A: Zustimmungende Kenntnisnahme
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmungende Kenntnisnahme
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmungende Kenntnisnahme
Kuster Iris	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Lischer Maria	A: Zustimmungende Kenntnisnahme
Maier Christian	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Mancuso Cristina	Nicht anwesend
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmungende Kenntnisnahme
Nater Markus	A: Zustimmungende Kenntnisnahme
Oeschger Benedikt	Nicht anwesend
Perroulaz Raphael	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Porlezza Gioia	Nicht anwesend
Praetorius Julius	Nicht anwesend
Rednerpult	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmungende Kenntnisnahme
Romay Dani	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmungende Kenntnisnahme
Rupper Lukas	A: Zustimmungende Kenntnisnahme
Sorgo Maria	A: Zustimmungende Kenntnisnahme
Staub Olivia	A: Zustimmungende Kenntnisnahme
Steiner Annetta	A: Zustimmungende Kenntnisnahme
Steiner Markus	A: Zustimmungende Kenntnisnahme
Stritt Gabriela	A: Zustimmungende Kenntnisnahme
Tobler Raphael	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Vogel Kaspar	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Wäckerlin Marc	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Weber Philippe	A: Zustimmungende Kenntnisnahme
Würzer Alexander	A: Zustimmungende Kenntnisnahme
Zäch Benedikt	A: Zustimmungende Kenntnisnahme
Zundel Michael	A: Zustimmungende Kenntnisnahme
Zuraikat André	B: Ablehnende Kenntnisnahme

Abstimmungstitel**8. Antrag und Bericht zum Postulat betr. kinderfreundliche Stadt Winterthur**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 24.Februar.2025 18:09:29
Abstimmungsfrage Abschreibung des Postulats

Ergebnis

Stimmberechtigt	56
A: Zustimmung	55
B: Ablehnung	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	55
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Miguel Pedro	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Della Segal Christian	A: Zustimmung
Diener Reto	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	Präsident/in
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung
Keller Regula	A: Zustimmung
Kellerhals Vogel Benjamin	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	Nicht anwesend
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	Nicht anwesend
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Porlezza Gioia	Nicht anwesend
Praetorius Julius	Nicht anwesend
Rednerpult	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	A: Zustimmung
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zäch Benedikt	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**9. Antrag und Bericht zum Postulat betr. Anerkennung der Stadt Winterthur als Blue Community**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 24.Februar.2025 18:22:01
Abstimmungsfrage Kenntnisnahme Bericht

Ergebnis

Stimmberechtigt	56
A: Zustimmende Kenntnisnahme	27
B: Ablehnende Kenntnisnahme	28
Enthaltung	0
Abgestimmt	55
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Bachmann Miguel Pedro	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Della Sega Christian	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Diener Reto	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Ehrbar Jan	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Ernst Nora	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Fehr Jan	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Frei Glowatz Katharina	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Gfeller Selim	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Gnesa Marilena	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Gonçalves Simon	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Graf Marco	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Gross Michael	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Gschwind Thomi	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Gubler Stefan	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Guddal Jan	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Hager Katja	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Hartmann Christian	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Helbling-Wehrli Beatrice	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Helg Felix	Präsident/in
Hertli-Wanner Corinne	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Heuberger Romana	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Holderegger Nicole	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Hugentobler Roman	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Jacot-Descombes Lea	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Keller Regula	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Kellerhals Vogel Benjamin	B: Ablehnende Kenntnisnahme

Name	Ergebnis
Kocher Samuel	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Kramer-Schwob Franziska	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Kuster Iris	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Lischer Maria	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Maier Christian	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Mancuso Cristina	Nicht anwesend
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Nater Markus	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Oeschger Benedikt	Nicht anwesend
Perroulaz Raphael	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Porlezza Gioia	Nicht anwesend
Praetorius Julius	Nicht anwesend
Rednerpult	Nicht anwesend
Rohner Daniel	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Romay Dani	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Roth-Nater Daniela	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Rupper Lukas	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Sorgo Maria	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Staub Olivia	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Steiner Annetta	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Steiner Markus	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Stritt Gabriela	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Tobler Raphael	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Vogel Kaspar	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Wäckerlin Marc	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Weber Philippe	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Würzer Alexander	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Zäch Benedikt	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Zundel Michael	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Zuraikat André	A: Zustimmende Kenntnisnahme

Abstimmungstitel**9. Antrag und Bericht zum Postulat betr. Anerkennung der Stadt Winterthur als Blue Community**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 24.Februar.2025 18:22:55
Abstimmungsfrage Abschreibung des Postulats

Ergebnis

Stimmberechtigt	56
A: Zustimmung	55
B: Ablehnung	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	55
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Miguel Pedro	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Della Segal Christian	A: Zustimmung
Diener Reto	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	Präsident/in
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung
Keller Regula	A: Zustimmung
Kellerhals Vogel Benjamin	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	Nicht anwesend
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	Nicht anwesend
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Porlezza Gioia	Nicht anwesend
Praetorius Julius	Nicht anwesend
Rednerpult	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	A: Zustimmung
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zäch Benedikt	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	A: Zustimmung